

Die
Reichstags-Verhandlungen
über
Münzreform und Bankwesen.

(24. u. 25. Februar 1880.)

Herausgegeben und eingeleitet

von

Ludwig Bamberger.



Berlin.

Verlag von Leonhard Simion.

1880.

Stilles-Verfahren

Abhängigkeit von Temperatur und Sauerstoff

(1881 u. 1882)

Beobachtungen über die

Abhängigkeit

von

Berlin

Verlag von Springer

1881

Einleitung.

Die Verhandlungen, welche der Reichstag bald nach seiner diesjährigen Einberufung, in der siebenten und achten Sitzung (vom 24. und 25. Febr.), den Münz- und Bankangelegenheiten gewidmet hat, sollten nach Absicht derer, welche sie veranlaßten, einem doppelten Zwecke dienen. In Sachen der Münze handelte es sich darum, Klarheit darüber zu gewinnen, welche Stellung die oberste Reichsbehörde zur Durchführung des im Jahr 1873 ergangenen organischen Gesetzes in dessen letzten Stadien zu nehmen gedächte; in Sachen der Reichs-Bank galt es, eine Verständigung darüber herbeizuführen, ob die Leitung dieser mächtigen Anstalt durchweg, namentlich aber auch mit Rücksicht auf die dermalige Lage der Währungsverhältnisse, den Intentionen der Gesetzgebung und den Anforderungen der Verkehrssicherheit in allen Punkten entspreche.

Die Gelegenheit zur Erörterung dieser Fragen bot die Berathung des sog. Stats, d. h. der Ausgaben und Einnahmen des Reichshaushaltes in zweiter Lesung, und die von Seiten der Abgeordneten und von Seiten der Regierungsvertreter vorgetragenen Erklärungen und Auseinandersetzungen haben vorerst wenigstens den Eindruck zurückgelassen, daß in der Hauptsache das bei Anregung der Debatte ins Auge gefaßte Ziel erreicht worden sei.

Unter solchen Bewandnissen gebührt diesen Verhandlungen die Aufmerksamkeit aller derer, welche auf Grund ihres theoretischen oder praktischen Berufs über den Entwicklungsgang dieser Dinge unterrichtet bleiben wollen, ein Entwicklungsgang, der gerade unter der besonderen Constellation der überall im Schwanken befindlichen Währungsverhältnisse doppeltes Interesse bietet.

Da es aber in keinem Bereich der öffentlichen Diskussion so sehr auf die genaue Feststellung der Zahlen und Thatsachen ankommt, wie gerade in diesem, so sind die Parlamentsberichte auch der großen Zeitungen, nicht im Stande, einen annähernd ausreichend ersatz für die wortgetreue

Wiedergabe der Sitzungsberichte zu liefern. Ihre nothgedrungen schleunige und summarische Berichterstattung kann Unvollständigkeit und Irrthümer gar nicht vermeiden. Letztere figuriren bei diesen Materien sogar nicht selten in den uncorrigirten Manuskripten der Stenographen, aus welchen die Berichterstatter noch im besten Falle zu schöpfen haben; ja sogar die im Druck amtlich herausgegebenen stenographischen Berichte des Reichstags sind nicht vor sinnstörenden Druckfehlern bewahrt, und diese für die Geschichte der Gesetzgebung wichtigen Urkunden entsprechen im Punkte der korrekten Herstellung nicht ganz ihrer Bestimmung. Vor Allem aber kommen sie den Wenigsten zu Gesicht.

Es scheint daher im vorliegenden Fall angezeigt, die jüngsten Verhandlungen über Münz- und Bankwesen in einer sorgfältig durchgesehenen und vollständigen Zusammenstellung zu veröffentlichen.

Seit Mai 1879 war eine gesteigerte Unsicherheit darüber aufgekomen, ob die von der Reichsregierung plötzlich angeordnete Sistirung der Thaler-einziehung und der Silberverkäufe die Absicht verrathe, in Sachen des Münzgesetzes eine organische Veränderung vorzubereiten.

Die Art der Beantwortung, welche der behufs zu erzielender Aufklärung im Juni 1879 gestellten Interpellation zu Theil geworden war, hatte diese Beunruhigung gesteigert, und dazu trat neuerdings der thatsächliche Umstand, daß die Reichsregierung, im Gegensatz zu dem seit Schaffung des Münzgesetzes (Juni 1873) eingehaltenen und auch natürlichen Geschäftsgang, für die Dauer der ganzen Budgetperiode 1880/81 auf die Mittel zur weiteren Durchführung der Münzreform verzichten zu wollen erklärte. Mußten Angesichts solcher Vorgänge schon starke Bedenken aufsteigen, so konnten dieselben nur verstärkt werden durch das Hervortreten einer gewissen Agitation, deren Feldgeschrei, wie ehemals gegen die Handelspolitik, so jetzt gegen die bestehende Münzgesetzgebung gerichtet wird. In Frankreich wirft sich jede neue Parteidregierung darauf, das Personal ihrer Vorgänger zu entlassen und die Namen von Straßen und Anstalten, die an die Vergangenheit erinnern könnten, umzumodeln. In Deutschland tritt an Stelle dieses vergleichsweise harmlosen Vergnügens bei der siegenden Reaktion das Verlangen, die ganze Gesetzgebung der vorausgegangenen Periode wieder auszustreichen. An diese Bestrebungen einer ganz abstrakten Parteiwuth hängt sich seit der heftigen Erneuerung der wirthschaftlichen Kämpfe ein abenteuerliches Prestreiben, welches durch phantastische Umwandlung des Geldwesens eine Art Lösung der sozialen Frage herauszuzaubern verspricht. Mit Hilfe der Staatskunst würde danach ein massenhafter Borrath von Tauschmitteln beschafft, welche, wenn nicht als Gold- so als Geldregen — sei es in Silber oder noch besser in Papier — auf Alle sich ergießen, alle Gebiete befruchten, alle

Schulden tilgen und allen Menschen zur Befriedigung ihrer Wünsche verhelfen sollen. Zu diesem Stürmen und Drängen gesellen sich schließlich etliche Kenner oder Liebhaber des Münzwesens, die in der allerdings schwierigen und ernstesten Controverse zwischen Gold- und Doppelwährung auf Seiten der letzteren stehen; ein Standpunkt, der an sich Niemand verdacht werden kann, dem aber mit besonderem Vorbehalt entgegenzutreten ist, wenn er, wie bei uns vielfach geschieht, sich auf die Autorität auswärtiger Zeugen beruft, deren Berufenheit starken Zweifeln unterliegt. Viele dieser auswärtigen Zeugen dienen nämlich ganz offenkundig Privatinteressen, andere wieder gehören in eine Kategorie von Schriftstellern, die in ihrem eigenen Vaterlande kein ernster Mann von Fach für voll nimmt, die aber, sobald sie dem deutschen Publikum vorgeführt werden, eine ehrfurchtsvolle Aufnahme finden.

Das Zusammenwirken aller dieser Elemente hatte in den Regionen der Gesetzgebung und der Verkehrsbeziehungen so viel Unsicherheit verbreitet, daß es Noth that, etwas Licht zu schaffen. Eine beruhigende Aufklärung ist bis zu einem gewissen Grade für den Augenblick erlangt worden, aber noch lange nicht volle Sicherheit für eine allen Gefahren vorbeugenden Führung der Dinge.

Die Leitung der Reichsbank hat in allem, was auf diesem Gebiete seit mehr als Jahresfrist vorging, einen so überwiegenden Einfluß ausgeübt, daß es schon deshalb nöthig war, sie in den Bereich der parlamentarischen Auseinandersetzungen zu ziehen. Davon abgesehen, hatte ihre geschäftliche Praxis seit ihrer Einsetzung manche Aufsechtungen erfahren, welche früher nicht sonderlich begründet erscheinen mochten, aber in jüngster Zeit doch auf ernstere Berücksichtigung Anspruch machen konnten. Die über diese Fragen gewechselten Erklärungen scheinen einen guten Erfolg gehabt zu haben, und es hat sich bei diesem doppelten Anlaß wieder gezeigt, daß, ein wie mangelhaftes Instrument auch in Deutschland das parlamentarische sein möge, dasselbe doch noch immer, allerdings nur in sehr bescheidenem Maße, praktisch verwerthet werden kann.

Aber diese Möglichkeit besteht in wirthschaftlichen Fragen jedenfalls nur da, wo nicht das Gleichgewicht der Diskussion durch vorgefaßte Entschlüsse der Regierung aufgehoben ist. Denn auf diesem Gebiete sind die Ansichten so schwankend und unklar, daß der konzentrirte Wille von oben beinahe immer einen unwiderstehlichen Druck ausübt. Rückschritte in der wirthschaftlichen Gesetzgebung zu verhindern, wenn eine Regierung sie will, ist schon schwer, Fortschritte gegen ihren Willen durchzusetzen ist unmöglich. Und wie viel mehr gilt dies Alles für das heutige Deutschland als für andre Nationen! Darum mußte in der That ein Verhalten der Regierung, welches dem Zweifel über ihr inneres Verhalten zur Münzreform immer mehr Nahrung gab, ernste Besorgniß verbreiten. Und selbst die der Form nach beruhigenden Erklärungen, die wir so eben erhalten haben, lassen über der

Sache selbst ein unheimliches Zwielficht zurück, denn sie schaffen eine höchst eigenthümliche Lage. Die Reichsregierung, — es sei gestattet, diesen euphemistischen obwohl inkorrekten Ausdruck zu gebrauchen — die Reichsregierung meint, sie müsse besondrer Umstände wegen durch eine starke Initiative des Reichstags ausdrücklich dazu gezwungen werden, in Durchführung der Münzreform fortzufahren; andrenfalls sie die Verantwortlichkeit der mit dieser Maßregel verbundenen Folgen nicht tragen könne oder wolle. Heißt das nicht die Rollen umkehren? Wenn die Exekution einer Maßregel nach dem Sinn der Gesetzgebung und dem bisher eingehaltene Geschäftsgang so selbstverständlich ist, wie die Durchführung der Münzreform, so könnte eine Regierung auf den Gedanken, diese Aufgabe fallen zu lassen, nur kommen, falls ein Zuruf des Reichstages sie plötzlich irre machte. Indem sie mit einem male ohne einen solchen Ruf nahe am Ziele stehen bleibt, sich umschaut und nicht weiter gehen zu wollen erklärt, wenn man ihr nicht den Auftrag erneuere, schafft sie ein ganz abnormes Verhältnis und eine nie dagewesene Verlegenheit. Sie schiebt in einer schwierigen wirtschaftlichen Frage dem Reichstag eine Initiative zu, die sonst dieser Körperschaft nicht eingeräumt zu werden pflegt und für den besonderen Fall noch weniger als im Allgemeinen der Natur der Sache entspricht. Denn die Münzreform ist ein ganz aus der Initiative der Regierung hervorgegangenes und in allen Hauptpunkten nach ihren Vorschlägen angenommenes Gesetz, und die Aufforderung zum Vollzug eines solchen Gesetzes hat eine Regierung nicht erst abzuwarten, sondern nur etwaigen entgegengesetzten Abmahnungen ihr Ohr zu leihen, falls sie ihr in maßgebender Form in den Weg treten. Wenn die Regierung nur das Gesetz vollzieht, so übernimmt sie keine neue Verantwortlichkeit; aber sie schafft künstlich eine neue Verantwortlichkeit für die Volksvertretung, indem sie ihre eigene Handlungsweise von der Bedingung eines neu zu ertheilenden Auftrages abhängig macht.

Diese Umkehr der Verhältnisse arbeitet denen in die Hände, welche die gesetzlichen Zustände Deutschlands in dem für jede Störung so empfindlichen Geldwesen dadurch in Verwirrung zu bringen suchen, daß sie die Durchführung unsrer Münzreform nicht als das behandeln was sie ist, nämlich als die von selbst gebotene Fertigstellung eines beinahe vollendeten Baues, sondern als eine erst von Grund aus zu beginnende und noch in Frage stehende Neuerung. Nichts ist verhängnißvoller für ein Land, als dies ewige Wiederanfechten eines gesetzlichen Zustandes, in dem es sich bereits eingerichtet hat und sogar in überraschend glatter und befriedigender Weise zurecht gefunden hat.

Mit dieser ganz willkürlichen Auffassung, als handle es sich um eine freventlich herbeizuführende Neuerung, der man erst den Eingang gewähren müsse, hängt auch die Taktik zusammen, welche es darauf anlegt, die Vertheidiger des deutschen Münzgesetzes als „Goldfanatiker“ hinzustellen. In der

That eine sonderbare Art von Fanatikern, welche dafür eintritt, daß eine vor sieben Jahren von allen Faktoren der gesetzgebenden Gewalt vereinbarte und seitdem verwirklichte organische Reichseinrichtung nicht im Handumdrehen umgerannt werde. Vielleicht erleben wir es auch noch, daß über die Fanatiker des Einmaleins geklagt werde. Handelt es sich doch einfach darum, das für recht zu halten, was die Gesetzgebung für recht gehalten, was sie in's Leben gerufen hat, und was vom Leben gutgeheißen worden ist. Der Goldfanatismus hat in den Motiven der Münzvorlage gar keine Rolle gespielt. Dieselbe ging nur unvermeidlicher Weise von dem Gedanken aus, die vollwerthige Münze nicht aus zwei Metallen, sondern aus einem einzigen herzustellen. War dies Prinzip entschieden, so konnte die Frage: ob ausschließlich Silber, oder ob ausschließlich Gold? nur mit der Annahme des Goldes beantwortet werden.*)

Selbst unter den eifrigsten Gegnern der Goldwährung tritt keiner auf, welcher die reine Silberwährung mit Ausschluß des Goldes bei uns für möglich hält. Aber auch die Doppelwährung mit einem festen Werthverhältniß von Silber zu Gold hält kein Gegner der Goldwährung für möglich, so lange nicht durch eine Münzkonvention zwischen allen oder beinahe allen großen Kulturstaaten auf unabsehbare Zeit eine Bürgschaft dafür zu erreichen sei, daß der Werth der beiden Edelmetalle auf dem Weltmarkt unabänderlich dem in dem Gesetz vorzuschreibenden Gegenseitigkeits-Verhältniß entsprechen werde.

Wird also von beiden Seiten zugegeben, daß für die westlichen Kulturstaaten an eine ausschließliche Silberwährung nicht zu denken ist, daß an eine Silber- und Goldwährung ohne die oben erwähnte Garantie durch eine Weltmünzkonvention gleichfalls nicht zu denken ist, so reduziert sich der Streit einfach auf die Fragen:

Ist es denkbar, daß eine solche Konvention zum Abschluß kommen werde?

Giebt es eine Bürgschaft dafür, daß sie, ihr Zustandekommen vorausgesetzt, für unabsehbare Zeit von keinem der Betheiligten werde durchbrochen werden?

Ist es denkbar, daß das in einer Münzkonvention verkündete und in den Prägungen verwirklichte Werthverhältniß der beiden Metalle dem Druck der wirklichen Produktions- und Consumtionsverhältnisse mit Erfolg auf die Dauer widerstehe, wenn dieselben das Angebot des einen Metalls fortwährend steigern und die Nachfrage nach demselben verringern? Können

*) Bei der Abstimmung über Art. 1 wurde die Annahme der ausschließlichen Goldwährung gegen den Abänderungsantrag des Abg. Mor. Mohl auf Doppelwährung, „mit großer Majorität“ angenommen. (Erklärung des Vorsitzenden S. 247 des stenogr. Berichts, 22. April 1873.)

staatliche Verabredungen einen solchen künstlichen Werth im Gegensatz zum natürlichen aufrecht erhalten?

Dies sind die Zweifel, welche dem Vorschlag der Weltmünzkonvention sich in den Weg stellen. Gewiß ist es eine neue Art von Fanatismus, der darin wurzelt, daß der Verstand seine Zweifel solchen kühnen Projekten gegenüber nicht überwinden kann, und darum sich bescheidet, im gegebenen Falle für Deutschland am geltenden Gesetz und der geltenden thatfächlichen Ordnung fest zu halten! Alles in Allem aber treffen auch hier wie in so vielen Kämpfen der heutigen Staats- und Gesellschaftsentwicklung die nämlichen Gegensätze aufeinander: Die Einen sehen die schöpferische Macht in der staatlichen Anordnung, welche Kräfte bindet und hemmt, die Andern erblicken den Gang der Kultur in der Befreiung der natürlichen Kräfte, für welche die Gesetzgebung einzig die friedlichen Bahnen zu ziehen berufen ist.

In der Münzfrage bilden Jene sich ein, das Verhältniß von Silber zu Gold habe sich in der Zahl $15\frac{1}{2}$ zu 1 einen Zeitraum hindurch bewährt, weil die Gesetzgebung es vorgeschrieben; die Andern meinen, nur so lange diese Zahlen den lebendigen Verhältnissen von Angebot und Nachfrage entsprochen, sei auch die Gesetzgebung in Kraft geblieben. Und darum sind sie überzeugt, daß keine Gesetzgebung der Welt für die Zukunft diese Zahlen mit Erfolg binden könne.

Berlin, 15. März 1880.

L. B.

Sitzung vom 24. Februar.

Debatte über die Durchführung der Münzreform.

Bevollmächtigter zum Bundesrath Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt
Scholz: Nachdem, was der Herr Abgeordnete Dr. Bamberger schon geäußert hat, darf ich annehmen, daß es seinem Wunsche entspricht, wenn ich meinerseits damit beginne, eine weitere Erläuterung zu dieser Position zu geben, und ich bin sehr gern bereit, diesem Wunsche zu entsprechen.

Ich darf damit beginnen, meine Herren, daß die Sache nach dem neulich schon etwas skizzirten Angriffe zunächst eine Erinnerung an den Inhalt der Verhandlungen vom Juni v. J. erfordert. Vor etwa 8 Monaten hat der Herr Abgeordnete mit anderen Mitgliedern des Hauses eine Interpellation hier eingebracht, wesentlich zu dem Zwecke, wie es damals des Näheren ausgeführt wurde, um durch eine bestimmte Erklärung der Regierung darüber, daß eine Aenderung in der Münzverfassung nicht beabsichtigt sei, eine allgemeine Beruhigung hervorzurufen, und in seiner Rede, mit der der geehrte Herr Abgeordnete damals bei der Besprechung dieser Interpellation den Gegenstand beleuchtet hat, hat er wiederholt Veranlassung genommen, sich ausdrücklich gegen die Unterstellung zu verwahren, als ob seinerseits oder seitens seiner Freunde eine Einmischung in die Frage der Silberverkäufe beabsichtigt werde; er hat ausdrücklich erklärt, das sei eine Sache der Exekutive, in die sich einzumischen für die Legislative wenig sich empfehle, die man hier in dem hohen Hause gar nicht zu berühren gutthäte, und die er deshalb seit langer Zeit auch zu berühren immer unterlassen habe. Ich darf insbesondere auf zwei Stellen jener Verhandlungen hier aufmerksam machen. Es ist Seite 1716 der stenographischen Berichte, wo der Herr Abgeordnete Dr. Bamberger gesagt hat:

Es ist uns nicht entfernt in den Sinn gekommen, uns in die Frage der Silberverkäufe einzumischen, am allerwenigsten sie hier im Reichstage zur Debatte zu bringen. Das sind Fragen der Exekutive, die nicht bloß nicht für die öffentliche Erörterung sich eignen, sondern für welche die Parlamentsmitglieder gar keine Kompetenz haben. So lange die Münzgesetzgebung noch im Gange war, habe ich ja oft meine Meinung ausgesprochen und mich stets zu der Ansicht bekannt, daß wir rasch das Silber verkaufen müßten, weil ich der Ansicht war, daß es nur bergab gehen könne. Ich hatte damals den Widerspruch von

Seiten der Reichsregierung zu bekämpfen und ich stehe nicht an zu bekennen, daß namentlich der Herr Finanzminister in dieser Beziehung von falschen Annahmen ausging.

Und Seite 1717, wenn ich das noch kurz hinzufügen darf:

Der Herr Reichskanzler hat angedeutet, er werde uns entweder in dieser oder in der nächsten Session in die Lage versetzen, unsere Zustimmung dazu zu geben, daß die Silberverkäufe sistirt würden. Ich weiß nicht, ob die Regierung in der Lage ist, das von uns zu verlangen. Ich habe es meinstheils an und für sich nicht für nöthig gehalten, daß die Reichsregierung sich dazu autorisiren lasse. Es ist im Reichsgesetz gar kein Termin gestellt für die Durchführung der Silberverkäufe. Die Reichsregierung ist auch von denen, die sich an der Durchführung der Münzreform interessiren, bis jetzt in offizieller Weise nie belästigt oder gedrängt worden, hier einen Termin zu setzen, und es ist deswegen etwas auffällig, daß von einer Maßregel gesprochen wird, die ihrerseits auch wieder fälschlich interpretirt werden könnte.

Kurz, es sind das die beiden schlagendsten Stellen, aus denen, wie ich glaube, nichts anderes hervorgehen kann, als daß es die Meinung des geehrten Herrn Abgeordneten damals war, in diese Frage sich nicht einzumischen.

Nun hat er aber neulich schon die Gesichtspunkte angedeutet, aus denen er der Regierung wegen ihres Verfahrens einen Vorwurf zu machen gedenkt, und ich habe sie nicht anders verstanden, als daß sie dahin gingen, die fortdauernde Sistirung der Silberverkäufe berechtigte ihn zu dem Vorwurf einer Denaturirung der beiden Gesetze, die hier in Betracht kommen, des Münzgesetzes und des Bankgesetzes. Es ist also jetzt in Bezug auf die Zulässigkeit einer Gemischung in die Frage der Silberverkäufe eine wesentlich andere Auffassung bei dem Herrn Abgeordneten eingetreten. Es ist in dieser der Exekutive vorbehaltenen Angelegenheit, die von keinem Termin abhängt, in der die Exekutive bisher zu keinem bestimmten raschen Vorgehen gedrängt worden, in allem diesem ist eine Aenderung eingetreten. Wie dies zu konstruiren ist, ist mir nicht ganz klar geworden. Ich habe auch nur Anhaltspunkte vielleicht in einzelnen Aeußerungen der Presse bisher finden können, die den Gedankengang des Herrn Abgeordneten wohl wiedergeben. Es ist da darauf hingewiesen worden, die Absicht der Sistirung der Silberverkäufe sei im wesentlichen dahin gegangen, den Versuch zu machen, ob in der That die Einstellung der deutschen Silberverkäufe den Preis des Silbers auf dem Weltmarkt wieder in die Höhe zu bringen geeignet sei, und es wird nun behauptet, die Regierung habe in der That Zeit gehabt, wahrzunehmen, daß die negative Antwort zweifellos sei, daß der Versuch also mißlungen sei, und daß sie keinen Anlaß mehr habe, solche Versuche noch weiter fortzusetzen. Es ist dann als zweites Moment hinzugesügt worden, daß der Versuch, die bereits angesammelten Thaler wieder in Zirkulation zu setzen, auch mißlungen sei, indem der Thalerbestand der Bank sich immer sehr bald wieder auf denselben Betrag erhöhte. Nun ist gefragt worden, wenn das beides nun bereits vorliegt, was kann denn da noch irgend die Regierung veranlassen, die Maßregel der Sistirung der Einziehung der Silbermünzen und der Verkäufe des eingeschmolzenen Silbers noch beizubehalten? Man hat sich geantwortet, es kann also nur die Absicht vorliegen, unsere Münzverfassung zu ändern, den Thaler dauernd beizubehalten. Nur mit diesem eingeschobenen, unterstellten Gedanken ist es dann möglich geworden, allerdings der Regierung den Vorwurf zu machen, sie lasse das Münz- und Bankgesetz absichtlich dauernd unausgeführt, sie denaturire, wie der Herr Abgeordnete gesagt hat, diese Gesetze, und das sei in der That Gegenstand berechtigter Angriffe, berechtigter Vorwürfe. Diese De-

duktion — ich wiederhole es, hat der Herr Abgeordnete selbst hier nicht ausgeführt, er hat aber die Schlussfolgerungen angedeutet, und gegen die allein bin ich jetzt in der Lage zu kämpfen.

In dieser ganzen Ausführung ist nun so zu sagen alles unrichtig. Die Regierung hat nicht ihrerseits die Einziehung der Verkäufe des Silbers eingestellt, um zu sehen, ob diese Maßregel auf dem Weltmarkt die Wirkung haben würde, daß der Preis des Silbers wieder in die Höhe ginge. Der Herr Präsident des Reichsbankdirektoriums, der in der Sitzung des Reichstags damals anwesend war, hat allerdings in seiner Rede nebenher auch geäußert, es würde sich ja zeigen, ob die Einstellung der deutschen Silberverkäufe diese Wirkung hat. Aber der Grund der Maßregel ist von dem Herrn Reichskanzler selbst ganz klar und unzweideutig angegeben worden: er wollte die Verantwortung nicht mehr tragen für die großen Verluste, welche Deutschland aus den Verkäufen des Silbers z. B. bei diesen niedrigen Preisen noch erwüchsen. Dieser einfache Grund ist weder in der Rede des Herrn Präsidenten des Bankdirektoriums übergegangen, noch dadurch etwa in den Schatten gestellt, daß derselbe nebenher davon sprach, was die Maßregel etwa noch Belehrendes haben könne.

Der zweite Punkt, meine Herren, die Wahrnehmung in Bezug auf den Thalerbestand der Bank, hat ebenjowenig für die Regierung ein Anlaß zu ändernder Beschlußnahme sein können, denn die Voraussetzung, daß eine künstliche Ueberführung dieser Thalerbestände in den Verkehr versucht worden sei, ist eine unzutreffende. Ich gebe ohne weiteres zu, daß die Thaler für den großen Verkehr gewiß jetzt nicht mehr erwünscht sind und, wenn sie in den großen Verkehr gelangen, sehr bald nothwendig in die Bank wieder zurückfließen müssen. Schon ihre Ungeeignetheit, in das reine dezimale Münzsystem sich einzufügen, die Summe von 100 Mark in Thalern darzustellen, genügt, um sie für den größeren Verkehr unbequem und unerwünscht zu machen. Dagegen besteht doch noch ein sehr ausgedehnter kleiner Verkehr, wo der Thaler, in Norddeutschland insbesondere, beliebt ist und als ein Bedürfniß empfunden wird, (sehr richtig! rechts) und wo er in der That zeitweise vermißt worden ist, weil man ihn nirgends mehr begegnete. Meine Herren, ich behaupte, wenn es angänglich und möglich gewesen wäre, in ganz natürlicher Weise die Thaler wieder mehr in diesen Verkehr zu lenken, dann würden sie vielleicht nicht zurückgekommen sein. Jedenfalls aber bleibt das bestehen: es sind keine künstlichen Veranstaltungen getroffen worden, um die Thaler wieder in den Verkehr zurückzuführen, es hat also der immer ziemlich gleich bleibende Bestand der Bank an Thalern durchaus nicht die Kraft eines besonderen Grundes für die Regierung haben können, in ihrer Politik eine Aenderung eintreten zu lassen.

Ich darf hervorheben, daß auch heute noch wie vor acht Monaten — und der Herr Abgeordnete Dr. Bamberger wird mir zugeben, daß für solche Fragen ein Zeitraum von acht Monaten in der That doch noch ein recht kurzer ist, um eine Aenderung auch nur vermuthen zu können — daß auch heute noch derselbe Grund, der am 19. Juni hier dem hohen Hause bekannt gegeben worden ist, nämlich die Besorgniß der Regierung, auf ihre eigene alleinige Verantwortung so große Verluste für das Reich zu übernehmen, zur fortgesetzten Sistirung der Silberverkäufe geführt hat. Es ist damit übrigens gar nicht ausgesprochen, daß dies eine unabänderliche Auffassung auf Seiten der Regierungen bleiben müsse. Im Gegentheil, meine Herren, wenn hier von dem hohen Hause eine andere Auffassung, die Auffassung, daß man rascher mit dem Einziehen unserer alten Landesilbermünzen vorgehen müßte, daß man gut thue, das daraus gewonnene Silber so rasch als möglich zu verkaufen, daß man die Verluste, die sich daraus ergeben, und die sich auf einen hohen Betrag noch

beziffern würden, denn der Silberpreis ist ja immer noch ein so niedriger, wie er im Juni gewesen ist, daß man, sage ich, diese Verluste auf die Reichskasse übernehmen müßte, wenn dies alles mit Einstimmigkeit oder mit überwiegender Majorität von der Legislative angenommen werden sollte und in einem Beschluß ausgesprochen würde, so würde dem nicht der anders lautende Beschluß der Regierungen lediglich entgegengestellt werden, sondern er würde mit der ihm zukommenden Aufmerksamkeit geprüft und danach von neuem Stellung zu der Frage von den verbündeten Regierungen genommen werden.

Ich glaube damit die ausführlichere Erläuterung der Bemerkungen, die hier im Etat bei Tit. 3, Einnahmen, und zugleich zu Tit. 8, Ausgaben, gemacht ist, bis auf weiteres genügend gegeben zu haben.

Abgeordneter Dr. **Bamberger**: Ich bin dem Herrn Schatzsekretär aufrichtig dankbar dafür, daß er die Güte gehabt hat, sich des näheren auf eine Erklärung und Auseinandersetzung über die hier angeregte Frage einzulassen, und ich erkenne an, daß er so weit Antwort gegeben hat, als dies ohne die Formulierung näherer Fragen möglich war. Ich will nur gleich, um in demselben Tone fortzufahren, in dem dieser Bescheid mir geworden ist, noch ein Wort hinzufügen über eine Aeußerung, welche der Herr Schatzsekretär in der vorigen Sitzung bei der Generaldebatte gemacht hat und auf welche ich zu antworten mir damals vorbehalten habe.

Ich hatte in meiner Auseinandersetzung gesagt, die Erklärung, welche die verbündeten Regierungen im Etat und auch in der Münzdenkschrift für die Sistirung der Silberverkäufe und der Thalereinziehung gegeben hätten, bewiese überhaupt, daß es angezeigt sei, dem Reichstage und dem Lande gegenüber hier aus dem absoluten Stillschweigen herauszutreten, und ich habe, davon ausgehend, hinzugefügt, es beweiße das für mich, daß auch jene Interpellation im Monat Juni des vorigen Jahres nicht so übel angebracht und überflüssig gewesen sein konnte, wie es damals den Schein gehabt hätte nach der Antwort, die der Herr Reichskanzler erteilte.

Ich habe nicht behauptet, wie der Herr Schatzsekretär in seiner Antwort vor wenigen Tagen bemerkte, daß die jetzige Erklärung im Etat die Folge jener unserer Interpellation gewesen wäre. Das wollte ich durchaus nicht sagen. Ich wollte nur behaupten, daß, wenn jetzt eine Erklärung nothwendig war zur Fortsetzung der damals ergriffenen Maßregel, so scheint sie mir wenigstens ebenso nöthig gewesen zu sein zur Zeit, als man jene Maßregel zum ersten mal ergriff, denn jetzt ist es eigentlich eine selbstständig auftretende, vielleicht auch nicht näher zu erläuternde Maßregel, die ergriffen wird, während im Juni v. J. eine in der Statsberathung zum Gesetz gewordene Maßregel, die der Regierung die Mittel an die Hand gab, in der Münzreform fortzufahren, thatsächlich im Widerspruch mit dem Statsgesetz außer Kraft gesetzt wurde und meiner Ansicht nach damals schon eine Erklärung nöthig gemacht hätte.

Der Herr Schatzsekretär hat nun geglaubt, mich in Widerspruch setzen zu sollen zu dem, was ich im vorigen Jahre, d. h. im Juni 1879 über die Stellung eines Abgeordneten dieses Hauses überhaupt zur Durchführung der Münzreform als meine Ansicht aufgestellt habe. Mit meiner Aeußerung verhält es sich ganz thatsächlich und unbezweifelbar so, wie aus der Vorlesung der betreffenden Stellen des stenographischen Berichtes hervorgeht; ich habe gesagt, daß die Frage, ob zur gegebenen Zeit die Regierung gut thue, die Thaler einzuziehen und das Silber zu verkaufen, keine Frage der Legislative sei, und es sogar nicht klug wäre, sich mit einer öffentlichen Debatte im gegebenen Moment hineinzumischen, weil man dadurch die Operationen der Regierung durchkreuzen könnte.

Allein wir stehen jetzt vor einer ganz andern Maßregel; dieselbe geht aus den heute erhaltenen Erklärungen zur Genüge hervor. Die Regierung sistirt nicht nach den dormaligen Umständen, weil irgend eine vorhandene Kombination sie dazu veranlaßt, sich vom Markte zurückzuziehen oder den Verkehr anders anzusehen, sie sistirt nicht einstweilen die vorgeschlagene Exekution, sondern sie thut es prinzipiell; sie nimmt sich vor sich selbst in Acht, sie bindet sich die Hände, sie läßt den Kredit streichen, der es ihr möglich macht, wenn die Umstände sich ändern, ja, wenn ihre eigene Ansicht sich ändern sollte, wieder in eine Exekution zurückzusteuern, die sie seit dem Münzgesetz beständig verfolgt hat. Mir scheint das in der That nicht mehr bloß Exekution, das ist nicht bloß mehr eine Abwägung der geringeren oder größeren Nützlichkeit einer Maßregel, sondern das ist die Erklärung: wir halten diese Maßregel für ein ganzes Jahr von vornherein für ausgeschlossen, so sehr, daß wir uns gar nicht in die Versuchung bringen wollen, einmal wieder zu ihr zurückzukehren. Wie wäre eine solche Maßregel zu erklären, wenn nicht die Regierung entweder überzeugt ist, es könne in Jahresfrist z. B. ein Steigen des Silberkurses gar nicht in der Weise eintreten, daß man versucht sein möchte, ihn zu benutzen, oder wenn sie nicht den Gedanken hätte, es wäre überhaupt angezeigt, die Durchführung der Münzreform zu sistiren; und welche von beiden Vermuthungen die richtige ist, kann ich natürlich nicht errathen. Ich glaube nun doch annehmen zu können, ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich das auch als die Ansicht des Herrn Schatzsekretärs ansehe, daß niemand im Stande ist, vorauszusagen, wie binnen Jahresfrist die Bewegung im Silberkurs sich entwickeln und ob es für uns nicht angezeigt sein könne, denselben unter Umständen zu benutzen. Gerade der Grund, der vorhin als durchschlagend für die Reichsregierung angegeben worden ist, der Grund, daß es sich einzig und allein darum handle, Verluste zu vermeiden, dieser Grund kann mit Aenderung des Silberkurses vollständig wegfallen. Ich bin also in Verlegenheit mir zu erklären, wie eine Maßregel, die prinzipiell die Münzreform auf ein Jahr sistirt, die demnach nicht von der Rücksicht auf künftige Fluktuationen des Metallmarktes bestimmt ist, motivirt werden soll, wenn es sich nicht etwa darum handelt, eine solche Position einzunehmen, daß man nicht weiter vorrückt in der Münzreform, um eintretendenfalls leichter umkehren zu können, da ich ja — wie gesagt — der Regierung nicht zutrauen kann, daß sie sich ein Urtheil über künftige Eventualitäten einräumt, wie ein Mensch es nicht haben kann. Ich stehe hier, ich mag die Sache anschauen wie ich will, vor einem neuen Definitivum, das durchaus nichts zu thun hat mit der Frage, von der ich im vorigen Jahre behauptet habe und von der ich noch heute der Ansicht bin, daß sie sich zu einem momentanen Einmischen des Reichstags und des einzelnen Abgeordneten nicht eigne. Der Gedanke unseres Münzgesetzes ist, daß die Münzreform durchgeführt werden soll, und es ist wiederholt von den verbündeten Regierungen ausgesprochen worden, daß dies möglichst schnell geschehen soll aus Gründen, die ja so nahe liegen, daß sie beizubringen gar nicht nöthig sind. Noch in der Vorlage, die 1876 gemacht wurde, als es sich darum handelte, die Eventualität vorzusehen, daß die Thaler zu Scheidemünze demonetisirt werden könnten, jagten die Motive des Gesetzes, das uns von dem Bundesrath zugeht, ausdrücklich:

Der Grundgedanke der deutschen Münzreform, an Stelle der Landeswährungen die reine Goldwährung treten zu lassen, bleibt auch nach der durch die kaiserliche Verordnung vom 22. September d. J. (Reichsgesetzblatt S. 303) angeordneten Einführung der Reichswährung im gesammten Reichsgebiet zum 1. Januar 1876 hinter seiner vollständigen Verwirklichung so lange zurück, als die Bestimmung im Art. 15

Ziffer 1 des Münzgesetzes vom 9. Juli 1873 ihre Geltung behält, nach welcher die Ein- und Zweithalerstücke deutschen Gepräges und zufolge Gesetzes vom 20. April 1874 auch die in Oesterreich bis zum Schlusse des Jahres 1867 geprägten Vereinsthaler und Vereinsdoppeltaler im gesammten Bundesgebiete bei allen Zahlungen bis zur Außersetzungszeit an Stelle aller Reichsmünzen, also auch an Stelle der Reichsgoldmünzen unter Berechnung des Thalers zum Werthe von 3 Mark anzunehmen sind.

Dann heißt es weiter an einer anderen Stelle:

So lange aber der Inhaber von Forderungen auf deutsche Plätze nicht sicher ist, unter allen Umständen Zahlung in Goldmünzen als dem international vollwerthigen Zahlungsmittel Deutschlands zu empfangen, kann die deutsche Währung nicht das volle Vertrauen im In- und Auslande genießen, welches für dieselbe zu erlangen einen der Hauptzwecke der Münzgesetzgebung bildet.

Dies sind die eigenen Worte der verbündeten Regierungen, und wenn ich demgegenüber heute darüber aussprechen höre, daß für ein ganzes Jahr die Regierungen ihres eigenen Willens sich begeben, in dieser für so nothwendig und dringlich erklärten Reform fortzufahren und gerade in einem Stadium, in dem sie am leichtesten abzuwickeln ist, weil mit jedem Zentner Silber, der verkauft wird, die Last um so weniger auf uns drückt, so bin ich, ohne dadurch in Widerspruch mit mir selbst zu kommen, der Meinung, daß das ein Gegenstand ist, der einer Besprechung hier im Reichstage wohl würdig ist. Ich gehe auch heute natürlich nicht so weit, daß ich einen Antrag damit verbinde, das hätte auch gar keinen Sinn; wenn der Regierung ein Kredit zur Verfügung gestellt würde, und sie wollte ihn nicht benutzen, so würde die Sache doch in demselben Stadium bleiben wie vorher.

Wie ich schon neulich als Einleitung zu der heutigen Verhandlung zu bemerken die Ehre hatte, geht der Hauptzweck der Auseinandersetzung, die ich mir erlaube dem hohen Hause vorzutragen, dahin, zu vermeiden, daß, wenn in gegebener Zeit Verwirrungen in den Verkehrs- und Umlaufsverhältnissen des deutschen Reiches eintreten sollten durch Konjunkturen, die kein Mensch in der Hand hat, daß dann gesagt werden könne, sie seien durch Grundfehler unserer Münzgesetzgebung oder durch Grundfehler unserer Bankgesetzgebung heraufbeschworen worden; vielmehr verwahre ich mich dahin, daß solche Verwirrungen dann höchst wahrscheinlich dem Umstande würden zuzuschreiben sein, daß man nicht konsequent fortgefahren hat, die Münzreform durchzuführen, daß man sich Gefahren ausgesetzt hat, die bei konsequenter Durchführung der Münzreform vermieden worden wären, und aus demselben Grunde glaube ich auch, daß das hohe Haus und die verbündeten Regierungen es nicht für unangemessen halten werden, wenn ich nicht bloß die Prinzipien hier bespreche, die meiner Ansicht nach verletzt sind, sondern wenn ich mich sogar auf das Gebiet hinauswage, wo die Opportunität der Exekutionsmaßregel für den einzelnen Fall in Frage kommt. Denn ganz einverstanden damit, daß wir der Regierung hierin nichts diktiren können, würde es doch höchst sonderbar sein, wenn diejenigen, welche das Gesetz mit haben machen helfen, obgleich sie eine falsche Steuerung wahrzunehmen glauben, sich absolutes Schweigen auferlegen wollten, trotzdem sie glauben, daß dieses Schweigen Gefahr bringen kann. Wenn ich irgend eine Gefahr für die Durchführung unserer Münzreform oder für sonstige Verhältnisse unseres Verkehrs darin sähe, daß die Rätlichkeit oder Nichträtlichkeit der heutigen Siftirung besprochen würde, so würde ich mir von selbst Schweigen auferlegen. Ich glaube aber, wie die Dinge heute stehen und namentlich nach

der Stellung, die die verbündeten Regierungen zu der Sache in unserem Etat genommen haben, daß es nur gut und erwünscht sein kann, wenn man sich auch über die Frage äußert, ob denn nach allgemein münzpolitischen Rücksichten es angezeigt scheint, so zu handeln, wie der Gedankengang der verbündeten Regierungen es anzeigt, oder ob dies nicht räthlich ist. Der einzelne Abgeordnete, der ein besonderes Interesse an dieser Frage wohl zu nehmen berechtigt ist, scheint meiner Ansicht nach sich nicht zu vergehen, wenn er auch hier ganz unmaßgeblich seine Ansicht vorträgt und sie zu begründen sucht.

Der Herr Schatzsekretär hat nun versucht, sofort einen Einwand abzuschneiden, der allerdings in dieser Besprechung eine große Rolle spielen muß. Er hat gesagt: man hat unsere Maßregel im vorigen Jahr dahin ausgelegt, daß wir hätten versuchen wollen, ob nicht die Einstellung der deutschen Silberverkäufe an und für sich Ursache genug sei, um eine Veränderung auf dem Weltmarkt dieses Metalls hervorzurufen, von der wir dann nach Wiederherstellung eines besseren Niveaus unter Umständen Gebrauch machen könnten, und es hat ihm wohl ein wenig auf dem Herzen gelegen, daß damals der Herr Präsident des Bankdirektoriums sich so ziemlich in diesem Sinn ausgesprochen hat; über die Worte wollen wir nicht streiten, aber dessen bin ich wohl von dem Herrn Schatzsekretär nicht gewärtig, daß er mir abstreiten wird, daß die ganze Art und Weise, wie die Beantwortung jener Interpellation damals eingeführt wurde, vernünftiger Weise nur den Sinn haben konnte, daß einstweilen ein Experiment gemacht werden sollte. So ist es sogar von sehr vorsichtigen, ruhigen Leuten, wie dem münzkundigen Soetbeer verschiedene Male in Aufsätzen ausgesprochen und angesehen worden und die Worte, die der Herr Präsident des Bankdirektoriums uns damals vorgetragen hat, lassen gar keinen Zweifel darüber, daß dieser Gedanke eine nachdrückliche Wirkung auf die Vorstellung des Hauses haben sollte. Er hat ausdrücklich gesagt:

Meine Herren, daß diese Maßregel (die Sistirung des Silberverkaufs) zweckmäßig, ja dringend nothwendig war, halte ich jetzt noch für unbestreitbar. Ob sie den Erfolg haben wird, den Preis des Silbers dauernd zu heben bis annähernd auf den früheren Satz von 60 Pence per Unze, steht freilich dahin. Ist es wahr, was die Fachleute fast aller Länder — —

u. f. w.

Also Sie sehen, es war hier offenbar der Grundgedanke von dem Herrn Bankpräsidenten ausgesprochen, wir seien durch unser fortwährendes Anwesendsein auf dem Markte die Hauptursache des Niedergehens der Silberpreise und wir würden, wenn wir uns von ihm zurückzögen, das entgegengesetzte Phänomen hervorrufen. Die ganze Art, wie damals der Bankpräsident als Interpret des Gedankens des Reichskanzlers hier auftrat und sprach, konnte darüber kaum in Zweifel lassen, daß diese Vorstellungsweise einen bedeutenden Einfluß auf den ganzen Gang der Dinge genommen habe. Ich muß mir also auch erlauben, das Experiment, wie ich es das vorige Mal zu nennen mir gestattet habe, mit in den Kreis meiner Betrachtung zu ziehen, und kann den Gedanken nicht ganz abweisen, daß jene Auffassung vielleicht noch jetzt in den Maßnahmen der Regierung einen bedeutenden Platz einnehme, denn, wie gesagt, eins von beiden: entweder man wartet auf bessere Preise, als Wirkung einer auf lange hinaus feststehenden Sistirung, oder man wartet auf eine Gelegenheit, bei der man das ganze Münzgesetz abändern kann. Etwas anders kann ich als Erklärungsgrund für eine so einschneidende Maßregel, wie diese, nicht auffinden. Nun bin ich ja sehr gern bereit, auf jede solchen Eindruck abmildernde Erklärung einzugehen, und der Herr Schatzsekretär hat soeben eine solche zu geben versucht; er hat

gefragt: die Thaler stören nicht; sie sind sogar in gewisser Weise an manchen Orten willkommen und ein Bedürfniß. — Ist das wirklich die Ansicht der Regierung, kann sie wirklich den Gedanken fassen, daß, nachdem wir das ganze Münzgesetz in allen seinen Theilen durchberathen und beschlossen haben und auf ein ganz konsequentes System, auf eine bestimmte Währung basirt haben, es irgend wie jemand einfallen würde, einen Bestand von 400 Millionen Mark in einer ganz anderen Prägungsweise und in einem anderen Metall, in einer anderen Währung, in einer anderen Eintheilung als das Dezimalsystem einzufügen? Der Herr Schatzsekretär hat sich mit ein paar Worten auch gegen diese Auffassung verwahrt, und so bleibt mir immer die Frage: welches ist der Sinn einer Maßregel, die trotz dem Münzsystem, das wir gemacht haben, hauptsächlich auf unbestimmte Zeit ein neues Münzwesen schafft, welches allen Grundgedanken widerspricht, die in dem Münzgesetz ausgesprochen waren?

Ich will nun der Frage näher treten, ob es gerechtfertigt wäre, wenn die Reichsregierung auf Umstände glaubte warten zu müssen, welche die ganze Lage des Marktes des Edelmetalles so ändern könnten, daß sie entweder mit einiger Wahrscheinlichkeit hoffen dürfte andere Preise zu sehen, oder gar in der Gesetzgebung mit Erfolg neue Vorschläge machen zu sollen. Die ganze Weltlage scheint mir nicht dazu angethan, eine solche Eventualität ins Auge zu fassen und ich sehe keine Anhaltspunkte, auf die man sich stützen könnte, um eine so tief greifende Maßregel eintreten zu lassen, um einen so tiefen Schnitt in unsere Münzgesetzgebung zu machen. Der Herr Bankpräsident hat in der eben zitierten Stelle die Meinung ausgesprochen, daß, wenn wir uns vom Silbermarkt zurückzögen, die Silberpreise sich wesentlich heben würden. Es wird wohl heute nicht bestritten werden, daß, wenn dieses Experiment gemacht werden sollte, es so vollkommen gemacht worden ist, wie man es nur wünschen konnte; denn nicht blos ein großer Theil der daran interessirten Leute war der Ansicht, daß wir fortan kein Silber vorerst verkaufen würden, sondern es hat sich wirklich nach den Verhandlungen über jene Interpellation mehr als vorher die Meinung festgesetzt im Publikum, es handele sich um eine Umkehr in unserer Münzgesetzgebung; und das basirte hauptsächlich darauf, daß eine ganz Reihe von Veröffentlichungen gerade aus den Kreisen, die immer in den wirthschaftlichen Reformen des Reichskanzlers das größte Heil zu sehen glauben, verkündeten, es bleibe nun in Folge der Verhandlungen über jene Interpellation gar kein Zweifel mehr, daß diese Umkehr in der Münzgesetzgebung beabsichtigt sei. Dieser Glauben breitete sich noch mehr aus, als ein Amerikaner Mr. Kelly in New-York eine Unterhaltung veröffentlichte, die er mit dem Herrn Reichskanzler gehabt habe, der nicht widersprochen wurde und die wenigstens in weiten Kreisen jene damals im Gang gebrachte Version sehr stark bekräftigte. So war also eine Situation geschaffen, der gemäß die Welt in Zukunft auf der Voraussetzung opiren konnte, Deutschland sistire nicht nur seine Silbereinziehung, sondern denke sogar an eine Doppelwährung, oder wie man es nennen will, als Ziel einer möglichen Umkehr. Und was war der Erfolg dessen, daß wir wirklich vom Markte weg blieben, dessen, daß die Welt glaubte, wir seien zu einer anderen Ansicht bekehrt? Die Folge war, daß die Preise, wie sie zur Zeit, als der Herr Bankpräsident sprach, bestanden, sich nicht halten konnten, daß wir zurückfielen auf den Preis, der überhaupt, seitdem die großen Veränderungen auf dem Edelmetallmarkt eingetreten sind, sich als Durchschnittspreis gezeigt hat. Damals, als der Preis tief stand, als die Reichsregierung sich zur Sistirung der Silberverkäufe entschloß, galt Silber auf dem Londoner Markt etwa 50, es ging dann im Zusammenhang mit jenen Gerüchten auf 53 und fiel dann wieder auf 52, — ein Preis, den das Silber auch heute noch hat, ja es hat in den letzten Monaten näher

an 52 als an 53 gestanden, und gerade seit dem Tage, da bekannt wurde, daß unsere Silberverkäufe auf die Dauer eines Jahres fest zurückgestellt seien, ist der Preis zurückgegangen; während noch vor kurzem die Notirung $52\frac{1}{2}$ bis $\frac{5}{8}$ lautete, ist sie neuerlich nahezu auf 52 zurückgegangen — ein Beweis, daß die Kenner der Sache durchaus nicht der Ansicht sind, daß die deutschen Silberverkäufe im Stande seien, einen wesentlichen Einfluß auf den Silbermarkt auszuüben, und das ist auch für niemand ein Geheimniß, der einigermaßen mit diesen Dingen vertraut ist. Es ist ja bekannt, wie die englische Enquete ergeben hat und wie die Beobachtung des Marktes in allen Ziffern widerspruchlos ausweist, daß es ein vollständiger Irrthum von Seiten des Herrn Bankpräsidenten war, wenn er glaubte, das Gewicht der deutschen Verkäufe bestimme dauernd den Kurs des Silbers auf dem Weltmarkt. Es sind namentlich die Beziehungen zu Indien, welche hier den Ausschlag geben. Noch in jüngster Zeit hat ein in diesen Dingen gewiß sehr klassischer Zeuge, der Direktor der holländischen Bank in Batavia, in einem Bericht über die holländisch-indischen Münzzustände mit dürren Worten erklärt, man müsse gänzlich ein Neuling sein in Sachen des Metallmarktes, wenn man sich der Ueberzeugung verschließen wolle, daß das Verhältniß Indiens zu Europa allein das ist, was stärker einwirkt auf den Silbermarkt als alle anderen Einflüsse, die da eintreten können. Wir sind von allen Seiten umringt von Konkurrenten, welche darauf erpicht sind, Silber zu verkaufen — und nun, was thun wir? Wir machen Ihnen das Vergnügen, uns selbst Enthaltjamkeit aufzuerlegen. Die kleine Lücke, die unsere verhältnißmäßig geringen Verkäufe öffnen, wird sofort ausgefüllt von Amerika und von der englischen Regierung, welche Tratten abzugeben oder Silber zu verkaufen hat. Die indisch-englische Regierung hat allein im letzten Jahre an Tratten auf Indien, die aber vollkommen denselben Dienst leisten wie die Silberbarren, 17 Millionen Pfund Sterling verkauft, das heißt 340 Millionen Mark, und so viel hätten wir an Silber nicht zu verkaufen, wenn wir uns auch vollständig Lust verschaffen wollten, und von diesen 17 Millionen hat sie 9 Millionen verkauft, seitdem wir die Güte hatten, unsere Silberverkäufe zu sistiren, und sie hat sie zu besseren Preisen verkauft.

Darin hat der Herr Bankpräsident allerdings ganz Recht gehabt, wenn er jagte: das Ausland wird Sie segnen, wenn Sie zustimmen, daß wir unsere Silberverkäufe einstellen. Meine Herren, das Ausland hat uns gesegnet, es hat seine Silbergeschäfte zu besseren Preisen gemacht, weil wir verzichteten, einstweilen an die Stelle zu treten, die wir hätten einnehmen können. Ob es aber — gerade jetzt ganz besonders — im Geiste unserer Handelspolitik ist, uns Enthaltjamkeit und Opfer aufzulegen, damit das Ausland uns segne, das ist eine Frage, deren Beantwortung ich mir wohl ersparen kann.

Nun liegt außerdem in diesem Verhältniß Englands zu Indien keineswegs ein Grund vor, anzunehmen, daß die Zustände in der Welt sich bald ändern werden. Nein, nicht im geringsten! Die großen Depreciationen des Silbers, zu denen Deutschland ein klein wenig beigetragen hat, sind außer diesen veränderten Verhältnissen Indiens zu England noch durch zwei wesentliche Umstände herbeigeführt worden. Erstens dadurch, daß Indien doppelt so viel an Tratten von der englischen Regierung erhält, als es in früheren Jahren bekommen hat, zweitens hat der lateinische Münzbund, der seit seinem Bestehen bis vor etlichen Jahren 2800 Millionen Franken an Silber geprägt hat, diese Silberausprägung vollständig sistirt, und es ist auch ein Ausfall von jährlich 150 Millionen Mark an Konsum von Silber eingetreten, welcher zu dem Mehrbedarf von 180 Millionen, die die englische Regierung abzugeben hat, hinzu zu addiren ist. Damit kommen wir weit über 300 Millionen.

Dazu sind die neuen Entdeckungen der Silberminen in Amerika getreten. Allerdings hat man sich in neuerer Zeit darauf berufen, daß die berühmte Comstock Lode im Moment etwas weniger abwirft, als in früheren Jahren, aber es liegt einfach darin, daß die Arbeiten des Soutro-Tunnels, eines der Wunderwerke der modernen Technik, welches die Ausbeute dieser Mine erst auf ihre wahre Höhe bringen soll, ihrer Vollendung jetzt entgegen gehen und die Ausbeutung gerade durch die Arbeiten gestört ist. Aber abgesehen von der großen Ausbeutung an Silber in den Nevadabergwerken sind neue Silberfelder in anderen Staaten entdeckt worden, die mit großer Thätigkeit arbeiten. Neben Nevada ist jetzt in gleicher Höhe zu nennen der Staat Utah und der Staat Colorado; dort sind Städte entstanden wie Leadville, welche allein auf den Bergbau in Höhe von sieben- bis achttausend Fuß über dem Meere gegründet sind, welche in Zeit von wenigen Jahren Bevölkerungen von 25 bis 30 000 Einwohnern mit so und so viel Kirchen und Schulen und Hotels haben erstehen sehen, und diese Wunderwelt ist vielleicht bestimmt, in die Dekonomie der alten Welt ebenso stark und merkwürdig einzugreifen, wie wir es auch für die Landwirtschaft erleben. Genug, wir wissen heute, daß die nordamerikanische Silberproduktion — die neue ohne Mexiko — in jedem der letzten Jahre etwa 40 Millionen Dollars, also 160 Millionen Mark ergeben hat. So kommen wir mit jenen drei Faktoren schon in die Summe von 500 Millionen theils entbehrlich gewordenen Konsums, theils neuer Produktion, die konkurriren auf dem Silbermarkt; und denen gegenüber sollen wir uns einbilden, daß die wenigen Verkäufe, die wir nöthig haben, um nur so auf dem laufenden zu bleiben und allmählich unseren Silbervorrath abnehmen zu sehen, eine Umstürzung herbeiführen könnten.

Ich kann wohl annehmen, daß es nicht gleichgiltig ist, diese Ziffern hier vorzubringen, und daß, wenn ich mir auch nicht anmaße, auf die Ansichten des Hauses und der Reichsregierung hier bestimmend einzuwirken, es doch sehr angezeigt ist, sich vorzuhalten, wie wenig Grund nach Ziffern vorhanden ist, zu glauben, daß in der Weltproduktion und -Konsumtion eine Veränderung eintreten werde, welche uns ein anderes Bild vorzuführen im Stande wäre, als wir gegenwärtig vor uns haben.

Dieselbe Beobachtung, welche wir im Punkt der Produktion und Konsum zu machen hatten, können wir im Punkt des Umlaufes des Silbers machen. Ueberall sehen wir, daß gegenüber dieser gesteigerten Produktion und verringerten Ausprägung auch der Verkehr selbst sich weigert, die schweren Silbermünzen anzunehmen, daß sie immer wieder zurückkehren auf den Ausgangspunkt. Ich habe mit großem Vergnügen aus den Mittheilungen des Herrn Schatzsekretärs vernommen, daß bei uns keine künstlichen Versuche gemacht werden sollen, um die Thaler in die Zirkulation hinauszustoßen, — vielleicht könnte ich sagen, daß keine künstlichen Versuche mehr gemacht werden sollen, denn daß einmal in gegebener Zeit etwas derartiges versucht worden, ist mir aus einer so guten Quelle bezeugt, daß ich es nicht bezweifeln kann. Die Erfahrung hat wohl gezeigt, wie auch in anderen Ländern, daß derartige Experimente — das Wort hat ja an sich keine üble Bedeutung — fruchtlos sind. Selbst aus einer Erklärung der bayerischen Regierung, die man im letzten Jahre zu lesen Gelegenheit hatte, ist das Nämlische zu ersehen. Im bayerischen Landtage gab die Regierung die Bestätigung der Thatsache, die, wenn ich nicht irre, der Herr Schatzsekretär eingeräumt hat, daß unser Verkehr die Thaler nicht festhält, vielleicht mit Ausnahme einzelner Lokalitäten. Eben die Erklärung, die die der Finanzminister in Bayern in der bayerischen Kammer nach der Zeitung gegeben hat, lautete dahin, daß man wahrnehme, die Thaler flößen immer wieder an den Ausgangspunkt, an die Zentren zurück, die sie nicht wieder in Zirkulation zu setzen im

Stände wären. Es ist dies auch keine vereinzelte Wahrnehmung; wir haben dieselbe Wahrnehmung in Amerika, dem Lande der Agitation für Silber. Bekanntlich hat die sogenannte Bland bill, welche die Silberausprägung auf 2 Millionen Dollars per Monat*), also 24 Millionen Dollars per Jahr festsetzte, die Billigung des Repräsentantenhauses gefunden, und in solcher Weise, daß sie gegen das Veto des Präsidenten nach mehrmaliger Abstimmung durchging. Was war die Folge davon? Es sind 40 Millionen Dollars in Silbermünzen als richtiger Legal-Tender, als gleichberechtigte Münzen in Amerika ausgeprägt; es sind aber nur 7 bis 8 Millionen in Umlauf, trotzdem man sich die Mühe gegeben hat, selbst durch Gratisbeförderung auf den Eisenbahnen, die Silberrdollars in Zirkulation zu halten. Es wird keine Transaktion von Kaufleuten in Amerika mehr gemacht, die nicht ausschließlich auf Gold beruht.

Ganz ähnliche Erfahrungen haben wir in Frankreich gemacht. Frankreich wurde gepriesen als das Land, das mit Doppelwährung sehr gut existire. Aber ich kann versichern, daß diejenigen, denen die Sorge für die französische Währung anvertraut ist, die Dinge in Frankreich durchaus nicht mit Seelenruhe anschauen. Früher war der Schatz der französischen Banken zum allergrößten Theil mit Gold gefüllt und nur zu einem ganz kleinen Theil mit Silber. Wie ist es heute? Heute enthält die französische Bank, die noch im Jahre 1876 auf ca. 2100 Millionen Franken Baarschatz, 1500 Millionen Franken in Gold und etwa 600 Millionen in Silber enthielt, sie enthält heute 1267 Millionen Silber und nur 760 Millionen Franken in Gold. (Hört! Hört!)

Wer hat davon profitirt? Die Leute, die das Silber- und Goldgeschäft machen, die haben dem Lande Silber gegeben und haben das mehrwerthige Gold dafür ausgeführt, und dieser Operation setzt sich jedes Land aus, welches mehr Silber in seinem Verkehr hält, als absolut für den Bedarf von Scheidemünzen nöthig ist.

Die französische Bank hat im Grunde viel mehr Verluste bereits erlitten durch diese Denaturirung ihres Schatzes, als man von Deutschland sagen kann. Die französische Bank hat jetzt auch einen Silberschatz, der sich vermehrt hat auf etwa eine Milliarde. An Silber hat sie $1\frac{1}{2}$ Prozent, d. h. 150 Millionen Franken bereits thatsächlich verloren, und ohne daß irgendwie eine Münzreform vorgenommen ist. Während wir das Land veranlaßt haben, das unterwerthige Metall zu rechter Zeit abzustößen und das mehrwerthige Gold anzunehmen, hat in Frankreich die Privatpekulation das Gegentheil für sich besorgt, die von jeher im französischen Münzwesen begünstigt worden ist, die Spekulation, die von uns abzuhalten wohl erlaubt sein darf.

Stehen die Dinge so ziemlich hoffnungslos meiner Ansicht nach für das Silber, so ist es wohl angezeigt, sich zu fragen, was die Regierung denn bestimmen kann, hier einen so tiefen Einschnitt in unsere Münzgesetzgebung zu machen? Es ist ja immer sehr gefährlich, Voraussagungen zu machen. Es sind früher schon so unvorhergesehene Dinge gerade auf diesem Gebiet, wie überall, wo es sich um den Verkehr handelt, eingetreten, daß die Aspekte, unter denen ich jetzt den Weltmarkt sehe, sich möglicherweise rasch ändern können. Aber das wird mir nicht bestritten werden, daß, um eine bestehende Gesetzgebung abzuändern und die Verantwortung dieser Abänderung auf sich zu nehmen, doch mehr begründete Hoffnung gegeben sein müßte, eine Verbesserung herbeigeführt zu sehen, als nach meiner Auffassung der Fall ist.

Ich weiß wohl, es hat noch eine andere Auffassung ihren maßgebenden Einfluß bei denen, welche — ich nehme bona fide alle Erklärungen an, welche

*) als Minimum und 4 Millionen monatlich das Maximum.

mir gegeben sind — zwar nicht eine Umkehr in unserer Münzgesetzgebung herbeiführen wollen, welche sich aber dem Gedanken nicht verschließen, daß durch eine Ueberstimmung des größten Theils der civilisirten Welt ein Zustand herbeigeführt werden könnte, welcher alle Länder in die Lage setzte, zur Doppelwährung umzukehren. Meine Herren, ob jemand in der heutigen Welt es ernstlich für möglich hält, daß die civilisirten Staaten Europas und mit ihnen die Vereinigten Staaten Amerikas ein Bündniß abschließen über eine so intrikate Frage, wie die ihres internen Münzverkehrs, — ich sage, ob irgend ein praktischer Mann das für möglich hält, das darf ich nur deshalb nicht bezweifeln, weil es vielleicht hier im Hause Leute gibt, die es dennoch für möglich halten. (Heiterkeit.)

Aber ich glaube, wenn ich mich auch von der allgemeinen Beurtheilung der Frage entfernen will, so darf ich wohl sagen: nichts kann ich mir weniger kombiniren mit der Anschauungsweise und mit der Methode des leitenden Staatsmannes im deutschen Reich, als daß er sich in einer so eminent wichtigen Frage, wie die des inneren Metall- und Papierverkehrs des Landes, die Hände binden würde, in ein Vertragsverhältniß zu sämmtlichen civilisirten Staaten beider Welten zu treten. Wir, meine Herren, die wir nicht fertig bringen können, auch nur einen Schritt in Sachen des österreichischen Handelsvertrags zu machen, und schon seit Monaten, nach einer seit Jahrzehnten gepflegten Verbindung, unter der vollständigen Zerreißung dieses Handelsvertrags leiden, wir sollten auf den Gedanken spekuliren, daß eine solche Münzkonvention, von der man allerdings wie von dem ewigen Frieden auch reden kann, zu Stande komme! Daran ist meiner Ansicht gegenüber so bewandten Verhältnissen absolut nicht zu denken.

Nun hat der Herr Schatzsekretär allerdings alle diese Spekulationen beseitigt, und ich nehme gern Urkunde davon, daß auch bei den verbündeten Regierungen sie vorerst keine Rolle spielen. Er hat wesentlich darauf seine Argumentation gestützt, daß angesichts der großen Verluste, welche die Münzreform bereits herbeigeführt habe und bei weiterem Vorgehen unter den gegenwärtigen Umständen nach sich führen müsse, die Regierung nicht wage, wenn sie nicht dazu gezwungen werde, in der Durchführung dieser Reform fortzuschreiten. Das ist, glaube ich, der Gedanke, wie ich ihn unverfälscht wiedergebe.

Es haben diese Verluste in den Verhandlungen der vorjährigen Interpellation eine so große Rolle gespielt, sie haben auch eine so starke Wirkung auf die Vorstellungsweise der Zuhörer ausgeübt, daß ich schon nicht umhin kann, diesen Punkt auch noch ganz kurz zu besprechen.

Eigentlich hat die achte Denkschrift — über die Durchführung der Münzreform — schon Remedur geschafft gegen die falsche Darstellung der Ziffern, die sich der Herr Präsident der Reichsbank hier zu geben bemüht gesehen hat. Der Herr Präsident der Reichsbank hat uns damals dargestellt, daß die Verluste, wie er sie bis jetzt beziffern konnte, sich ungefähr auf 96 Millionen Mark und nach Abzug von 23 Millionen, welche durch Mindergehalt, durch Deterioration der eingezogenen Münzen, also nicht direkt durch die Münzreform herbeigeführt wären, auf 73 Millionen Mark beliefen. Diese 73 Millionen haben sich aber nun, wie es auch die Münzdenkschrift ganz richtig angibt, bei richtiger Bezifferung auf 43 Millionen reduziert, und wollte man da die Rechnung so stellen, wie sie der Herr Reichsbankpräsident gestellt hat, wollte man nämlich die 23 Millionen noch abziehen, welche nur dadurch verloren worden sind, daß die eingezogenen Münzen nicht so viel Silber enthielten, wie sie nach ihrem Nominalwerthe enthalten sollten, so würde sich die effektive Verlustziffer auf 20 Millionen Mark reduzieren. (Hört! hört! links.) Ich will über diesen Zwischenraum zwischen 43 und 20 Millionen jetzt nicht rechten; die Rechnung könnte vielleicht von der anderen Seite bestritten werden; aber nach der Kom-

putation des Bankpräsidenten wäre der wirkliche Verlust nur auf 20 Millionen zu rechnen. Darüber kann kein Zweifel sein: will man die Mindereinnahmen in Belastung bringen, welche durch die Münzreform herbeigeführt worden sind, so muß man loyaler Weise doch auch die Mehreinnahmen buchen, welche hier zu passe kommen, und darüber kann doch auch keine Meinungsverschiedenheit sein auf Seiten der verbündeten Regierungen, denn sie haben ausdrücklich in den Motiven zum Münzgesetz von 1873 sich zu diesem Grundsatz bekannt. Es heißt hier in diesen Motiven: „Ist somit davon auszugehen, daß die Kosten der Einziehung der Landesmünzen vom Reich zu übernehmen sind, so folgt von selbst, daß dem Reich auch die Vortheile zufließen müssen, welche sich bei Ausprägung der neuen Münzen ergeben, denn diese Vortheile bilden die naturgemäßen Deckungsmittel für die Kosten der Einziehung der Landesmünzen.“ Hier haben Sie mit nackten Worten den Gesichtspunkt der Untheilbarkeit der beiden Posten, der Ausgaben und Einnahmen der Münzreform ausgesprochen. Wir stehen also, sei es vor 43 oder 20 Millionen Verlust, die bis jetzt aufgelaufen sind. Nun fragt es sich, wie hoch können die Verluste sein, auf die wir uns noch gefaßt machen müssen? Legen wir die jetzigen Silberpreise von 52 pro Unze zu Grunde und fragen, wie groß die Ziffer dessen ist, was wir noch abzustößen haben, so ist die höchste Ziffer aller Wahrscheinlichkeit nach und nach so wiederholt angestellten Versuchen, daß ich das Detail nicht wieder vorbringen will, etwa 400 Millionen. Dabei sind die österreichischen Thaler mit eingerechnet. Ich bin nun der Ansicht, daß wir uns von dieser Totalziffer nicht brauchen abschrecken zu lassen. Haben wir erst einmal die Hälfte, $\frac{2}{3}$ oder gar $\frac{3}{4}$ über Bord, so wird sich vielleicht die Frage einstellen, was wir mit dem Reste thun sollen und ob er uns noch große Sorge zu machen berufen ist. Aber angenommen, es wären 400 Millionen, und angenommen, es würden auf diese 400 Millionen auch wirklich als Maximum noch 60 Millionen verloren, so haben wir wirklich bei Durchführung einer Maßregel, welche eine seit Jahrzehnten, man könnte sagen, seit Jahrhunderten, im deutschen Reiche bestehende Unordnung durch eine der vollständigsten, im Geiste der neuesten Erfahrungen gemachten Gesetzgebungen erjezt und dadurch den Verkehr nach außen und innen konsolidirt, so hätten wir dies mit 100 Millionen bezahlt. Diese Summe klingt gewiß auch wieder zu stark, um mit Gleichgültigkeit darüber reden zu können. Nun, meine Herren, hätten wir das Geld nicht verloren, wenn das Silber nicht abgestoßen worden wäre? Und wenn wir heute als deutsches Reich oder als Reichsbank unser Inventar zu machen haben, dürfen wir das Silber zu 90 annehmen oder müssen wir es zu 75 annehmen, was es in Wirklichkeit werth ist? Würde nicht jeder Kaufmann wegen falscher Buchführung straffällig werden, wenn er vor Gericht käme, welcher seine Werthe zu einem fiktiven Kurs annehmen wollte, den sie ursprünglich gekostet, aber seitdem verloren haben? Das hängt nun auch wieder zusammen mit der falschen Vorstellung, auf der auch der Herr Bankpräsident sich bewegt, als hätten wir uns allein zuzuschreiben, daß das Silber so im Preise gesunken sei. Das ist nicht der Fall. Wir hätten ohne unsere Reform jetzt auch noch den Verlust zu tragen auf dasjenige Silber, was wir mehr behalten hätten. Auf das Ganze wäre vielleicht der Prozentsatz etwas niedriger, weil wir nicht mit geholfen hätten, den Markt durch unsere Silberverkäufe zu drücken. Gerade so viel im Prozentsatz, wie wir verloren haben, haben alle Länder verloren, die Silber behalten haben, wie Frankreich, wo der Verlust noch viel größer ist, weil es nichts abstieß, sondern zufügte. Meine Herren, die englisch-indische Schatzverwaltung hat nach den angestellten Berechnungen bloß in den letzten Jahren schon 130 Millionen Rupien, das ist etwas über 200 Millionen Mark, effektiv

an ihren Zahlungen verloren durch den Niedergang des Silberfußes, an dem wir absolut in dieser Richtung gewiß nicht schuld sind. Es ist also gar nicht angezeigt, hier von Verlusten zu sprechen, die wir verschuldet hätten oder die wir vermeiden, wenn wir das Silber nicht zu dem gegenwärtigen oder zu anderen gegebenen Preisen realisiren. Es hat mich sogar mit einigem Erstaunen erfüllt, daß die verbündeten Regierungen dem Ausverkauf von 300 000 Pfund Silber eine besondere Reflexion in der Münzdenkschrift widmen, indem sie uns sagen, daß sie noch nicht wüßten, was mit diesem bereits zu Barren geschmolzenen Silber angefangen werden soll und daß darüber Verhandlungen schweben. Das ist ein Betrag von 20 Millionen Mark, so viel wie in jedem Monat wenigstens auf dem Londoner Silbermarkte ab- und zugehen. Daß uns das solche Sorgen und Kopfzerbrechen machen soll, ist mir in der That etwas erstaunlich. Es hat mich nur in einem Punkte interessirt, die Zahl 20 Millionen zu hören, die wir noch an Silber zu verkaufen hätten, seitdem wir am 16. Mai 1879 die Silberverkäufe sistirt hätten. Diese 20 Millionen figuriren merkwürdigerweise in der Depesche des englischen Gesandten von hier, welche im englischen Unterhause vorgelesen wurde, und wenn bei der damaligen Interpellation die Frage aufgetaucht ist über den Zusammenhang, der zwischen jenem im Unterhaus vorgelesenen Aktenstücke und hiesigen Vorgängen möglicherweise zu finden wäre, so mußte mir doch das wieder einfallen, wie wunderbar es sich trifft, daß die Ziffer von 20 Millionen Silber in Barren, die damals unsrerseits noch unbekannt war, in jenem Aktenstück im englischen Unterhause figurirte. (Hört! hört! links.)

Wie stehen nun die Dinge, abgesehen von den Konjunktoren des Silberverkehrs, wie stehen sie gegenüber dem allgemeinen Verkehr und möglichen Gefahren, denen er ausgesetzt ist? Daß der Verkehr nicht gestört ist, wenn die Thaler in der Bank liegen bleiben, das will ich zunächst zugeben. So lange sie im Keller der Bank schlummern, werden sie die Leute außerhalb der Bank nicht stören; aber ist denn der Zweck einer rationellen und soliden Münzverwaltung der, nur auf die Verhältnisse im Innern des Landes berechnet zu sein? Der Schwerpunkt einer soliden Münzgesetzgebung ist die Beziehung zur Welt ist die Vermeidung der Gefahren, die aus dem Weltverkehr entstehen können, ist die Sicherheit, daß das Land immer in der Lage bleiben wird, seinen Verpflichtungen durch Zahlungen nachkommen zu können. Wäre das anders, so würde jedes Kopfzerbrechen und jede Mühe unnöthig sein. Man könnte sich auf Papierwährung einlassen. Schon in alten Zeiten hat es Staaten gegeben, die darauf verzichtet haben, durch solide Münzverhältnisse mit den anderen Ländern verbunden zu sein, und sich darauf verlassen, daß man von Bürger zu Bürger sich mit beliebigen fiktiven Zeichen behelfe. Das ist aber gewiß nicht die Absicht des Münzgesetzes gewesen und nicht die Absicht der verbündeten Regierungen; es war auch nicht die Absicht des Bankgesetzes, denn gerade unser Bankgesetz war hauptsächlich dazu bestimmt, den früher unsoliden Verkehr des deutschen Bankpapiers auf eine festere, sichere und sorgfältiger berechnete Grundlage aufzubauen. Es hat sowohl durch die Steuer, die auf die Banknoten gelegt wurde, als durch die Vorsicht, daß ein Drittel wenigstens der zirkulirenden Noten durch Baar gedeckt werden müsse, der Zirkulation von fiktiven Anweisungen eine Grenze zu ziehen gesucht. Wie verhält sich dem gegenüber nun ein Bankvorrath, der zu einem so wesentlichen Theile, wie wir es annehmen müssen, aus einem Metall besteht, das heute nicht mehr auf dem Weltmarkt Zahlungsmittel ist, und daß es das nicht mehr ist, davon haben gerade die neuesten Erfahrungen uns einen unwiderleglichen Beweis gegeben. Ich weiß zwar, daß Herr Kelley und einige andere Herren dem Herrn Reichskanzler erzählt haben und es auch sonst

haben drucken lassen: Deutschland begehre eine große Thorheit, indem es auf das Silber verzichte, weil es ja mit den Silberländern gar nicht handeln könne, wenn es kein Silber habe. Die Amerikaner, die doch auch etwas von der Sache wissen und am meisten interessiert sind bei der Rehabilitirung des Silbers, haben sich, als es sich darum handelte, jetzt den europäischen Markt mit Getreide zu versorgen, durchaus nicht in Silber bezahlen lassen, und der ganze Verkehr in Metall, der hervorgerufen wurde durch den ungeheuren Zufluß von Getreide nach Europa, ist einzig und allein mit Gold bestritten worden, und wenn sich die Metallverhältnisse in Frankreich namentlich neuerdings wieder so zum Nachtheile des Goldes und zum Vortheil des Silbers gedreht haben, so kommt es daher, daß jene Ankäufe allein mit Gold bestritten werden konnten. Also ein Metall, das als Geld auf den Weltmarkt gebracht werden kann, ist heute nach allen Erfahrungen Gold allein. Es ist auch nach der Absicht unseres Münz- und Bankgesetzes allein bestimmt, als Deckung für die umlaufenden Noten in den Kassen zu liegen, gerade wie wir es in den Juliusthurm gelegt haben für den Fall des Krieges.

Wie verhält es sich damit, wenn dieser Zustand perennirend gemacht wird, für permanent erklärt wird durch die Nichtentziehung der Thaler? Es sind nach dem letzten Ausweis z. B. etwas über 700 Millionen Mark Banknoten der Reichsbank im Umlauf in Deutschland und der Baarvorrath betrug nach den letzten Angaben 575 Millionen. Diese 575 Millionen — aus wieviel Silber, aus wieviel Gold mögen sie bestehen? Das ist nicht leicht zu rathen. Ich glaube, ich werde mich nicht sehr irren, wenn ich annehme, sie sind wenigstens zur Hälfte aus Silber zusammengesetzt, und ich fürchte auch gar nicht dem Lande dadurch zu schaden, daß ich es sage. Meine Schätzung ist jedoch ganz unmaßgeblich, da ich rein auf das Vermuthen angewiesen bin. Die französische Bank hat bereits, trotzdem es so stark bei ihr in dieser Richtung fluktirt, die ganz gesunde Maßregel ergriffen, jede Woche, wenn sie ihren Status publizirt, zu erklären: soviel von meinem Baarbestand ist Silber und soviel Gold; denn nichts ist schlimmer in Dingen, die das öffentliche Vertrauen nöthig haben, als Geheimthuerei, denn dann stellt man sie sich immer am schlimmsten vor. Und wenn es denn so ganz unschädlich, so ganz gleichgiltig ist, ob Silber oder Gold in unserer Bank liegt, je nun, so mögen die verbündeten Regierungen den Herrn Reichskanzler als obersten Chef der Bank veranlassen, daß in Zukunft die Reichsbank bei ihrem wöchentlich zu veröffentlichenden Status auch erkläre, wieviel Gold sie hat und wieviel Thaler als Deckung vorhanden sind. Wenn die Sache sich so verhält, wie ich annehme, wenn etwa die Hälfte aus Silber besteht, wenn, wie auch der Status uns ankündigt, 40 Millionen aus Reichskassenscheinen bestehen, dann, meine Herren, schmiltz eigentlich der Goldvorrath der Bank, der als internationale Deckung für unsere Banknoten nothwendig ist, auf eine ganz kleine Summe herab, mit auf die kleinste Summe, die in der Welt zur Deckung einer so bedeutenden Bank existirt, man kommt zu 2 bis 300 Mill. und rührt schon an die Grenze des Gesetzes, welches vorschreibt, daß ein Drittel der Zirkulation wenigstens mit effektivem, dem Sinne nach mit brauchbarem, vollwerthigem Metall gedeckt sein muß, und, nicht bloß mit fiktivem, welches der Absicht des Gesetzes widerspräche. Was ist aber die Folge, meine Herren, was ist die praktische Folge dieses Zustandes? Erstens verfälscht er die Diskontopolitik der Reichsbank. Die Reichsbank geht jetzt zwar sehr kühn in ihrer Diskontopolitik vor, wie schon der Herr Abgeordnete Richter vorhin angedeutet hat und wie wir uns wohl deswegen noch näher werden unterhalten müssen; allein es hat eine Zeit gegeben, wo sie mit Recht ganz anderer Ansicht war, d. h. wo sie, sobald die goldene Oberfläche, die ihren silbernen Boden bedeckt,

anfang dünn zu werden, den Zinsfuß hinaufsetzte, um den Abfluß von Gold zu verhüten. Das ist nun im Augenblicke beseitigt, weil durch einen jener zahlreichen Glücksfälle, die überhaupt unserer Münzgesetzgebung zu Gute gekommen sind, im letzten Sommer eine Kombination von Verhältnissen eintrat, die bedeutende Goldzuflüsse nach Deutschland führte. Wenn Sie die Münzdenkschrift lesen, so werden Sie auch sehen, daß die Reichsbank sehr viel Gold geprägt, respektive angekauft hat. Das kam aus der natürlichen Bewegung des Wechsels, wie sie sich durch eine Reihe von Umständen herausgebildet hat. Das hat wohl das Sicherheitsgefühl des Dirigenten der Reichsbank gehoben und er hat nun sich weniger Sorge darum gemacht, daß nur eine dünne Schicht von Gold unsere silberne Unterlage, die wir für den Weltmarkt nicht gebrauchen können, bedeckt. Was wird aber geschehen, wenn sich diese Dinge ändern, und ich glaube, wir dürfen die Möglichkeit nicht außer Augen lassen, daß hier eine Aenderung eintreten kann? Im Augenblick ist die Welt noch so in dulce júbilo, die Sachen gehen gut, namentlich gestützt auf den ungeheuren Aufschwung, den die Geschäfte in Amerika genommen haben. Wir haben es immer behauptet, daß die Stockung der Geschäfte nicht Sache eines einzelnen Landes sei, und niemals hat sich unsere Behauptung glänzender bewährt als jetzt, wo die wahre Anregung zum Umschlag der Verhältnisse aus Amerika gekommen ist. Trauen Sie diesen Verhältnissen so absolut, daß Sie glauben, es kann nicht diese Ueberstürzung, die zusehends wächst, so bald wieder umschlagen in das Gegentheil, und welchen Rückschlag hätten wir zu erwarten? Sobald ein Rückschlag eintritt, so kann auch sehr leicht eine Geldverlegenheit bei uns kommen, und es kann dann plötzlich ein Druck auf die Bank kommen, der ihren Goldvorrath noch mehr schmälert. Läßt sich die Bank dann bestimmen, rasch Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen, so wird gerade jene verhängnißvolle Wirkung erzeugt werden, die immer die Krisen in der Welt hervorgerufen hat, d. h. wenn ein Institut, das geschaffen ist zur Ueberwachung und sorgfältigen Leitung der Zirkulation, sich hat zu weit gehen lassen und plötzlich Kehrt machen muß. Es wird zwar bei dem Kapitel „Bank“ die Frage noch einmal berührt werden, aber sie ist in zu engem Zusammenhang mit unserer Münzpolitik, als daß ich nicht genöthigt wäre, noch einige Worte über diese Frage zu sagen, umsomehr, als ich glaube, daß ganz parallel die beiden Bewegungen in unserer Münz- und Bankverwaltung gegangen sind. Wie die verbündeten Regierungen es für richtig gehalten haben, eine Münzreform, wie sie im Geiste des Gesetzes diktiert ist, auf ein Jahr lang unwiderruflich zu sistiren, so ist zwar nicht dem Buchstaben, aber dem Geiste nach in der Leitung der Reichsbank eine Abweichung von der Tendenz eingetreten, mit der sie ursprünglich geschaffen worden ist. Nichts hat so prävalirt bei unseren Berathungen, als die Absicht, eine Bank zu machen, die von Hause aus so solid wie nur irgend möglich operirt, und der erste Grundsatz unserer Bank sollte sein, daß sie nicht den Geschäften nachläuft, sondern daß sie die Geschäfte zu sich kommen läßt. Das ist eine Zeit lang ganz gut so gegangen, allein in neuerer Zeit ist leider eine bedeutende Abweichung von dieser Praxis wahrzunehmen (sehr richtig!), wie mir aus zuverlässigen Quellen berichtet wird. Der Geist der Bankgesetzgebung, wie er ursprünglich gedacht war, geht verloren, und wenn hier trübe Erfahrungen gemacht werden sollten, so bitte ich abermals, dann nicht zu sagen, es sei ein schlechtes Bankgesetz daran schuld. Es gibt gar kein Gesetz, das man so machen kann, daß nicht eine mißverständene Behandlung und Exekution des Gesetzes es in Gefahr bringen könne. Wenn man nicht sicher ist, daß das Gesetz in dem Geiste gehandhabt wird, in dem es gegeben ist, dann wird keine Klausel der Welt es davor schützen.

Wir haben nun gesehen, daß die Bank, um Geschäfte zu machen, ihren Zinsfuß so herabsetzt in der Praxis, daß sie sich an den öffentlich verkündeten Zinsfuß nicht mehr hält, sondern, um auf dem Wechselmarkt zu konkurriren, bis in die kleinsten Orte der Provinzen alle Kreditpapiere an sich zu ziehen sucht, deren sie nur habhaft werden kann im Wettbewerb mit den Privatbanken. Die Reichsbank ist keine Bank mehr, sondern sie ist Bankier, und das ist vollständig gegen den Sinn des Gesetzes. Ich weiß wohl, daß der erste Anstoß zu dieser veränderten Bankpolitik darin lag, daß andere Banken, welche noch neben der Reichsbank bestehen, behaupteten, sie könnten wohl die Reichsbank aus dem Felde schlagen, indem sie nicht gebunden wären, zum Bankfatz zu diskontiren. Dieses Vorgehen erregte Mergerniß bei der Reichsbank und wurde eine zeitlang zwischen beiden Parteien erörtert, zwischen den Separatbanken Bayerns, Württembergs, Hessens und der Reichsbank. Nachdem die Reichsbank ihren Prozeß verloren hat auf dem Wege der administrativen Entscheidung, wobei sie behauptet hatte, daß es den anderen Banken nicht erlaubt sei, unter dem offiziell angekündigten Bankfatz Wechsel zu kaufen, jagte sie: ich mache es wie Schönborns Hund, ich regalire mich, wie die anderen sich regaliren, an dem mir entriessenen Stück, und ich gebe den Grundsatz auf, nur nach offiziellem Bankfatz Wechsel zu kaufen. Dagegen ist gesetzlich vielleicht nichts zu sagen, sie kann das Gesetz so auslegen, und ich habe im Sinne der Praxis nichts dagegen; ich bin nicht geneigt, Jemanden zu streng an einen Wortlaut zu binden, wo die Interessen des täglich wechselnden Verkehrs eine Abweichung verlangen; aber den thatsächlichen Verhältnissen nach halte ich es für ganz entschieden falsch, daß in einer Zeit, wo ohnehin durch den niedrigen Zinsfuß die Versuchungen zur Spekulation schon so stark sind, wie heute zu Tage, die Reichsbank auch noch in Mitbewerbung tritt, um den Zinsfuß herabzusetzen. Es ist bereits schon mehrfach im Hause erwähnt worden, und nach den schweren Erfahrungen, die wir gemacht haben, ist es wohl am Platze, an die Möglichkeit zu mahnen, daß Wetterzeichen heraufzücken können von schlimmer Bedeutung. Es ist mehrfach im Hause erwähnt worden, daß die Verstaatlichung der preussischen Eisenbahnen eine nicht unbedenkliche Wirkung auf unsere Verkehrsverhältnisse ausübt. Eine Menge von Personen, die ihr Geld glaubten sicher auf die Dauer angelegt zu haben, sahen sich in der Lage, darüber nachzudenken, ob sie preussische Staatsanleihen nehmen sollten oder nicht, und eine Anzahl, jedenfalls ein nicht unbedeutender Bruchtheil, hat sich bestimmt gefühlt, andere höhere Zinsen tragende Geldanlagen zu machen, welche leicht zu prekären Experimenten führen. Diese an sich schon nicht unbedenkliche Erscheinung verstärkt noch die Reichsbank dadurch, daß sie Geld anbietet zu Spottpreisen, bis zu 2 Prozent, wie man mir sagt, daß sie nicht blos solche Papiere auf diese Weise diskontirt, welche der reelle Handel für seine Geschäfte braucht, die man ihm auch gönnen kann, sondern eigentliche Bankierpapiere, welche von einem Bankier auf 3 Monate auf einen anderen gezogen werden, um sie zu diskontiren und sich so zu sagen damit auf 3 Monate kommanditiren zu lassen. Das schwimmt jetzt alles im flotten Zuge, aber lassen Sie etwas passiren, und unsere Friedensausichten sind auch nicht so ganz rosenroth, jeden Augenblick werden wir da in unserem Schlafe gestört, dazu noch sind die Verhältnisse in Amerika so hoch gespannt, daß sie jeden Augenblick umschlagen können, lassen Sie irgend eine Geld- oder Bankkrisis herantreten, so sind diejenigen, die den Geldmarkt als Diskonteuere bisher versorgten, nicht mehr da. Die Bank hat sie vertrieben, sie haben die Konkurrenz nicht vertragen; die Bank aber ist voll mit Papieren angefüllt, in dem gegebenen Augenblick kann sie dann nicht einspringen, wo sie einspringen soll. Verbindet sich mit diesen Verhältnissen ein Zustand, den ich schon vorhin geschildert habe, wo das Metall,

das für den Weltmarkt abfließen kann, so dünn aufgetragen ist, daß jede Veränderung hier eine bedeutende Störung und Befürchtung herbeiführen muß, so können Sie sich klar machen, wie sehr wir Gefahr laufen, wenn wir nicht Sorge tragen, daß dieser Mißstand möglichst bald beseitigt werde. Es hat mir Jemand behaupten wollen, daß die Bankdirektion gerade in diesem Silbervorrath eine gewisse Sicherheit sehe, weil sie, wenn der Sturm losbräche, ihm am besten damit abwehren könne, daß sie mit Silberthalern zahle. Ich halte den Bankpräsidenten für einen zu soliden und gewiegten Finanzmann, als daß ich glaube, daß er sich mit solchen Ansichten tragen könne, die Folge wäre unmittelbar die, daß das Ausland keine Wechsel mehr auf Deutschland nehmen oder ziehen würde, die nicht ausdrücklich in Gold bedungen wären. Wir würden in einen Zustand kommen, wie die Papierländer, welche die eigene Valuta im Auslande diskreditiren, und das wäre um so schlimmer, nachdem die Verstaatlichung der preussischen Bahnen sogar einen internationalen Markt geschaffen hat für diejenigen Werthe, welche den Maßstab für den Kredit unseres Landes bilden.

Meine Herren, ich habe Sie vielleicht zu lange mit dieser Auseinandersetzung aufgehalten, aber da es lange her ist, daß wir diese Dinge hier ausführlich besprochen haben, und da sie vielleicht auch sobald nicht wieder auf die Tagesordnung kommen werden, hielt ich es für angezeigt, über diese weitgreifenden Verhältnisse die Ansichten nicht bloß meiner eigenen Person, sondern einer ganzen Reihe von, wie ich glaube, kompetenten Männern vortragen zu sollen, die nicht ohne Furcht und Beunruhigung den Weg sehen, den die Reichsregierung, wenn auch in der besten Absicht und wie ich jetzt annehme, ohne den Vorbehalt eines Attentats auf unser Münzgesetz eingeschlagen hat. Möge sie sich überhaupt in einer so schwierigen Frage von dem Gedanken leiten lassen, den das Sprichwort eines sehr weltklugen Volkes formulirt, indem es sagt: „Sachen, die sich in die Länge ziehen, werden zu Schlangen.“ (Bravo! links.)

Bevollmächtigter zum Bundesrath Unterstaatssekretär im Reichschatzamt
Scholz: Ich verkenne nicht den Zusammenhang, in dem die Verhältnisse der Bank und die Münzverhältnisse stehen; ich werde mich aber meiner Stellung gemäß zu beschränken haben auf die Münzfrage, soweit sie von dem Herrn Vorredner erörtert worden ist, indem ich hoffe, daß dem Herrn Präsidenten des Bankdirektoriums sich besonders Gelegenheit bieten wird, die Angriffe, welche gegen seine Verwaltung gerichtet worden sind, zurückzuweisen.

Ich möchte meinerseits dem Herrn Vorredner nur in einigen Punkten noch antworten und dabei hervorheben, daß ich seine Legitimation, hier über die Sache zu sprechen, meinerseits nicht habe irgendwie in Zweifel ziehen wollen. Ich habe die Ausführungen, die er selbst vor acht Monaten hier gemacht hat, nur deswegen wiederholt, um die Selbstbeschränkung zu zeigen, die damals die Herren sich auferlegt hatten in Bezug auf die Frage, um schon aus der Abweichung davon zu deduziren, daß der heutige Angriff doch nicht von vornherein als so ganz zweifellos gerechtfertigt anzusehen sein wird. Ich kann auch allen weiteren Ausführungen des geehrten Herrn Vorredners ungeachtet doch nur wiederholen, daß das Ziel, gegen welches er seine Angriffe gerichtet hat, in der Hauptsache nur ein von ihm selbst errichtetes, thatsächlich nicht bestehendes ist. Er hat ungefähr so deduzirt: die Regierungen haben nicht einstweilen die Veräußerung des Silbervorraths eingestellt, sie haben den Verkauf prinzipiell auf ein ganzes Jahr sistirt, denn sonst hätten sie ja eine Forderung für weitere Verluste beim Silberverkauf zu bringen; sie haben das gethan zu einer Zeit, wo mit jedem verkauften Zentner Silber die Durchführung der Reform immer leichter geworden wäre. Er schließt: ich stehe also vor einem Definitivum, und,

nachdem er dieses Ziel seines Angriffs sich konstruirte, hat er gegen dasselbe angekämpft, was allerdings leichter ist, als wenn er das festgehalten hätte, was ich in meinen vorausgeschickten Bemerkungen auf das Bestimmteste hervorgehoben habe, daß es sich nicht um ein Definitivum handelt, sondern daß es ein Interimistikum ist, wie vor einigen Monaten hier von der Regierung klargestellt worden ist, und daß also von einem tiefen Einschnitte, den die Regierung bereits in die Verhältnisse gemacht hätte, zur Zeit keine Rede sein konnte. Der Herr Vorredner hat auch davon nicht Akt nehmen mögen, daß ich die Absicht, mit der Sistirung der Silberverkäufe den Versuch zu machen, den Preis des Silbers zu steigern, nicht als Ursache für die Einstellung der Silberverkäufe angegeben habe. Ich habe nicht die Ehre gehabt, persönlich der Debatte anzuwohnen, die im Juni v. J. darüber stattgefunden hat, ich bin also auch nicht in der Lage, zu bestreiten, ob sie den Eindruck gemacht hat, daß dies eigentlich die Hauptsache gewesen sei. Ich kann mich nur an die Worte halten, und möchte mir erlauben, in dieser Beziehung das kurz zu wiederholen, was der Herr Reichskanzler selbst über den Grund seines Entschlusses im vorigen Jahre gesagt hat. Er sagt auf Seite 1712 des stenographischen Berichtes:

Die einzige thatsächliche Anknüpfung, der Krystallisationspunkt, an dem sich die ganze Legende einschließlich die Interpellation gebildet hat, besteht in meinem an das Bankpräsidium gerichteten Ersuchen, mit den Silberverkäufen einstweilen aufzuhören, indem ich für die Fortsetzung, ja für die Vergrößerung der Verluste, welche wir gegenwärtig bei dem fortwährenden Sinken des Silberpreises bis auf 47, während 61 der normale Werth sein würde, erlitten, — weil ich dafür die Verantwortlichkeit für meine Person nicht mehr tragen will.

Dieser ganz bestimmt von dem Herrn Reichskanzler angeführte Grund, die Höhe des Verlustes und zwar nicht des Verlustes, den die Nation im ganzen, das Nationalvermögen, hat, sondern zunächst, wie ich es verstehe, der Verlust für die Reichskasse, für die Finanzlage des Reiches, — dieser große unmittelbare Verlust war es, der den Herrn Reichskanzler zu diesem Beschluß veranlaßte. Persönlich würde ich überdies glauben von vornherein annehmen zu müssen, daß eine zeitweilige Sistirung dieser dem Quantum nach unbedeutenden Silberverkäufe unmöglich eine große Einwirkung auf den Weltmarkt haben konnte, zumal wenn man wußte, sie hörten möglicherweise bald wieder auf. Wer soll da von einer solchen Sistirung der Silberverkäufe eine dauernde Hebung der Preise gehofft haben? Ich sage also, es ist die erklärte Absicht nicht dieses Experiment gewesen, sondern die Verluste nicht auf eigene Verantwortlichkeit länger zu tragen. Ueber den Umfang derselben wird mein Herr Nachbar noch mit einigen Zahlen dasjenige darlegen, was dabei seitens der verbündeten Regierungen als Thatsache angesehen wird. Ich meinerseits will hier noch hinzufügen: der Herr Vorredner hat selbst trotz des umfangreichen Materials, das ihm bei seiner großen Bekanntschaft mit diesen Dingen über die Grenzen des eigenen Landes und Europas hinaus zu Gebote steht, und das er in der Lage gewesen ist, dem hohen Hause in der interessantesten Weise darzulegen, doch damit begonnen und damit geschlossen, daß er anerkannt hat, es ist unmöglich zu sagen, ob eine Steigerung des Preises in der nächsten Zeit eintreten wird oder nicht; er hat nur gewisse Wahrscheinlichkeitsrechnungen angestellt. Nun, in dieser Beziehung glaube ich, daß die Auffassung der verbündeten Regierungen mit der seinigen ziemlich übereinstimmt. Die verbündeten Regierungen haben auch die Ueberzeugung gehabt, daß sich eine bestimmte Meinung darüber, wie im Laufe des nächsten Statjahres gerade die Silberpreise und ihre Schwankungen sein werden, nicht aufstellen lasse, als überwiegende Wahrscheinlichkeit haben sie aber angenommen, daß eine wesent-

liche Besserung, die so weit gehen könnte, daß man ohne erhebliche Verluste für die Reichskasse, ohne Kontrahirung von erheblichen Schulden für die Reichskasse, mit einer beträchtlichen Menge von Silber wieder würde auf dem Marke erscheinen können, nicht zu erwarten sei. Die verbündeten Regierungen haben es daher als vortheilhaft erachtet, es bei der Sistirung bis auf Weiteres zu belassen, aber eben nur bis auf Weiteres. Es ist dies übrigens auch nicht geschehen, ohne alle die Erwägungen anzustellen, die in einem solchen Falle auch namentlich nach der Richtung anzustellen waren, ob dadurch allgemeine Interessen des Verkehrs, und namentlich unseres Verkehrs mit dem Auslande, etwa geschädigt würden, ob die Interessen der Reichsbank geschädigt würden. Meine Herren, wir haben in der Beziehung auch die Aeußerung seitens der Reichsbank bekommen, daß der dortigen Würdigung der Verhältnisse nach eine solche Gefahr in der weiteren Sistirung nicht zu finden sei. Um so weniger haben die verbündeten Regierungen Veranlassung gehabt, von dieser Maßregel Abstand zu nehmen. Es handelt sich um eine interimistische Maßregel, um ein verlangsamtes Tempo der Durchführung der Münzreform, so weit, glaube ich, ist aus meinen Darlegungen doch das Sachverhältniß hinlänglich aufgeklärt.

Der Herr Abgeordnete hat die Bemerkung angeknüpft, daß es auffällig gewesen sei, wie nach der Münzdenkschrift über die 300 000 Pfund Silber in Barren, die sich jetzt noch in unseren Beständen vorfinden, noch große Erwägungen schweben können, und er hat Andeutungen gemacht, daß das diejenigen 20 Millionen Mark seien, auf welche im vorigen Jahre in den Verhandlungen vielfach hingewiesen sei; — die Einzelheiten sind mir nicht ganz verständlich gewesen. Ich möchte in dieser Beziehung nur noch erwähnen, meine Herren, es handelt sich also in der That um ein Quantum von über 300 000 Pfund Barrensilbers, welches aber noch nicht in dieser Höhe vorhanden war, als die Verhandlungen im Juni v. J. stattfanden. In den Affinerien und Münzstätten waren verschiedene Quantitäten im Betrieb, die nach der Sistirung der Einziehung der Thaler und des Silberverkaufs allmählich herausgezogen werden konnten, und es hat sich so erst im Laufe des Jahres der volle Bestand gebildet. Wäre die Interpellation nicht gestellt und hätte sie nicht zu der Erklärung geführt, zu der öffentlichen, in doch immerhin feierlicherer Form abgegebenen Erklärung, daß die Silberverkäufe eingestellt seien, so würden Sie von diesen 300 000 Pfund, die uns etwas über 31 Millionen Mark kosten, nichts mehr im Bestand gefunden haben; denn es wäre nichts natürlicher gewesen, als daß man mit diesem Rest durch Verkauf auch ausgeräumt hätte. Nach den Vorgängen des vorigen Jahres war aber dieser Weg füglich nicht zu betreten. Inzwischen ist aber eine andere Sorge an die Regierung herangetreten, und ich habe die Hoffnung, daß die Verhandlungen, die in dieser Beziehung schweben und auf die Befriedigung des Bedürfnisses gerichtet sind, an Reichsilbermünzen noch ein Mehr zu gewähren, bald zum Ziele führen werden. Ein solches Bedürfniß ist in Norddeutschland vielfach hervorgetreten, und obwohl Süddeutschland viel mehr von Reichsilbermünzen bis jetzt bekommen hat, als wie nach der Bevölkerungszahl auf Süddeutschland entfällt, besteht es auch dort, bei der letzten Gelegenheit erst ist von der königlich bayerischen Regierung ausdrücklich der Wunsch ausgesprochen worden, auch für Bayern noch Markstücke zu bekommen, — ich sage, nach alledem ist es wohl nicht als ungerechtfertigt anzusehen, den ersten Absatz des Art. 4 des Münzgesetzes, welcher die Ausprägung der Reichsilbermünzen auf zehn Mark pro Kopf bis auf Weiteres bestimmt hat, einer erneuten Prüfung zu unterziehen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß noch im Laufe dieser Session dem hohen Hause ein Gesetzentwurf wird vorgelegt werden, welcher eine Abänderung dieses Absatzes des Art. 4 bezweckt. Ist dies der Fall, dann

wird sich auch von selbst nebenher die Gelegenheit bieten, jene 300 000 Pfund bereits vorhandener Barren anderweit zu verwenden, obwohl sie nicht allein dafür ins Auge gefaßt werden würden.

Kommissarius des Bundesraths kaiserlicher Regierungsrath **Schraut**: Wenn ich auf die Erwägungen, welche für die Reichsregierung bei ihrem jetzigen Verhalten bei Durchführung der Münzreform maßgebend waren, näher eingehen soll, so darf ich vor allem mich zu einem wesentlichen, auch von dem Abgeordneten Herrn Bamberger berührten Punkt, nämlich zu den finanziellen Ergebnissen der Münzreform wenden.

Die Münzreform hat bisher dem Reiche eine Ausgabe von $125\frac{1}{2}$ Millionen Mark verursacht. Dieser Ausgabe stehen gegenüber die eigenen Einnahmen aus der Münzreform selbst in Höhe von $81\frac{1}{2}$ Millionen Mark. Für die Reichskasse ist also ein Verlust aus der Münzreform entstanden von rund 44 Millionen Mark.

Unter den Ausgaben, die durch die Münzreform entstanden sind, nehmen den wesentlichsten Theil die Verluste ein, die bei dem Verkauf des Silbers entstanden sind; dieselben beziffern sich auf $96\frac{1}{2}$ Millionen Mark. Unter diesen $96\frac{1}{2}$ Millionen Mark befinden sich rund $23\frac{1}{2}$ Millionen, welche auf die Abnutzung beziehungsweise die minderwerthige Ausprägung der früheren Landes Silbermünzen zu rechnen sind.

Ich bin mit dem Herrn Abgeordneten Bamberger darin einverstanden, daß unser früherer Münzumlauf an innerem Werth sich jedenfalls um diesen Betrag gemindert hätte, wenn wir uns zu der Münzreform auch nicht entschlossen hätten. Ob unser früherer Münzumlauf um denjenigen Betrag, welcher nach Abzug dieser $23\frac{1}{2}$ Millionen als wirklicher Verkaufsverlust übrig bleibt, sich vermindert haben würde, dies hängt im wesentlichen davon ab, welchen Einfluß man der deutschen Münzreform auf den Preisrückgang des Silbers zuschreibt. Nehme ich an, daß der Silberpreis nicht in gleicher Weise gesunken wäre, wenn die deutsche Münzreform unterblieben wäre, dann würde allerdings in dieser Richtung eine wesentliche Differenz bestehen.

Unter den Einnahmen nimmt die Hauptstelle der Gewinn ein, den wir aus der Ausprägung der Silber- und Nickelmünzen erzielt haben, und welcher sich für die Silbermünzen allein auf rund $41\frac{1}{2}$ Millionen Mark berechnet.

Darin stimme ich dem Herrn Abgeordneten Bamberger bei, daß, wenn man die finanzielle Gebahrung aufmacht, man zweifelsohne auch den Verlusten diesen Gewinn gegenüberstellen muß, wie er sich kassenmäßig erwiesen hat. Wirthschaftlich betrachtet, ist dieser Gewinn, der aus der minderwerthigen Ausprägung der Silbermünzen entstanden ist, allerdings eine Schuld, die auf unserem Münzumlauf lastet. Es ist dies aber in dem System der Goldwährung begründet, und ich glaube auf diesen Punkt hier nicht näher eingehen zu sollen.

Nach Abzug der Einnahmen von den Ausgaben ist für die Reichskasse, wie ich schon erwähnt habe, ein Verlust von rund 44 Millionen Mark verblieben. Zur Deckung dieses Verlustes haben Sie in den Stats für 1878/79 und 1879/80 zwei Anleihen von je 25 Millionen bewilligt. Von diesen beiden Anleihen im Gesamtbetrag von 50 Millionen stehen hiernach zur Zeit noch 6 Millionen zur Verfügung der Reichsregierung und nach den bestehenden etatsmäßigen Grundsätzen wird dieser Betrag auf das nächste Jahr übertragen werden.

Von den Verlusten, welche bisher aus der Durchführung der Münzreform entstanden sind, kann ich mich nun zu der Frage wenden, welche weiteren Ver-

luste voraussichtlich noch entstehen werden. Es hängt das wesentlich davon ab, wie groß noch der Umlauf an Thalern ist; der Herr Abgeordnete Bamberger schätzt ihn auf 400 Millionen Mark, es ist indessen noch eine höhere Schätzung vorhanden, welche sich auf 450 Millionen Mark beläuft. Es kommt weiter in Frage, ob der Silberpreis dauernd den niederen Stand behalten wird, welchen er jetzt einnimmt. Der Herr Abgeordnete Bamberger ist der Ansicht, daß eine Besserung nicht eintreten werde; ich glaube dagegen, daß die Möglichkeit einer Besserung nicht als ausgeschlossen betrachtet werden kann. Ich bin auch der Meinung, daß auf den Silberpreis hauptsächlich der Stand des englisch-indischen Handels einwirkt, was die Ergebnisse der englischen Enquete des Näheren dargelegt haben. Wir haben aber in den letzten Jahren die Erfahrung gemacht, daß, wenn die englisch-indischen Handelsverhältnisse für den Silberkonsum günstig waren, unsere Silberverkäufe den Markt nicht drückten, dagegen wenn ersteres nicht der Fall war, unsere Verkäufe nachtheilig auf den Preis wirkten. Wir kommen in Folge dessen bei der ungünstigen Lage des Silbermarktes zu der Ansicht, daß, wenn wir bei dem jetzigen Silberpreis von $52\frac{1}{8}$ bis $\frac{1}{4}$ zu Silberverkäufen geschritten wären, wir einen solchen Druck auf den Markt ausgeübt hätten, daß sich der Verlust, den wir schon bei den jetzigen Preisen haben würden, noch wesentlich erhöht hätte. Die Rechnung stellt sich in der Weise, daß wir an 100 Millionen Mark, die wir zu dem jetzigen Silberpreis von $52\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{8}$ verkaufen würden, einen Verlust von ungefähr 16 Millionen Mark hätten, also wenn wir noch ungefähr 300 Millionen Mark abstoßen wollten, einen Verlust von 48 bis 50 Millionen Mark tragen müßten, wodurch unser Gesamtverlust sich auf ungefähr 100 Millionen erhöhte. Dieser das Budget alljährlich mit Zinsen belastende Betrag ist gewiß nicht so gering, daß der Reichsregierung sich nicht die Frage aufdrängen mußte: liegt denn eine Nothwendigkeit vor, mit einer solchen Beschleunigung der Silberverkäufe wie bisher fortzufahren? Diese Frage mußten wir verneinen. Daß die Thaler, welche im Umlauf sind, den Verkehr nicht belästigen, wird auch von dem Abgeordneten Bamberger zugegeben.

Es fragt sich, ob dieser Thalerumlauf unsere Goldzirkulation schädigt? Auch hier haben die verbündeten Regierungen zur Zeit keine Bedenken. Unser Münzumlauf besteht zur Zeit aus rund 1 718 000 000 Mark Reichsgoldmünzen, aus 427 000 000 Mark Reichsilbermünzen, aus ungefähr 400 000 000 Mark in Einthalerstücken und 163 000 000 Mark Reichskassenscheinen. Zu diesem baren Münzumlauf kommt noch der innerhalb der steuerfreien Notenreserve zulässige, ungedeckte Notenumlauf in Höhe von 385 000 000 Mark.

Ich darf vorerst erwähnen, daß die Reichskassenscheine früher in großen Beträgen in Appoints zu 5 Mark und 20 Mark ausgefertigt waren; durch einen Bundesrathsbeschluß vom vorigen Jahre ist indessen der Umlauf der Reichskassenscheine zu 5 Mark von 63 auf 50 Millionen herabgesetzt worden, und neuerdings ist in Erwägung gekommen, diesen Betrag noch weiter herunterzusetzen; der Umlauf der Reichskassenscheine zu 20 Mark ist von 50 Millionen auf 40 Millionen heruntergesetzt. Durch diese Maßregeln ist für den baaren Umlauf unserer Münzen ein neues Feld geöffnet.

Von den 1 718 000 000 Reichsgoldmünzen ist allerdings ein Theil ins Ausland geströmt. Um die nach dieser Richtung bestehenden Ansichten zu klären, haben wir amtliche Ermittlungen darüber anstellen lassen, wie hoch sich dieser Betrag beläuft, und es hat sich aus den Ermittlungen, die wir von den auswärtigen Regierungen bekamen, herausgestellt, daß bis Ende 1878 auf ausländischen Münzstätten rund 103 Millionen deutsche Reichsgoldmünzen eingeschmolzen waren. Es lagen ferner Ende 1878 in den auswärtigen großen Bankinstituten rund 70 Millionen an Reichsgoldmünzen. Diese 70 Millionen werden im Laufe

des Jahres 1879 nach Deutschland zurückgeflossen sein, und zwar in Folge eines, auch von dem Herrn Abgeordneten Bamberger bereits erwähnten außerordentlichen Umstandes. Es haben sich nämlich die Wechselkurse seit dem Juni vorigen Jahres dauernd zu unserem Vortheil gestaltet, so daß die Reichsbank in den letzten sechs Monaten des Jahres 1879 fast mehr Gold ankaufen konnte, als in den sechs Jahren vorher. Auch in den ersten sechs Wochen dieses Jahres war die Reichsbank in Folge der weiteren günstigen Gestaltung der Wechselkurse wiederum in der Lage, einen Betrag von ungefähr sechs Millionen anzukaufen.

Ich gebe nun dem Herrn Abgeordneten Bamberger nicht Unrecht darin, daß unsere Geldzirkulation, wenn die Wechselkurse sich dauernd zu unseren Ungunsten gestalten würden, gefährdet sein könnte, wenn die Thaler, die noch nicht eingezogen sind, sich thatsächlich im Verkehr befänden; es würde dies eventuell dazu beitragen, bei ungünstigen Wechselkursen das Gold in die auswärtigen Kanäle zu lenken. Es liegt aber — und hier darf ich auf die Erklärung zurückkommen, welche der Herr Schatzsekretär abgegeben hat — der größte Theil der Thaler in den Beständen der Reichsbank, und letztere äußerte sich auf Befragen dahin, daß sie aus dieser Sachlage keinen Grund zur Beschleunigung der Verkäufe ableite; es könne jedermann jederzeit bei den Bankstellen Gold bekommen, und die Bank sei in der Lage, ihren Goldvorrath zu schützen. Nachdem die Sache so liegt, konnte sich die Reichsregierung dem Gedanken nicht entziehen, daß keine Nothwendigkeit gegeben sei, zu Silberverkäufen unter Uebernahme von Verlusten zu schreiten, welche bei ruhigem Zuwarten unter Umständen erspart werden können.

Abgeordneter von Kardorff: Meine Herren, so wenig ich die Ansicht des Herrn Abgeordneten Dr. Bamberger über die Währungsfrage im allgemeinen theile, so muß ich meinerseits doch auch meine großen Bedenken aussprechen gegen diejenige Art der Münzpolitik, welche die Regierung in diesem Augenblick zu befolgen scheint. Ich kann diese Bedenken nicht besser motiviren, als wenn ich Sie an einen Vorgang auf unserem handelspolitischen Gebiet erinnere.

Sie erinnern sich, daß Anfangs der siebziger Jahre, als es sich um Aufhebung der Eisenzölle handelte, hier ein Kompromiß in Vorschlag gebracht wurde, welcher den Eisenzöllen noch einige Jahre das Leben fristete. Ich gehörte damals, obgleich sehr entschieden Protektionist, doch zu den entschiedenen Gegnern dieses Kompromisses, aus dem einfachen Grunde, weil ich mir sagte, je schneller die Eisenzölle aufgehoben werden, je intensiver die Kalamität auftritt, die das zur Folge haben wird, um so eher ist eine Besserung möglich, um so eher werden wir zu den handelspolitischen Prinzipien zurückkehren, die ich für die richtigen halte.

In ganz ähnlicher Lage befinde ich mich in dieser Frage, die uns gegenwärtig beschäftigt, nämlich ob das deutsche Reich fortfahren soll in der Durchführung der Münzreform, wie der Herr Abgeordnete Bamberger wünscht, oder nicht. Ich bin der Meinung, daß wir zu der internationalen Doppelwährung, die der Herr Abgeordnete Dr. Bamberger für Utopie hält, an die ich aber fest glaube, nur kommen werden, nachdem die Welt die Kalamitäten nochmals durchgemacht haben wird, welche die Silberentwerthung mit sich geführt hat. Deshalb wünsche ich, so schwer mir die Verluste, die auch unser Vaterland dabei zu tragen hat, sind, daß wir bei Durchführung der Goldwährung vorläufig einmal bleiben, ich habe die feste Ueberzeugung, daß wenige Jahre vergehen werden, um die Welt zur Doppelwährung zurückzubringen. Sie müssen nämlich die Angaben, die der Herr Abgeordnete Bamberger über die Weltlage und die Stimmung in der Wissenschaft in allen civilisirten Ländern gemacht hat, doch

mit einiger Vorsicht aufnehmen. Ich erinnere Sie daran, daß er uns ähnliche Exkurse gemacht hat über handelspolitische Sachen, und seine Ansichten haben sich nicht bewahrheitet.

Meine Herren, wie liegt denn die Frage? Sie wissen, daß im vergangenen Jahre der internationale Kongreß in Paris tagte, gerade zu dem Zwecke, um zu erörtern, ob nicht eine Remonetisirung des Silbers möglich wäre, und ob nicht dem Unheil der Silberentwerthung auf irgend einem Wege entgegengetreten werden könnte. Wie lag nun die Sache auf dem Kongreß, der beschickt war aus allen Staaten von kenntnißreichen Leuten der Wissenschaft und der Praxis? Es lag so, daß zwei ganz kleine Staaten einzig und allein für die allgemeine Goldwährung eintraten, Belgien und die Schweiz. Alle anderen Länder, die nordamerikanischen Freistaaten, England, Rußland, Holland, die skandinavischen Staaten, Italien und Oesterreich traten dafür ein, daß durch die Goldwährung eine der schwersten Kalamitäten der ganzen Welt hervorgerufen würde. Wenn der Herr Abgeordnete Bamberger das also so schildert, als ob die Durchführung der Goldwährung eine abgethane Sache sei, so berufe ich mich auf diese historisch feststehende Thatsache, um das Gegentheil von dem zu beweisen, was er behauptet hat.

Meine Herren, der Herr Vertreter der Reichsbank hat, glaube ich, darauf hingewiesen, wieviel Metall bei uns pro Kopf der Bevölkerung zirkulirte. Ich mache darauf aufmerksam — und das führt mich weiter auf die Frage — daß von allen Ländern der Welt mit Ausnahme der nordamerikanischen Freistaaten Deutschland dasjenige Land ist, welches pro Kopf der Bevölkerung den geringsten Metallbetrag als Umlaufsmittel besitzt, nämlich nur wenig über 60 Mark pro Kopf der Bevölkerung. Dem steht gegenüber in Frankreich z. B. eine Metallzirkulation von zirka 160 Mark pro Kopf der Bevölkerung, in England eine ähnliche, wenn auch nicht ganz so stark, wie die französische. Was ist die Folge? Diese schwache Metallzirkulation bei uns, die gleichzeitig eine nothwendige Folge der Goldwährung wird, — denn bei der freien Silber- und Goldausprägung würden sich die Metallvorräthe vielleicht ergänzen können, — hat alle die Uebelstände in unseren Verkehrsverhältnissen zur Folge, über die so lange und mit Recht geklagt wird. Das ewige Kreditgewähren in Deutschland, diese ganze Kette der Verschuldungen, die Unsolidität des Geschäfts, — alles sind die Folgen der geringen Metallzirkulation, die nur beseitigt werden können, wenn man nicht allein die freie Goldausprägung hat, die die Lücken nicht auszufüllen vermag, sondern die freie Gold- und Silberausprägung, wie sie international von den tüchtigsten Fachleuten, darf ich wohl sagen, aller Länder angestrebt und empfohlen wird.

Meine Herren, wenn der internationale Kongreß in Paris gescheitert ist, was ist die Schuld daran gewesen? Hauptsächlich unsere Nichtbetheiligung; zweitens der Widerspruch Englands. Nun liegt die Frage für England allerdings höchst eigenthümlich. Kein Land hat unter der Silberentwerthung so schwer gelitten, als gerade England, einmal, weil es die ausgedehntesten internationalen Handelsbeziehungen unter allen Ländern hat, zweitens, weil der Zwiespalt zwischen der indischen Silberwährung und der Goldwährung Englands zu Verhältnissen führt, die geradezu unerträglich für das großbritannische Reich werden.

Meine Herren, wenn England sich dessen ungeachtet dahin erklärt hat, es wünsche sehnlich, daß die anderen Staaten wieder zur Doppelwährung zurückkehrten, es könne aber selbst nicht diesen Schritt thun, so ist das eine Position, die es meiner Ueberzeugung nach nicht aufrecht erhalten kann und nicht aufrecht erhalten wird, eine Position, die ihm aber im Augenblick erheblich erleichtert

wird, wenn wir für das ganze Jahr definitiv die Silberverkäufe sistiren und die Position, die sich sonst im Etat befunden hatte, aus dem Etat fortlassen. Ich wünsche deshalb — und behalte mir das zur dritten Lesung vor — daß wenigstens durch eine Bemerkung im Etat oder sonst außerhalb desselben der Regierung die Ermächtigung gegeben wird, eine gewisse Summe von Schatz-Anweisungen ausgeben zu können behufs Durchführung der Münzreform, damit die Regierung wenigstens die Macht in der Hand hat, um auf England einen Druck ausüben zu können. Ich glaube meinestheils nicht, daß dieser Druck ein so ganz vergeblicher sein wird, wie der Herr Abgeordnete Bamberger vielleicht annimmt.

In England ist die Agitation für die Doppelwährung eine ungemein starke. Es stehen sich dort zwei Interessen gegenüber; das Interesse des Waarengeschäfts, vertreten z. B. durch die Handelskammer von Liverpool, namentlich das Interesse des Handels nach den Silberländern ist entschieden für Einführung der Doppelwährung. Das Interesse des eigentlichen Geldwechsels, was in England ein überwiegend großes ist, will allerdings die reine Goldwährung erhalten, da bei der reinen Goldwährung jede Waare, die in Silber gehandelt wird, immer wieder die Käufer oder Verkäufer in die Lage bringt, ihr Silber später in England wieder in Gold umzuwechseln zu müssen. Das ist ein so gewaltiger Vortheil für den englischen Goldhandel, daß diese Partei das äußerste daran setzt, um für England die Goldwährung zu retten. Nichtsdestoweniger ist die Agitation für die Silberwährung augenblicklich in England eine außerordentlich starke, und wie bekannt ist, steht der Ministerpräsident Lord Beaconsfield der Frage keineswegs fern; er hat sich niemals als Enthusiast für die Goldwährung dokumentirt und gilt als gründlicher Kenner der Währungsfrage. Ebenso darf ich daran erinnern, daß der Vertreter Englands auf der Pariser Konferenz, Mr. Götchen, sich im gleichen Sinne sehr vorsichtig für England, im übrigen sehr entschieden dafür ausgesprochen hat, daß es ein Elend für die Welt sein würde, wenn das Silber als Währung beseitigt würde, — und das würde es in der That sein.

Demn was bedeutet diese Beseitigung des Silbers für den Weltverkehr? Sie bedeutet, daß, während jetzt durch eine bestimmte Summe Silbers und Goldes der gesammte Verkehr der Welt vermittelt wird, dieser Verkehr dann angewiesen wird, sich mit der Hälfte dieser Summe zu begnügen, und daß die andere Hälfte Silber gleichzeitig in die Reihe derjenigen Waaren zurücktritt, die auch ihrerseits wieder das Gold zur Verkehrsvermittlung verlangen. Meine Herren, das wird Uebelstände mit sich führen, die in einer Preisrevolution bestehen, wie wir sie jetzt schon während der Silberentwerthung erlebt haben, aber Uebelstände, die im Handelsverkehr sich verdoppeln werden, wenn wir jetzt den Versuch machen wollten, die Goldwährung weiter auszudehnen. Bei dem geringen Silbervorrath, den wir noch haben, glaube ich, kommt es auf die Verluste, die wir bei den Silberverkäufen, um die es sich jetzt handelt, machen könnten, gar nicht an. Die Frage ist von viel größerer Tragweite, als die 20 bis 30 Millionen bedeuten, die wir bei den Silberverkäufen etwa verlieren können, die überhaupt in Betracht kommen. Ist die Goldwährung an sich richtig, dann kommt es auf diese Verluste nicht an, und ist sie falsch, dann schaden uns diese Verluste auch nichts, sie bringen uns vielmehr dann vielleicht dazu, auf die richtigen Wege zurückzukommen.

Meine Herren, ich muß darauf verzichten, in dieser späten Stunde so eingehend auf die Bemerkungen des Abgeordneten Bamberger einzugehen, wie ich es im Interesse der Sache gewünscht hätte, nur vor einem möchte ich warnen. Der Herr Abgeordnete Bamberger schildert die ganze Frage als eine ungeheuer

verwickelte und schwierige, so daß eigentlich nur ein Techniker mit den allergrößten Studien sie begreifen und verstehen könne. Meine Herren, ich fordere ein jedes einzelne Mitglied des Hauses auf, sich dadurch nicht abschrecken zu lassen und sich eingehend und sorgfältig mit dieser Frage zu beschäftigen. Die ganze wissenschaftliche Literatur der Welt beschäftigt sich mit dieser Frage. Man kann fast keine Quarterly review aus England oder Amerika oder irgend ein Monatsblatt aus diesen Ländern zur Hand nehmen, ohne einen Artikel über die Währungsfrage zu finden, bald in dem einen, bald in dem anderen Sinne, zu meiner Freude überwiegend in der Richtung der von mir verfochtenen Doppelwährung. Meine Herren, ich hoffe, daß, mögen wir hier beschließen, was wir wollen, diejenigen Schritte, welche schließlich der Erfolg der Maßregeln der Reichsregierung sein werden, resp. der Erfolg desjenigen, was hier aus der Initiative des Hauses hervorgeht, dazu dienen werden, die Verhältnisse in solche Bahnen zu lenken, die unserem Vaterlande zum Segen gereichen. Denn daß bis jetzt die Einführung der Goldwährung uns zum Segen gereicht hätte, kann ich nicht sagen. Die einzigen Vortheile von der Einführung der Goldwährung hat das Großkapital, haben die Besitzer der Renten und Annuitäten gehabt, die Nachtheile die gesammten Klassen der übrigen Bevölkerung (sehr richtig!), die besitzenden ebenjowohl wie die arbeitenden Klassen.

Abgeordneter Dr. **Bamberger**: Meine Herren, ich will dem Abgeordneten von Kardorff nicht auf das Gebiet der Münzgesetzgebung in ihren großen Fragen folgen. Nach den Erklärungen der beiden Bundesrathsvertreter, die ich gern acceptire und ohne Vorbehalt acceptire, insoweit sie die Absicht einer definitiven Veränderung der Münzgesetzgebung verneinen, nach dieser Erklärung stehen wir nicht vor jener großen Frage. Es ist durchaus nicht angeregt, daß wir an Stelle der Goldwährung die Doppelwährung setzen sollen und ich will abwarten, bis diese Frage uns positiv gestellt ist, ehe ich weiter hierüber spekulative Betrachtungen anstelle. Ich will nur zwei Sätze aus den Schlussworten des Abgeordneten von Kardorff hervorheben, weil diese dem Gebiet des Praktischen näher liegen. Er sagte, er müsse bestreiten, daß die Münzgesetzgebung, die wir uns seit 1871 gegeben, zum Vortheil des Reichs gereicht habe. Nun ist speciell betreffs dieser Münzgesetzgebung in die Enquete über den Zolltarif eine Frage eingerückt worden. Die verbündeten Regierungen haben, ob mit Hinblick auf die Münzgesetzgebung oder auf die Tarifgesetzgebung, das will ich dahingestellt sein lassen, in das Frageformular bezüglich des Zolltarifs an die einzelnen Zeugen, Experten, die Frage richten lassen: hat die neue Münzgesetzgebung eine schädliche Einwirkung auf den Verkehr gehabt? und ich müßte mich sehr irren, wenn irgendwie eine befahende Antwort von einem der Sachverständigen abgegeben worden wäre, und man kann doch annehmen, daß unter der großen Masse der Sachverständigen nicht sehr viele gewesen sind, die meinem wirthschaftlichen Standpunkte im Ganzen sehr hold waren.

Dann möchte ich gegen noch etwas protestiren, was uns wirklich vor unserer eigenen Nation und dem Auslande gar nicht schön hinstellt. Wenn von der Goldwährung die Rede ist, wird immer gesagt, es sei eine Währung, die, weil sie vollwichtig ihren ganzen Werth repräsentirt, zum Nachtheil des Schuldners gereicht. Man sollte wirklich glauben, wir wären in einem Lande, das aus einer Majorität schlechter Schuldner besteht, die erimirt, befreit werden sollen von eingegangenen Verpflichtungen dadurch, daß man den Inhalt der Münze herabsetzt. Das ist doch sicher nicht der Fall; Deutschland ist glücklicherweise nicht in der Lage, seine Gesetzgebung für eine Majorität von schlechten Schuldnern machen zu müssen.

Was nun die Erklärungen der beiden Herren Vertreter anlangt, so habe ich mich vor allem gefreut, einen so objektiven und entgegenkommenden Ton in denselben wahrzunehmen, daß ich annehmen darf, es haben die heutigen Erörterungen wesentlich zur Klärung der Verhältnisse beigetragen. Ich habe hier nur wenig zu berichtigen. Zunächst habe ich nicht gesagt, wie der Herr Schatzsekretär meint, daß ich annehme, die Regierung habe ein Definitivum geschaffen; ich habe nur gesagt, sie hat auf ein ganzes Jahr lang einen unwiderruflichen Zustand geschaffen. Und da sie nicht länger wie ein Jahr überhaupt dekretiren konnte, so ist dies jedenfalls das Provisorium, was einem Definitivum am nächsten kommt, wenn man sich selbst die Hände bindet, ein ganzes Jahr nicht anders operiren zu können.

Ferner wird immer davon gesprochen, daß wir darüber einig seien, daß Niemand den Gang der Preise des Edelmetalls voraussehen kann, und ich bin selbst weit entfernt davon, zu behaupten, die Verhältnisse könnten nicht auch umschlagen. Die Herren stellen sich immer der einen Eventualität gegenüber, daß es möglicherweise besser werden könnte. Warum spricht man nicht auch von der anderen Eventualität, daß es noch schlechter werden kann? Und es sprechen doch sehr viele Gründe dafür, daß es sich so wenden kann. Was soll dann geschehen? Sollen wir, wenn das Silber noch stärker abwärts geht, uns verurtheilen, im letzten Stadium unserer Münzreform stecken zu bleiben? Fassen wir doch auch einmal eine solche Eventualität ins Auge; davon habe ich gar nichts gehört.

Der Gedanke unserer Münzreform war, die Silberwährung, soweit sie nicht Scheidemünze betrifft, zu beseitigen. Daß wir den Eventualitäten ausgesetzt waren nach der einen oder der anderen Seite hin, das war selbstverständlich, und da Niemand mit Sicherheit das Günstige oder das Ungünstige für den Metallmarkt voraussehen kann, so ist das Richtige, fortzufahren, weil man dann schließlich auf den Durchschnittspreis kommt, der der Ausdruck der wahren Verhältnisse ist. So handelt man, wenn man mit Vorsicht operirt.

Als wir die Doppelwährung ausmerzten und die einfache einführten, war zum Silber kein besonderes Mißtrauen, es war keine Rede vom Fallen des Silbers; sondern die Grunderwägung bei der Ausschließung der Doppelwährung war bei den verbündeten Regierungen wie den Vertretern im Reichstag, die ihr zustimmten, die, daß man bei der Doppelwährung sich der Gefahr aussetzt, daß das eine Metall sich einmal entwerthen könne und das werthlosere alsdann allein im Lande bleibe. Es heißt überhaupt nicht Vorsicht, eine schon vorhandene Gefahr bekämpfen, sondern wirkliche Vorsicht ist, die Möglichkeit zu sehen und sich gegen diese Möglichkeit zu versichern. Dieser Möglichkeit wollten wir begegnen, indem wir die einfache Währung schufen. Sie hat sich glänzend bewährt. Kaum hatten wir das eine Metall abgeschafft, als eine Konjunktur eintrat, die es bedeutend entwerthete und alle Länder, die damit behaftet sind, in große Verlegenheit gebracht wurden.

Daß mit derselben Vorsicht jetzt verfahren werde, daß wir uns nicht dem Ungewissen aussetzen, wegen der Möglichkeit eines zu vermeidenden Verlustes noch größere Verluste wirklich tragen zu müssen und einer unabsehbaren Verschleppung unserer Münzreform uns auszusetzen: das ist es, worauf ich hinweisen wollte. Ich glaubte damit meine Schuldigkeit gethan zu haben. Die Verantwortung gebührt den Regierungen.

Abgeordneter **Sonnemann**: Ich gestatte mir nur einige kurze Bemerkungen. Der Herr von Kardorff hat zuletzt angekündigt, daß er bei der dritten Lesung einen Antrag einbringen werde, daß man doch einen Kredit für die etwaige

Silberverwerthung in den Etat einstellen soll. Ich glaube, wenn er diesen Antrag einbringt — seine Gründe dafür mögen sein, welche sie wollen — so wird er auf dieser Seite des Hauses lebhafteste Unterstützung finden. Der Reichstag wird, wenn er den Antrag annimmt, die Verantwortlichkeit abgewälzt haben, daß er für Handlungen, welche nicht seinen Ansichten entsprechen, einstehe.

Nun noch einen Punkt, den der Herr Staatssekretär berührt. Der Herr Staatssekretär hat, wenn ich ihn richtig verstanden habe, gesagt, wenn die Interpellation am 19. Juni nicht eingebracht worden wäre, so würden vielleicht die 25 Millionen Silber verkauft worden sein. Durch die Erklärung, die hier gegeben worden ist, hätten die Regierungen sich gebunden erachtet, nichts mehr zu verkaufen. Meine Herren, ich muß doch von meinem Standpunkt aus dagegen Verwahrung einlegen. Die Erklärungen hätten ebenso gut hier abgegeben werden können, wie sie abgegeben worden sind, etwa mit dem Hinzufügen, daß noch für 20 bis 30 Millionen Silber im Einschmelzen begriffen sind und daß sich die Reichsregierung die Verwerthung derselben vorbehält. Allein den Reichstag für etwas derartiges verantwortlich zu machen, wovon er gar keine Kenntniß gehabt hat, das scheint mir nicht angezeigt, und ich halte das nicht für angemessen.

Endlich hat der Herr Staatssekretär gesagt, daß im Laufe der Session ein Gesetz eingebracht werden würde, welches die Vermehrung der Reichsilbermünzen herbeiführen solle. Meine Herren, der Reichstag wird dieses Gesetz gewiß nach jeder Seite hin sachlich prüfen. Ich für meine Person halte zwar den Zeitpunkt für etwas verfrüht; ich glaube nicht, daß in dieser Frage Erfahrungen genug gesammelt sind. Was nun den Punkt betrifft, ob die jetzt noch in Deutschland in Zirkulation befindliche Silbermenge eine Gefahr für den Verkehr hat, so haben die beiden Herren vom Regierungstische, die gesprochen haben, die Verantwortlichkeit dafür von sich auf die Reichsbank abzuwälzen gesucht. Sie haben beide ausgeführt, wir haben uns darüber bei der Bank erkundigt, und die Bank hat uns gesagt, daß dabei keine Gefahr sei. Meine Herren, ich meine doch, daß in einer so außerordentlich wichtigen Frage die Reichsregierung nicht allein auf das Urtheil der Bankbehörden sich verlassen solle, daß sie vielmehr ihr eigenes Urtheil haben müßte. Sollte einmal, was auch mir nicht unmöglich scheint, die Eventualität eintreten, daß wirklich Gefahren für den Geldmarkt daraus entstehen, so würde nach meiner Ansicht durch die heute abgegebenen Erklärungen die Reichsregierung von ihrer Verantwortlichkeit nicht befreit werden.

Abgordneter von Kardorff: Meine Herren, nur noch ein Wort! Sie werden entschuldigen, daß ich noch einmal einige Worte spreche, aber der Herr Abgeordnete Bamberger hat uns mit einer großen, wohlbedachten Rede bevorzugt, und es ist wirklich sehr schwierig, auf alle die Momente zu antworten, die er in das Bereich seiner Betrachtungen gezogen hat.

Er hat nämlich wiederholt darauf hingewiesen, daß unsere Silberverkäufe auf die Entwerthung des Silbers gar keinen Einfluß gehabt hätten, und das ist doch nicht ganz richtig. Ich gebe zu, die Quantität Silber, die wir auf den Markt werfen, ist im Verhältniß zu dem Silbervorrathe der ganzen Welt eine geringe, aber die Silberentwerthung ist gleichwohl deshalb durch unsere Verkäufe hervorgerufen, weil wir mit Nothwendigkeit die anderen Staaten auf die andere Bahn drängen, weil wir den Verdacht in der Welt durch unsere Goldwährung hervorgehoben haben, daß auch Frankreich die Doppelwährung nicht würde ferner behalten können und Frankreich gezwungen werden könnte, seine großen Silbervorräthe auf den Markt zu werfen, und ferner, weil wir

durch die Sistirung unserer Silberprägung und durch die nothwendig folgende Sistirung der französischen Silberprägung, doch auch die Konjunktion für Silber sehr bedeutend eingeschränkt haben. Wenn er darauf Bezug genommen hat, daß die indischen Bezüge wieder wachsen können, so sind ja Konjunkturen möglich, durch die die Silberbezüge Indiens wirklich zu einer Steigerung gelangen können, aber ich mache darauf aufmerksam, daß die ganzen Bezüge Indiens an Silber mit unter der Goldwährung deshalb leiden, weil die indischen Waaren doch auch wieder ihrerseits einmal in Gold umgesetzt werden müssen. In Folge dieses Umsatzes — und das ist anerkannt in kaufmännischen englischen Kreisen — in Folge dieses nothwendigen Umsatzes müssen die Bezüge Chinas, Indiens und die anderen Silberländer immer geringer werden. Ich meine also, der Gesichtspunkt, den er hervorgehoben hat, daß unsere Silberverkäufe gar keinen Einfluß haben auf die Silberwährung, überhaupt gehabt hätten, ist nicht richtig. Es ist vielleicht gut gewesen, daß wir in die Goldwährung hineingetreten sind, weil das möglicherweise der Durchgangspunkt ist, durch den die Welt wieder würde zur Doppelwährung gelangen. Vorläufig aber hat unsere Goldwährung die bisherige Silberentwerthung hervorgerufen und wird sie noch weiter hervorrufen, wenn wir in der Durchführung derselben fortfahren.

Ich möchte nur noch auf einen Punkt Bezug nehmen, der angedeutet worden ist von Seiten des Herrn Regierungskommissars zu meiner nicht sehr großen Freude, das ist nämlich die Vermehrung unserer Silberscheidemünzen. Meine Herren, das halte ich — ich kann mir nicht helfen — für eine außerordentlich falsche Maßregel. Die Vermehrung der Silberscheidemünzen über ein gewisses Maß hinaus gefährdet ebenso gut die Goldwährung wie das Papiergeld oder die Silberthaler, die im Lande umlaufen, und zwar in noch viel gefährlicherer Weise, weil die Silberscheidemünzen, die umlaufen, doch nur einen geringeren Werth haben, als zu dem sie ausgegeben werden.

Bevollmächtigter zum Bundesrath Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt **Scholz:** Der Herr Abgeordnete Sonnemann hat angenommen, ich hätte durch meine Erklärung dem Reichstag eine Art Verantwortung zuschieben wollen dafür, daß die Silberbarren von 300 000 Mark, die noch jetzt im Besitze der Regierung sind, nicht verkauft worden seien. Ich bedaure, wenn ich mich in dieser Beziehung undeutlich ausgedrückt habe. Ich habe nicht das propter hoc, sondern das post hoc dabei im Auge gehabt und bin weit entfernt, dem Reichstage dafür eine Verantwortung zuzuschreiben.

Er hat dann aber noch geglaubt, meine Aeußerungen dahin verstehen zu müssen, daß die Verantwortung dafür, daß der Beschluß der verbündeten Regierungen, die Silberverkäufe zu sistiren und das nächste Jahr hindurch sistirt zu lassen, keine Uebelstände mit sich bringen werde, keine Erschütterung des Verkehrs, daß die Verantwortung für das alles auf die Erklärung der Bankverwaltung abgeschoben worden sei, daß sich die Reichsregierung in dieser Beziehung gewissermaßen ihres eigenen Urtheiles begibt, oder ein solches überhaupt nicht gehabt hat. Das ist auch ein Mißverständnis. Ich habe nur hervorheben wollen, daß nicht ohne Anhörung dieses wichtigen Faktors, nicht ohne dessen Uebereinstimmung im Urtheile gehandelt worden sei; aber daß immerhin die verbündeten Regierungen selbst sich ein Urtheil über die Sache gebildet haben, das glaube ich nicht nöthig zu haben noch besonders hervorzuheben. Also von einer Abschiebung der Verantwortlichkeit auf die Bankverwaltung ist nicht die Rede.

Abgeordneter Dr. **Bamberger:** Nur statt einer persönlichen Bemerkung, weil es ja bequemer ist, das vor Schluß zu thun, möchte ich dem Herrn Ab-

geordneten von Kardorff bemerken, daß ich ausdrücklich das Gegentheil von dem gesagt habe, was er als meine Aeußerung zitiert hat. Ich habe nicht gesagt, daß unsere Silberverkäufe ohne Einfluß auf den Preis des Silbers gewesen seien, im Gegentheil, es ist ganz unleugbar, daß z. B. Herr Göjchen, den er zitiert hat, der englische Staatsmann, der uns so sehr zuredet, wir sollen unser Silber nicht verkaufen, es nicht thäte, wenn er nicht dadurch das englische Silber etwas besser anbringen könnte; das ist gar kein Zweifel; nur den durchschlagenden Einfluß auf den Silberwerth, an den man denkt, wenn man davon spricht, daß wir durch unser Wegbleiben vom Markte die Sache ändern könnten, den habe ich geläugnet. Weiter geht meine Behauptung nicht; nur das wollte ich feststellen. Im übrigen bin ich ganz damit einverstanden, mit dem, was der zweite Herr Regierungsvertreter gesagt hat, daß ein günstig bewegter Markt viel stärkere Verkäufe unsererseits verträgt, ohne daß der Preis es empfinde, und daß man vom schwachen Markt besser fortbleibt; daß aber der Markt in den letzten 8 Monaten nur schwach gewesen sei, das muß ich ganz bestimmt bestreiten.

Sitzung vom 25. Februar.

|Debatte über die Reichsbank.

Kommissarius des Bundesraths: Präsident der Reichsbank Wirklicher Geheimerrath von **Dechend**: Meine Herren, mein verehrter Gönner, der Herr Abgeordnete Dr. Bamberger, hat in der letzten Sitzung bei der Berathung des Statutens über das Münzwesen auch der Reichsbank gedacht und bei der Gelegenheit die Aufmerksamkeit des Hauses auf gewisse Vorgänge bei der Reichsbank hingelenkt, die nach seiner Auffassung doch nicht ohne Bedenken wären. Die Sache ist nicht bloß für die Reichsbank, sondern auch für das ganze Land von außerordentlicher Wichtigkeit, insofern als dabei Bedenken erhoben worden sind, ob die Reichsbank noch nach den alten soliden Grundsätzen verwaltet werde, die ihren Ruf begründet haben. Der Herr Abgeordnete Dr. Bamberger hat eine Abweichung von diesen Grundsätzen namentlich darin gefunden, daß die Bank in neuester Zeit angefangen habe, Wechsel auch unter dem von ihr festgesetzten Diskontsatz anzukaufen. Er bemerkte in dieser Beziehung, daß das Portefeuille der Bank von diesen Wechseln voll sei, daß sie dadurch sehr leicht in die Lage versetzt werden könnte, bei dem Eintritt schlimmer Zeiten, auf welche sie stets gefaßt sein müsse, nicht die erwartete Hülfe gewähren zu können.

Meine Herren, ich kann versichern, daß ich von der Nothwendigkeit, in Zeiten des Geldüberflusses, wie wir sie jetzt haben, doppelt vorsichtig zu sein und dessen stets eingedenk zu bleiben, daß sich dies sehr leicht und sehr plötzlich ändern kann, nicht weniger durchdrungen bin, wie der Herr Abgeordnete Dr. Bamberger. Ich habe nach diesen Grundsätzen, so lange wie ich an der Leitung der jetzigen Reichsbank theilnehme — und das sind beinahe 30 Jahre — stets gehandelt, ich bin darum auch weder durch die geschäftlichen Krisen noch durch die drei Kriege, welche während dieser Zeit plötzlich über uns hereingebrochen sind, überrascht worden, und wüßte in der That nicht, was mich ver-

anlassen sollte, von diesen bewährten Grundsätzen jetzt am Schlusse meiner amtlichen Thätigkeit abzugehen. Aber, meine Herren, ich frage Sie, liegt denn darin etwas Unsolides, daß die Bank gegenwärtig in ihrem Portefeuille eine nicht ganz unbeträchtliche Masse von Wechseln allerersten Ranges hat?

Die Bankreserve beträgt noch in diesem Augenblick über 200 Millionen, d. h. die Bank kann ihre Anlagen um diesen vollen Betrag ausdehnen, wenn es nöthig wird, ohne in die Steuer zu fallen. Ihre Noten sind noch heute mit 81 Prozent durch Metall gedeckt, allerdings zum Theil durch Silber; ihre Fonds sind jetzt wie früher nur in Wechseln und in solchen Lombarddarlehen, die in längstens drei Monat verfallen, angelegt; Effekten besitzt die Bank auch heute noch nicht, so verführerisch es in der letzten Zeit auch gewesen ist, wo es an anderen Anlagen fehlte, Effekten zu kaufen. Wir haben es nicht gethan, weil wir es für unsere erste Pflicht halten, die Fonds der Bank für alle Zeiten, namentlich für Zeiten der Noth, flüssig zu halten.

Nun, meine Herren, ich meine, daß hiernach von einer weniger soliden Verwaltung nicht füglich die Rede sein kann. Allerdings sind aber die Ansichten darüber getheilt, ob es weise ist, daß wir nicht wie früher an dem von uns publizirten Diskontsätze unbedingt festhalten, sondern einen Unterschied machen zwischen allerersten Papieren, wofür der Preis am Markte niemals der Bankdiskont gewesen ist, und zwischen Wechseln, wie sie aus den Geschäften der mittleren und kleinen Leute hervorgehen. Meine Herren, über diese Frage werden Sie, wie ich glaube, nicht entscheiden wollen, auch nicht entscheiden können; sind doch selbst unter den Männern von Fach die Ansichten hierüber getheilt. Widerprochen wird der Neuerung namentlich von Seiten derjenigen Bankiers, welche bei dem Ankauf jener Wechsel jetzt mit der Reichsbank konkurriren müssen, während sie früher als Käufer für eigene und fremde Rechnung, besonders aber für ausländische Banken allein am Markt waren. Von anderer Seite, namentlich in den Kreisen, welche der Reichsbank nahe stehen, habe ich aber nur Eine Stimme gehört, daß wir Recht daran gethan haben, das alte Prinzip zu durchbrechen, weil dies der einzige Weg war, um in den Besitz erster Wechsel zu kommen. Daß Herr Dr. Bamberger diese Ansicht nicht theilt, beklagt Niemand mehr, wie ich, der ich auf sein Urtheil großen Werth lege und ihn zu den ersten Autoritäten auf diesem Gebiete stets gezählt habe. Aber er kann nicht verlangen, daß wir seinen Ansichten mehr Werth beimessen, als unserer eigenen Ueberzeugung und dem Urtheile der gewiegtsten Fachleute. Wenn er die Güte haben wollte, die Sache noch einmal unbefangen zu prüfen, so wird er wenigstens zugeben müssen, daß die Sache so zweifellos nicht ist, wie er bisher angenommen hat, und daß die Bankverwaltung sich keineswegs hauptsächlich durch den Wunsch habe leiten lassen, den Gewinn der Bank zu vermehren. Davin stimme ich mit ihm übrigens unbedingt überein, daß es ungebührig sein würde, wenn die Bank die fraglichen Wechsel auffuchen wollte, statt sie an sich herankommen zu lassen. Meines Wissens ist das aber auch nur von einer einzigen Bankanstalt geschehen und hier sofort Remedur eingetreten. Meine Herren, ich glaube unter diesen Umständen wird Herr Dr. Bamberger vielleicht selbst seine Bedenken, wenn auch nicht zurücknehmen, so doch modifiziren und anerkennen, daß die Reichsbank heute noch ebenso solid verfährt, wie früher. Mit diesem Wunsche will ich vorläufig meine Bemerkungen schließen. (Beifall rechts.)

Abgeordneter Dr. Bamberger: Meine Herren, ich bin sehr weit davon entfernt, eine Autorität in dieser Sache in Anspruch zu nehmen, welche gegenüber der Autorität des Herrn Bankpräsidenten, den Sie soeben gehört haben,

verdiente gleich schwer ins Gewicht zu fallen. Ich kann diese Autorität um so weniger in Anspruch nehmen, als ich ganz außerhalb des praktischen Verkehrs mit diesen Dingen seit mehr als 10 Jahren stehe und nur das vernehme, was mir von außen zugetragen wird, so daß ich meine Erfahrungen hier legislativ zu verwerthen im Stande bin. Was ich selbst an Material zu sammeln im Stande bin, ist mehr theoretischer Natur. Nur die Autorität verlange ich in Anspruch nehmen zu dürfen, daß ich einigermaßen kompetent bin, wo es sich darum handelt, eine Meinung zu äußern über den Sinn, in dem wir unsere Bank- und Münzgesetzgebung ihrer Zeit geschaffen haben, eine Arbeit, an der in erheblichem Maße mitgewirkt zu haben mir stets zu einer der angenehmsten Erinnerungen meines Lebens gehören wird und in der ich auch damals bis zur jüngsten Zeit, wo unser Verkehr unterbrochen wurde, beinahe in allen Dingen mit dem Herrn Bankpräsidenten in Uebereinstimmung zu wirken das Vergnügen hatte. Es kommt mir mancherlei zur Kenntniß, weil aus den verschiedensten Theilen Deutschlands diejenigen, die wissen, daß ich mich fortwährend mit diesen Dingen beschäftige, mir ihre Mittheilungen machen, und wenn ich den Gegenstand hier zur Sprache brachte, so war es erstens deshalb, weil er in Verbindung mit der Münzfrage, die gestern diskutiert wurde, nothwendig erwähnt werden mußte, zweitens, weil ich überzeugt war, daß, wenn ich es nicht thäte, von anderer Stelle jedenfalls dieselbe Frage hier angeregt werden würde und ich vor Allem den Zweck erreichen wollte, der zum Theil bereits heute erreicht worden ist, daß der Chef der Bank selbst hier erscheine und die verschiedenen Auslegungen, die theils etwas beunruhigend wirken, theils zu Verstimmungen und Klagen Anlaß geben, hier im Hause bespreche und dadurch vor ganz Deutschland zur Aufklärung bringe. Keine andere Absicht hat bei mir obgewaltet und ich glaube auch auf die einzelnen Gesichtspunkte, die er heute vorgebracht hat, näher eingehen zu müssen, damit eine Klärung, soweit möglich, erzielt werde. Ich bin allerdings darin nicht mit dem Herrn Präsidenten der Reichsbank einverstanden, daß es, wie er vorhin sagte, angezeigt war, eine gewisse Konkurrenz, die sich in dem Aufnehmen von diskontirbaren Papieren in Deutschland gezeigt hatte, durch die Reichsbank aus dem Felde schlagen zu lassen. Wenn ich den Herrn Bankpräsidenten richtig verstanden habe, so denkt er hier wesentlich an fremde Bankinstitute. Mir ist mitgetheilt, daß die belgische und die österreichische Bank, die Ueberfluß an verfügbarem Kapital hatten, Geld in Deutschland zur Diskontirung von Wechseln veranlagten und daß dies ein gewisses Uergerniß, einen gewissen Anstoß bei unserer Reichsbank hervorrief, so daß sie sich sagte, lieber will ich dies Geschäft machen, welches die fremden Banken machen. Ich bin nicht damit einverstanden, daß die Reichsbank den Zweck hätte, Kapitalien, die sich dem deutschen Markt in solcher Weise anbieten, daß sonst keine Gefahren damit verbunden sind, zurückzustoßen. Mein Gedanke bei Schaffung einer Bank war der, welcher, wie ich glaube, obwaltet bei der Kreirung aller großen Staatsbanken: eine Reserve, einen letzten Rückhalt für die Kapital- und Geldbewegung des Landes zu schaffen. Wir haben eine Bankaktiengesellschaft gegründet, nicht damit etwa eine gewisse Anzahl Aktionäre gute Dividende bekommen. (Sehr richtig! im Centrum.) Das war durchaus nicht die Absicht, sondern wir haben den Aktionären nur die Gelegenheit gelassen, aus der früheren Zeit, aus der preußischen Bank in die deutsche überzugehen; wir haben auch wesentlich unsere Aufmerksamkeit darauf gerichtet, den Emissionskurs dieser Aktien schon damals nicht hoch zu normiren, damit auch keine moralische Verantwortung seitens des Reiches geschaffen werde, besonders hohe Erträgnisse bei dieser Bank zu erzielen. Wenn die Aktien gestiegen sind, ist das Sache der Erwägung der einzelnen Aktienbesitzer, der Geldbewegung; aber wir als Reich, die wir die Bank

in die Welt gesetzt und unter die Aufsicht des Reichskanzlers als Chefs der Reichsverwaltung gesetzt haben, wir wollen nicht, daß der Bankdirigent als eigentlichen Gegenstand seiner Bemühungen ins Auge fasse, möglichst hohe Dividenden für seine Aktionäre zu erzielen. Die Aufgabe der Reichsbank ist, wie es im Gesetz heißt: für die Regelung des Geldverkehrs zu sorgen, und — wie es an zweiter Stelle allerdings mit aus der alten Bestimmung herübergenommen wurde, auch für fruchtbare Anlegung der Kapitalien zu sorgen, aber nicht für die fruchtbare Anlegung der Kapitalien der Aktienbesitzer.

Meine Herren, was haben wir gethan? Wir haben im Widerstreit mit einer weit verbreiteten Meinung in Deutschland die Organisation der Reichsbank so angelegt, daß sie bereits dreiviertel eines Monopols der Emission von Papiernoten in Deutschland hat. Wir haben die Sache ferner darauf angelegt, daß in gegebener Zeit das gesammte Monopol der Ausgabe von fiktiven Werthzeichen, von Papiergeld dieser Reichsbank zufallen sollte. Haben wir das etwa in der Absicht gethan, daß diese Fähigkeit, Papiergeld zu emittiren, ausgenutzt werde, um möglichst hohe Beträge in Dividenden damit zu erzielen? Durchaus nicht! Der Sinn einer Reichsbank mit dem Recht der Emission von fiktiven Zeichen, von Anweisungen, die auf Präsentation wieder einzukassiren sind, ist nur der, ein elastisches Hilfsmittel vorzubereiten, welches dem Verkehr nachhelfen kann, wo ein wirkliches Bedürfniß besteht.

Der Beruf der Emissionsthätigkeit der großen Centralbank eines Staates liegt darin, daß sie nur dann eintritt, wenn keine anderen Mittel aus dem natürlichen Verkehr sich bieten und weil wir diese Elastizität selbst außerordentlich vorsichtig organisiren wollten, ist auch durch die verschiedensten Apparate die Emissionsfähigkeit so eingeschränkt worden, daß sie sich nicht allzu frei bewegen kann. Wenn dieser Apparat, welcher wesentlich nur für Eventualitäten zu sorgen hat, nur subsidiärer Art ist, wenn der dazu bestimmt würde, primo loco ein Zinsen- und nutzbringendes Kapital zu schaffen in Form von Papiergeld, so würde die eigentliche Absicht, aus der die Schaffung einer monopolisirten Reichsbank hervorgegangen ist, über ihren Zweck hinaus ausgedehnt und das Institut verlöre in dem Maße an Sicherheit, als es darauf ausginge, große Dividenden für seine Aktionäre zu erzielen. Aus der Erklärung, die der Herr Bankpräsident selbst soeben gegeben hat, schien mir auch ganz deutlich hervorzugehen, daß er aus einem Beweggrund, den ich ihm ja gar nicht verarge, dem Impulse folgt, der ihm zuruft: warum sollen fremde Banken das Geld verdienen, das meine eigene Bank verdienen kann?" Meine Herren, für die Solidität fremder Banken haben wir aber nicht zu sorgen. Wir haben dafür zu sorgen, daß unsere eigene Bank möglichst solid sei, daß sie namentlich nur eine Reserve bilde für die Fälle, wo der Verkehr nicht selbstthätig eingreifen kann. Das hat aber auch die Bedeutung, daß durch jede fortgesetzte Manipulation, welche den bisher selbstthätig auf den Kapitalmarkt wirkenden Kredit zurückscheucht und in andere Gebiete drängt, eine Störung hervorgerufen wird, welche sich im gegebenen Falle als sehr schädlich erweisen kann. So lange das Privatkapital bereit ist, Kredit zu geben, ist meiner Ansicht nach die Reichsbank auf die Reserve angewiesen und wie ich nicht bloß gestern, sondern schon zu früherer Zeit bei Diskutirung des Bankgesetzes gesagt habe, der Grundcharakter einer großen Centralbank mit Notenemissionsrecht, ist nicht, daß sie den Geschäften nachgehe, sondern daß sie ruhig warte, bis daß man zu ihr kommt und von ihr Hilfe verlangt. Der Herr Reichsbankpräsident hat uns selbst soeben eingeräumt, daß im einzelnen Falle, wo ein eine Filiale dirigirender Vertreter sich mit besonderer Anstrengung bemüht habe, Papiere zu diskontiren unter den Banksatz, er dies gemißbilligt habe. Ich glaube, daß der Gesamtverkehr dieje

Erklärung mit großem Wohlgefallen anhören, und bezweifle nicht, daß auch in Zukunft die Bank sich danach richten wird.

Was nun den Unterschied betrifft zwischen Wechseln, welche von großen, sehr solventen Firmen trassirt und acceptirt werden, und denen, welche der kleinere oder mittlere Verkehr dem Kapitalmarkte zuträgt, so kann man darüber verschiedener Meinung sein, welches von diesen beiden Papieren das solidere sei? Ich glaube allerdings, daß es allererste Firmen in Deutschland gibt, die unter allen Umständen ihre Unterschrift auch bei den größten Krisen einzulösen im Stande sein werden. Daß ich aber, wenn ich Dirigent einer Bank wäre, bei einer ganzen Menge von Wechseln, die der kleine Waarenverkehr für seinen wirklichen Bedarf wegen reeller Trassirung, nicht zur Geldmacherei geschaffen hat, ebenso ruhig wäre, wie bei den Tratten der meisten großen Häuser, die von einem Bankier auf den anderen gezogen werden, kann ich mit Bestimmtheit behaupten, und darin wird mir vielleicht der Herr Bankpräsident nicht widersprechen. (Sehr richtig! links.)

Und dazu tritt noch Eines: die eigentliche Bestimmung diesem reellen, kleineren, weniger sich zu helfen im Stande seienden Verkehr zu dienen, wird auch auf solche Weise besser erreicht. Ich glaube also, daß es garnicht schadet, wenn bei einem Zinsfuß, der unter dem der Bank steht, vielleicht eine Menge von großen guten Wechseln nicht an die Bank, sondern in andere Hände gehen, und zeitweise die Bank weniger gute Geschäfte macht. Was der Nachtheil davon sein kann, wenn die Centralbank sich ruhig hält und nicht zu diskontiren sucht, außer unter den von ihr für Jedermann und offiziell verkündeten Bedingungen, das habe ich auch aus den Erklärungen des Herrn Bankpräsidenten bis jetzt noch nicht entnehmen können. Ich will einmal annehmen, es käme bei uns vor, wie es lange Zeit in Frankreich der Fall war, wie es Jahre lang in Holland der Fall war, daß unser Bankfuß höher stände, als unsere Notenemission, so würden unsere Bankaktionäre schlechte Geschäfte machen, sie hätten kein Recht, sich darüber zu beklagen und es kämen dann auch wieder bessere Zeiten, in denen sie wieder höhere Dividenden bekommen; aber für die Solidität und die Dienste der Reichsbank wäre absolut kein Schaden geschaffen. Ich glaube also, wenn man die Sicherheit des Instituts, den Sinn, in dem es geschaffen ist, den Zweck, dem es wesentlich zu dienen berufen ist, vorzugsweise im Auge behält, so hat man keinen Grund, sich irgendwie dagegen zu wahren, daß, seien es inländische, seien es ausländische Kapitalisten, dem Publikum zu einem Zinsfuß, der unter dem Bankfuß ist, ihr Geld zur Verfügung stellen. Man kann ganz ruhig Gewehr bei Fuß abwarten, bis wieder eine Zeit kommen wird, und sie wird kommen, wo man froh ist, wieder die Unterstützung der Bank zu haben, die in guten Zeiten ihre Kräfte gewahrt hat, um sie in schlechten Zeiten zu werthen zu können. Ich glaube, der Herr Bankpräsident, mit dem ich mich so oft schon in gemeinsamem Sinne über diese Dinge ausgesprochen habe, und der weiß, wie sehr mir der Gang der Dinge in ihrem besten Sinne am Herzen liegt, ich glaube, der Herr Bankpräsident wird mit mir darüber einig sein, und hier spreche ich sogar gegen das, was mir selbst angenehm sein könnte, um meine Autorität zu stützen, die wahre Probe auf die Güte unserer Bankgesetzgebung haben wir noch nicht gemacht. (Sehr richtig) Wir haben ein Bankgesetz gegeben in der besten Absicht, so wohl durchdacht, wie wir es im Stande waren, so vorsichtig, wie man es konnte, aber die Zeiten waren noch nicht da, seitdem es geschaffen worden ist, die uns darüber belehren konnten, ob es in allen Punkten den Proben einer etwas schwierigeren Konjunktur entsprechen würde. Wir haben immer durch den Rückgang der Geschäfte oder durch andere Umstände, seitdem wir das Bankgesetz geschaffen haben, einen Geldüberfluß gehabt.

Geldkrisen, Geldklemmen, besonders schwierige Zeiten für den Geldmarkt haben wir noch nicht durchgemacht; wir können also nicht sagen, daß wir uns bereits mit aller Sicherheit auf dem offenen Meere, das mit soviel Gefahren bedroht ist, uns bewegt haben, umso mehr ist es angezeigt, nachdem ich mir lange in diesen Dingen Schweigen auferlegt hatte, obgleich ich vielfach herausgefordert worden war, darüber zu sprechen in der jetzigen Zeit, wo diejenigen, die sich über die Manipulationen der Reichsbank beschwerten, mir nicht mehr ganz ohne Grund dies zu thun scheinen, umso mehr glaube ich, war es wohl angebracht, heute eine Besprechung dieser Sache herbeizuführen.

Kommissarius des Bundesraths Präsident der Reichsbank Wirklicher Geheimer Rath **von Dechend**: Meine Herren, es wird mir schwer, Ihre kostbare Zeit über diesen Gegenstand noch weiter in Anspruch zu nehmen; aber einige Bemerkungen des Herrn Vorredners kann ich doch nicht ohne Erwiderung lassen. Die Bankverwaltung hat sich, wie ich versichern kann, bei ihren Maßnahmen zu keiner Zeit und bei keiner Gelegenheit durch den Wunsch bestimmen lassen, möglichst hohe Dividenden zu geben. Ich kann versichern, daß wir in der Beziehung gerade so urtheilen und handeln, wie der Abgeordnete Dr. Bamberger es verlangt. Aber, meine Herren, als völlig gleichgültig kann ich es doch nicht betrachten, ob die Fonds der Bank beschäftigt werden oder steril in ihren Gewölben liegen bleiben. Setzen Sie einmal den gar nicht unmöglichen Fall, daß unsere Anlage in Wechseln und Lombardgeschäften noch weiter um die Hälfte abnahme und die Notenreserve bis auf 300 Millionen stiege, würden Sie auch dann noch wünschen, daß wir uns darum für diese Gelder wenigstens theilweise eine bankmäßige, wenn auch weniger lukrative Anlage zu finden, nicht bemühen, sondern das Geld liegen lassen sollen, bis vielleicht nach 10 oder 20 Jahren ein Krieg ausbricht, wo wir es brauchen werden. Dazu, glaube ich, sind die Bankfonds nicht bestimmt, sondern andere Fonds, für die Sie ja auch gesorgt haben. Nach meiner Auffassung soll die Reichsbank Geschäfte zwar nicht aufsuchen, aber ebenso wenig die sich ihr anbietende Gelegenheit, ihre müßigen Fonds sicher und bankmäßig anzulegen, unbenuzt lassen. Ist das aber richtig, so vermag ich nicht abzusehen, warum die Bankverwaltung es ruhig über sich ergehen lassen soll, wenn ausländische Banken und Bankiers die besten Wechsel in großen Summen fort und fort bei uns aufkaufen lassen, während die Fonds der Reichsbank fortdauernd wachsen und der Gewinn mit jedem Jahre kleiner wird. Der Herr Abgeordnete Bamberger meinte, die Kapitalien, welche vom Auslande in dieser Weise bei uns angelegt werden, kämen uns sehr zu Statten. Ich will dies im Allgemeinen nicht bestreiten. Aber ob es ein Segen ist, wenn die fremden Banken und Bankiers in Zeiten des allgemeinen Geldüberflusses, wie wir sie jetzt haben, ihre überflüssigen Gelder bei uns in Wechseln anlegen, die sie in jedem Augenblick zu uns zurückschicken und sich dafür Gold kommen lassen können, scheint mir doch mehr als zweifelhaft. Nach meiner Auffassung sind für uns in solchen Zeiten fremde Kapitalien nur dann von Werth, wenn sie bei uns fest angelegt werden, aber nicht, wenn sie uns nur vorübergehend zugeschiekt werden in einer Zeit, wo wir nicht wissen, was wir mit unseren eigenen Kapitalien anfangen sollen.

Der Herr Vorredner hat sodann darauf hingewiesen, daß das Agio, welches die Reichsbankantheilseigner für die Bankantheile haben zahlen müssen, außerordentlich niedrig bemessen sei.

Ob dies so unbedingt richtig ist, wird wahrscheinlich schon die nächste Zeit ergeben. Zwar ist die Dividende für das verflossene Jahr noch nicht festgestellt, es läßt sich aber schon jetzt übersehen, daß sie nichts weniger als glänzend aus-

gefallen und selbst den bescheidensten Erwartungen schwerlich entsprechen wird. Ich sehe darin zwar kein Unglück, aber doch eine dringende Veranlassung für die Bankverwaltung, Geschäfte, welche sie mit Nutzen machen kann, ohne den soliden Prinzipien der Bank zu nahe zu treten, nicht ganz gleichgültig zu behandeln. Daß die Bankverwaltung hierbei mit der größten Vorsicht zu Werke gehen muß und nicht vergessen darf, daß sie die eigentliche Probe auf das Reichsbankgesetz auch noch zu bestehen habe, erkenne ich unbedingt als richtig an. Die Lage der Reichsbank ist in der That viel schwieriger geworden, als die der preussischen Bank, und wir müssen, obgleich die Verwaltung dieselbe geblieben ist, sehr viel vorsichtiger sein, weil wir jetzt hauptsächlich auf die Giro-gelder angewiesen sind, die uns in jedem Augenblick entzogen werden können. Aber wir sind uns dieser Schwierigkeiten auch völlig bewußt und meinen, daß sich dies in den viel stärkeren Reserven, welche wir jetzt halten, klar zu erkennen giebt.

Meine Herren, ich meine, wir können hiermit den Gegenstand verlassen, es ist von diesen Verhandlungen ein Resultat doch nicht zu erwarten, da darüber hier nicht abgestimmt werden kann, ob die Bank nach den richtigen Grundätzen verfahren ist, und Sie können der Bankverwaltung vertrauen, daß sie nicht weiter gehen wird, als es die Verhältnisse gestatten.

Abgeordneter **Sonnemann**: Ich bedauere sehr, dem zuletzt vom Herrn Bankpräsidenten ausgesprochenen Wunsch, diesen Gegenstand zu verlassen, nicht nachkommen zu können. Ich hatte mich allerdings schon früher zum Worte gemeldet und hätte vielleicht dem Herrn Bankpräsidenten Gelegenheit geben können, wenn ich früher das Wort bekommen hätte, sich eine nochmalige Erwiderung auf gewisse Fragen zu ersparen; ich muß aber jetzt anknüpfend an seine letzten Aeußerungen auf diese Punkte zurückkommen. Zunächst gestatten Sie mir aber einige andere die Reichsbank betreffende Bemerkungen. Wie Sie aus dem Stat ersehen haben, werden die Einnahmen aus der Reichsbank in in diesem Jahre mit einem Minus von 600 000 Mark eingestellt. Nun, das allein würde eine besondere Debatte nicht veranlassen, denn wir wissen Alle, daß im Jahre 1879 der Zinsfuß niedriger war, als im Vorjahre. Der Bankzinsfuß war durchschnittlich 3,69 Prozent und im vergangenen Jahr (1878) 4,34 Prozent. Daraus ergibt sich schon, daß Mindereinnahmen stattfinden mußten; allein es sind noch andere Gründe für die Mindereinnahmen vorhanden, und ich möchte mir erlauben, darüber einige Fragen an den Herrn Bankpräsidenten zu richten. So sehr ich anerkenne, daß die Bankverwaltung im Großen und Ganzen stets solide und vorsichtig gewesen ist, so habe ich doch den Eindruck, daß sie in der letzten Zeit einigermaßen nach verschiedenen Richtungen hin ins Schwanken gekommen ist; ich weiß nicht, ob das mehr der Zentralverwaltung, einzelnen Zweiganstalten oder untergeordneten Organen zuzuschreiben ist.

Der erste Punkt, über den ich den Herrn Bankpräsidenten interpelliren wollte, betrifft eine Frage, die jedenfalls auch bei den Erträgen des Jahres 1879 eine hervorragende Rolle spielt; es sind das die Verluste, welche die Bank in den Städten Dortmund und Bochum erlitten haben soll. Ich meine, es wird dem Herrn Bankpräsidenten sehr angenehm sein, wenn er Gelegenheit hat, über diesen Gegenstand hier etwas näher sich auszusprechen, da es bis jetzt an einer Gelegenheit hierzu gefehlt hat. Begreiflich ist allerdings die Nachricht, daß in jenem Industriezentrum Verluste erlitten worden sind, aber es ist sehr auffallend, daß das gerade in dem abgelaufenen Jahre vorgekommen ist. Wäre es während der Jahre 1873, 74, 75 im Laufe der großen Krisis vorgekommen,

so hätte man sich darüber gar nicht so sehr gewundert; aber daß diese Verluste jetzt eingetreten sind, nachdem die Krisis vollständig beendet war, während die Geschäfte bereits wieder anfangen sich zu heben und zu bessern, ist allerdings sehr auffällig. Es ist darüber berichtet worden, daß eine ungenügende Kontrolle stattgefunden, und daß es an Personal, überhaupt an der Leitung gefehlt habe, — es sind auch noch andere Gründe dafür angeführt worden. In dieser Hinsicht möchte ich also die Frage stellen: erstens, welche Verluste an diesen Orten erlitten worden sind, und ferner, welchen besonderen Ursachen dies zuzuschreiben ist?

Der zweite Punkt, über welchen ich sprechen wollte, bringt mich mehr auf das Allgemeine, darauf, daß, wie ich vorhin schon andeutete, es mir scheint, als wenn die Reichsbank in der neuesten Zeit bestrebt sei, gewisse Geschäfte Anderen, die eine vollständige Berechtigung dazu haben, hinwegzunehmen. Es betrifft zunächst das Verhältniß der Reichsbank zu den Privatnotenbanken. Sie wissen, meine Herren, daß, als das Bankgesetz im Jahre 1874/75 beschlossen wurde, wir damals bezüglich der Reichsbank, die wir gegründet hatten, und der Privatnotenbanken, die existirten, eine Art Waffenstillstand für fünfzehn Jahre abgeschlossen haben; die Privatnotenbanken sollten weiter existiren und in ihrer Existenz nicht weiter geschmälert werden, als es im allgemeinen Interesse des Reiches nothwendig war. Der Gedanke, der damals die Gesetzgebung leitete, ist, wie mir scheint, am klarsten ausgesprochen in einer Bemerkung, die der damalige Präsident des Reichskanzleramts, der jetzige Abgeordnete Delbrück, gemacht hat. Er sagte am 16. November 1874:

Es ist ja ganz unverkennbar, daß die bestehenden Banken der Industrie unter den jetzigen Zuständen gute Dienste geleistet haben, und es liegt dem Bankgesetzentwurfe sehr ferne, diese Dinge in Zukunft in irgend einer Weise einzuschränken, wenn das nicht durch zwingende Verhältnisse geboten ist.

Ich habe selbst Gelegenheit gehabt, an dieser ganzen Verhandlung in der Kommission und im Plenum theilzunehmen, und glaube, daß sowohl die Regierung, als auch das Haus von diesen Grundsätzen ausgegangen ist; man wollte die Privatbanken innerhalb des Rahmens, der neu geschaffen war, erhalten. Nun, was geschieht aber von Seiten der Reichsbank? Die Reichsbank hat eine große Einwirkung auf die Verhältnisse der Privatnotenbanken; sie hat nach Art. 19 des Bankgesetzes nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, ihre Noten mit denjenigen der Privatbanken umzutauschen oder die Noten der Privatbanken einzukassiren. Nichts natürlicher als das! Wir wollen keine ungesunde Notenzirkulation; wir wollen, daß die Noten ein Bedürfniß befriedigen und daß sie — das war eine wesentliche Bestimmung des Bankgesetzes — nach Befriedigung dieses Bedürfnisses aus dem Verkehr verschwinden. Im Anfang hat die Bankverwaltung dem entsprechend gehandelt; sie hat alle 8 Tage ungefähr, wie es im Geiste des Gesetzes liegt, eine Präsentation stattfinden lassen, damit zur Zeit des Bankausweises keine überflüssigen Beträge von Privatbanknoten im Portefeuille blieben. Das ging so mehrere Jahre hindurch. Plötzlich kam eine allgemeine Aenderung. Man fing nun mit einem Male an, die Noten täglich einzukassiren. Auch dagegen würde sich nichts sagen lassen, denn die Bank hat dazu volles Recht, wenn auch eine gewisse Härte in dem Verfahren liegt. Aber seit Mitte 1879 hat die Reichsbank auch diese Praxis wieder verändert, sie läßt nunmehr in ganz unregelmäßigen Zeitabschnitten inkassiren, so daß die Banken immer in Besorgniß sind, es werde heute oder morgen eine größere Notenmenge vorkommen. Die Banken sind dadurch in ihren Geschäften behindert, indem sie die Noten, die nicht zurückgekommen sind, nicht wieder ausgeben können. Ich

habe mich bei den verschiedensten Anstalten erkundigt, das Verfahren ist überall das gleiche. So ist es vorgekommen, daß bei einer Bank wochenlang keine Noten einkassirt wurden. Darauf hat die betreffende Bank bei der Reichsbank einen Theil ihres Guthabens einkassirt und darum gebeten, den Betrag in ihren eigenen Noten auszuzahlen. Es wurde erklärt, man habe keine Noten der betreffenden Bank; am folgenden Tage aber hat man plötzlich den dreifachen Betrag an Noten seitens der Reichsbank präsentirt. (Hört, hört!)

Ich könnte, wenn ich auf weitere Einzelheiten eingehen wollte, Ihnen eine ganze Reihe von solchen Beispielen anführen, ich habe das Material dazu in Händen. Ich habe davon den Eindruck bekommen, daß eine gewisse Absicht dabei nicht zu verkennen ist; man will den naturgemäßen Geschäftsverkehr dieser Privatbanken, der ja an und für sich nicht sehr ausgedehnt ist, noch mehr eingen und diesen Anstalten so früh wie möglich das Lebenslicht ausblasen. Das scheint mir aber keine loyale Ausführung des Bankgesetzes zu sein. Meine Herren, ich bedauere das und möchte den Herrn Bankpräsidenten bitten, über die bezüglichen Anordnungen Auskunft zu ertheilen.

Der dritte Punkt, den ich hier erwähnen wollte, betrifft ein Vorkommniß, welches im November v. J. sich zugetragen hat, und welches auch in der Presse und sonst vielfach erörtert worden ist. Sie wissen, daß nach unserem Bankgesetz die Reichsbank verpflichtet ist, Gold zum Preis von 1392 Mark jederzeit anzukaufen. Plötzlich verlautete am 15. November, und zwar nicht von einer offiziellen oder offiziösen Stelle, sondern von Paris aus durch ein dortiges Blatt, daß die Reichsbank diesen Ankaufspreis von Gold erhöht habe, und zwar auf 1393 Mark für einen Betrag von $\frac{1}{2}$ Million, auf 1393 $\frac{1}{2}$ Mark für einen Betrag von wenigstens 2 Millionen Mark. Die Bank hat ja das Recht, diesen Preis zu erhöhen; allein erstens hat es im höchsten Grade unangenehm berührt, daß man eine so wichtige Maßregel vom Auslande zuerst erfahren mußte; zweitens hat es unangenehm berührt, daß darin eine offenbare Begünstigung des großen Kapitals einiger großer Bankhäuser liegt, da es den kleineren Häusern wohl nicht leicht möglich ist, $\frac{1}{2}$ Million auf einmal zur Bank zu bringen. Die Sache war eine Zeit lang in Kraft, sie ist niemals in Abrede gestellt worden, und nachher hat die Preiserhöhung plötzlich wieder aufgehört. Ich erblicke in dieser Maßregel erstens einen Nachtheil für den gesammten deutschen Handelsstand, der nicht rechtzeitig von der Sache benachrichtigt wurde, und zweitens eine spezielle Bevorzugung gewisser Bankhäuser, die hinreichend große Mittel haben, um solche Summen Goldes einzuliefern.

Nun will ich im Zusammenhange eine Angelegenheit berühren, die bereits im preussischen Abgeordnetenhaus zur Sprache gekommen ist. Es betrifft die Betheiligung der Bank an der Aktienanmeldung für die Verstaatlichung der Berlin-Potsdamer Bahn. Viele der Herren, die gleichzeitig Mitglieder des Abgeordnetenhauses sind, werden diese Angelegenheit bereits kennen, und ich will sie daher nur ganz kurz erwähnen. Die Reichsbank hat das Recht, fremde Papiere aufzubewahren und zu verwalten. Es ist nun den Besitzern von Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahnaktien, welche dieselben bei der Reichsbank deponirt hatten, ein Zirkular der Berliner Handelsgesellschaft (nicht, wie es in einigen Blättern geheißen hat, der Deutschen Handelsgesellschaft) zugegangen, in welchem sie aufgefordert wurden, ihre Aktien anzumelden, damit sie zu dem Verstaatlichungsbeschluß beitragen. Dieses Zirkular war mit dem Siegel der Reichsbank versehen und mußte natürlich die Besitzer veranlassen, zu glauben, daß die Reichsbank dabei mitwirke. Das scheint mir doch nicht die Aufgabe der Reichsbank zu sein, daß sie die Fonds, die ihr anvertraut sind, zu solchen Dingen benutzt. Sie wissen, meine Herren, ich bin kein Gegner der Eisenbahnpolitik im

Großen und Ganzen, wie sie in Preußen im Herbst eingeschlagen worden ist, allein manche Nebenumstände, die dabei mitgespielt haben, die Art und Weise, wie einzelnes durchgeführt ist, hat meinen Beifall nicht, auch das nicht, daß die Reichsbank sich dazu hergegeben hat, Propaganda dafür zu machen, daß unter ihrer Firma Leute aufgefördert werden, für die Verstaatlichung einzutreten.

Nun komme ich zu dem letzten Punkt, der auch von Herrn Bamberger schon berührt worden ist, zu der Veränderung im Geschäftsbetrieb, welche der Ausschuß der Reichsbank am 23. Januar d. J. gut geheißsen hat. Diese Veränderungen scheinen mir theilweise gerechtfertigt, theilweise nicht gerechtfertigt, allein, was mir am ungerechtfertigsten erscheint, das ist der Augenblick, in welchem sie getroffen worden ist. Meine Herren, wir haben eine Krisis von 5 bis 6 Jahren hinter uns; warum hat man nicht während dieser Krisis, in der manchmal das Geld sehr schwer zu haben war, solche Erleichterungen eingeführt? Gerade in einer Zeit, wo das Geld ungewöhnlich flüssig ist, in welcher wir uns in einer sehr aufgeregten Börsenspekulation befinden, hat man solche Erleichterungen eingeführt; das ist, was ich der Bankverwaltung eigentlich am meisten zum Vorwurf mache. Ich habe also weniger diese Veränderungen selbst, als den Moment, in welchem sie erlassen wurden, im Auge.

Diese Veränderungen sind dreierlei Art; sie betreffen zuerst die Erleichterung der Lombarddarlehen und zwar ist dieses die am wenigsten anfechtbare. Für die Ermäßigung des Zinsfußes sind auch Gegenleistungen zu gewähren, indem diese Darlehen nur auf eine gewisse feste Zeit gegeben werden. Diese Einrichtung hätte man unbeanstandet treffen können. Ich, der ich gewiß die Operation der Bank, wo ich sie für gerechtfertigt und im Interesse des Reiches gefunden habe, niemals bekämpft habe — was der Herr Bankpräsident mir wohl einräumen wird, — würde diese Sache nicht weiter berührt haben, wenn nicht auch die Zeit, in der das geschehen ist, etwas auffälliges hätte.

Die zweite Maßregel ist, daß Wechsel, von Bankier auf Bankier gezogen, jetzt diskontirt werden, die früher nicht genommen worden sind und die dritte, daß an Börsenplätzen unter dem Reichsbankfate diskontirt wird. Meine Herren, über die letztere Frage hat der Bundesrath sich ausgesprochen; nach meiner Ansicht ist es zweifelhaft ob die Bank durch das Gesetz berechtigt ist, unter dem Bankfate Wechsel zu kaufen; aber der Bundesrath hat das als zulässig erklärt, und ich betrachte die Sache damit für prinzipiell erledigt. Es kommt aber sehr viel darauf an, wie eine derartige Maßregel durchgeführt wird. Als diese Maßregel erlassen wurde, habe ich mir gedacht, daß die Bankdirektion mit großer Vorsicht vorgehen und daß sie namentlich in der Zeit, wo der Diskont unter einen gewissen Minimalfate heruntergeht, nicht daran denken wird, ihr Geld in Privatskonten anzulegen. Nun aber wird die Sache in einer Weise ausgeführt, die, ich möchte fast sagen, zu gewaltsamen Aenderungen an unserem Geldmarkt führen muß. Ich habe in diesen Tagen gelesen, und ich glaube, es wird thatsächlich nicht bestritten werden können, daß jetzt von Seiten der Reichsbank an einzelnen Orten Diskont bis $1\frac{1}{2}$ Prozent genommen wird, während sogar in London und Paris das Geld um 1 Prozent höher steht, nur um die Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen und möglichst alle verfügbaren Wechsel an sich zu ziehen. Meine Herren, überlegen Sie sich, was das heißt. Wer auch nicht mit diesen Verhältnissen vertraut ist, muß dies leicht übersehen können. Das geschieht nur an großen Börsenplätzen. Der Bankier, der zur Bank geht, bekommt seinen Wechsel zu $1\frac{1}{2}$ bis 2 Prozent diskontirt, aber da, wo die Industrie ihre Sitze hat, müssen die Wechselinhaber 4 Prozent bezahlen; wenn die Bank, was doch leicht möglich ist, ihren Diskont erhöhen muß, würde ihr Portefeuille voll sein mit Wechseln, die zu $1\frac{1}{2}$ —2 Prozent diskontirt sind, während die neu Hinzuk-

tretenden 5—6 Prozent zu bezahlen haben würden. Meine Herren, eine Privatbank kann vielleicht in dieser Weise operiren, aber ein öffentliches Bankinstitut, welches unter der Kontrolle des Reiches steht, welches die verschiedensten Interessen zu wahren hat, darf das nicht. Da scheint mir die Bankverwaltung zu weit zu gehen.

Der Herr Präsident hat sich vorhin darauf berufen, daß eine zu große Reserve vorhanden sei und daß man nicht wisse, wie man das Geld anlegen solle. Das kann ich nicht finden, namentlich nicht, wenn ich die Reserve mit derjenigen vergleiche, welche im vorigen Jahre zu derselben Zeit vorhanden war. So war am 15. Februar 1879 der Baarvorrath höher als die Noten-Emission. Er überstieg dieselbe um 10 Millionen. Die Notenreserve betrug 282 Millionen, und am 15. Februar 1880 war diese Reserve um 82 Millionen niedriger als voriges Jahr. Ich kann auch absolut nicht finden, daß die Deckung unserer Banknoten eine zu hohe ist; man vergißt bei Berechnung dieser Deckung immer, die großen Summen von jeden Tag kündbaren Geldern einzubeziehen, welche der Reichsbank anvertraut sind. Wenn Sie diese mit in Betracht ziehen, so hat die Deckung nach dem letzten Ausweis 68 Prozent betragen, während sie im vorigen Jahre um dieselbe Zeit 72 Prozent betrug; also auch hier ist ein Rückgang wahrzunehmen. Denken Sie sich nun, daß diese Deckung, wie schon erwähnt ist, nicht vollständig aus Gold besteht, sondern vielleicht zum größeren Theil aus Silber, so werden Sie mir zugeben, daß sich die Bank dazu nicht herbeilassen sollte, den Diskont auf einem so abnormen niedrigen Stand zu erhalten. Wenn nun gesagt wird, ausländische Banken nehmen die Wechsel auf, wenn wir sie nicht kaufen, so kann ich darin gar keinen Nachtheil, sondern nur einen Vortheil erblicken. Wenn ausländische Banken ihr Geld zu 2 oder weniger Prozenten Deutschland anvertrauen, so ist das ein Vortheil für unsere Industrie, für unseren Handel, ein Vorurtheil, den wir in erster Linie der Einführung der Goldwährung verdanken. Früher würde man das nicht gethan haben, weil wir keine gesicherte Währung hatten. Wir wollen uns also darüber gar nicht beklagen. Nun muß ich noch einige Worte darüber sagen, welche Wirkung diese Maßregeln hervorbringen. Die Abänderungen der Reglements sind am 23. Januar beschlossen worden. Zu dieser Zeit waren die Kurse der Staatspapiere und Aktien schon sehr hoch gestiegen; aber gerade diese Maßregeln, die nach meiner festen Ueberzeugung nur die Wirkung haben konnten — ich sage nicht, daß sie in dieser Absicht erlassen worden sind — die Börsenspekulation zu unterstützen, haben neues Del in's Feuer gegossen. Wenn Sie die Notirungen vom 23. Januar und vom 23. Februar vergleichen, so werden Sie finden, daß die Spekulation noch einmal und zwar in wildester Weise vorgegangen ist. Ich habe hier ein Schreiben von einem süddeutschen Kaufmann vor mir, der kein Bankier ist, bei dem ich mich erkundigt habe und der sich in seiner Heimat über die Frage informirt hat; derselbe schreibt mir:

Täglich kann man die Beobachtung machen, daß Kaufleute ihren Kredit beim Bankier benutzen, um auf ihn zu trassiren, die Tratten zu $1\frac{1}{2}$ Prozent Zinsfuß bei der Reichsbank zu diskontiren und alsdann hochverzinsliche oder aleatorische Werthe dafür zu kaufen. Der solide Geschäftsmann wird durch einen derartigen ganz abnorm niedrigen Zinsfuß von seiner ruhigen Bahn abgelenkt und in den Sturz des gefährlichsten Schwindels gerissen.

Meine Herren, wir haben schon einmal eine Zeit gehabt, wo durch ein Zusammenwirken verschiedener Maßregeln eine solche Ueberstürzung herbeigeführt ist; es war das im Jahre 1872, als gleichzeitig großartige Kündigungen von Staatsanleihen vorgenommen wurden, starke Ausmünzung von neuem Gelde

stattfanden, während das alte noch im Verkehr blieb, und eine Reihe von ähnlichen Maßregeln hinzutraten. Die fatale Wirkung, welche ein Zusammenfluß derartiger Dinge auf den Geldmarkt ausgeübt hat, die Krisis, die darauf gefolgt ist, müßte uns doppelt vorsichtig machen. Deshalb beklage ich es sehr, daß gerade in der jetzigen Zeit die Bankverwaltung nicht nur derartige Maßregeln ergriffen hat, sondern dieselben auch noch in einer solchen weitgehenden Weise ausführt.

Es ist überhaupt ein merkwürdiger Eindruck, den der ruhige Beobachter von diesen Zuständen bekommt. Man hört so oft hier im Reichstage sowohl als vom Regierungstische herab gegen die Börse eifern. Die Maßregeln aber, welche einerseits durch gewisse Kammernmehrheiten, andererseits aber auch von den Regierungen ergriffen werden, machen den Eindruck, als wären sie gerade speziell zu Gunsten der Börse erfunden. Ich habe z. B. die Beobachtung gemacht, daß der überaus größte Theil der Vortheile der neuen Zollpolitik nur der Börse, dem Großkapital ersten Ranges und der Spekulation zu gute kommen. Das haben sich die Herren, welche die neuen Zölle geschaffen haben, vielleicht nicht klar gemacht, allein wer irgendwie unbefangene die Dinge ansieht, muß zu dem Resultat gelangt sein, daß dies der Fall ist. Ebenso sind die Vortheile der neuen Eisenbahnpolitik durch die Art, wie die Verstaatlichung ausgeführt ist, wieder größtentheils der Börse zu gut gekommen; in letzter Linie kommt nun auch noch die Bank mit Maßregeln, die vielleicht sehr gut gemeint sein mögen, die aber jedenfalls nicht so ausgeführt worden sind, wie sie im Interesse einer soliden Bankpolitik hätten ausgeführt werden sollen. Hier müßte man das alte Wort umkehren, die Regierung sagt dem Volke nicht: handelt nach meinen Worten und nicht nach meinen Thaten; hier heißt es umgekehrt: handelt nach meinen Thaten, aber kümmert euch nicht um meine Worte. So fasse ich die Stellung der Regierungen zur Börse auf.

Ich möchte bitten, daß uns die Fragen, die ich mir an den verehrten Präsidenten der Bankverwaltung zu richten erlaubte, eingehend und in befriedigender Weise beantwortet werden. Ich hoffe, daß der Geist, der die Bankverwaltung, was ich gerne anerkennen will, in den Jahren von der Gründung der Reichsbank an bis zum vorigen Jahre durchweht hat, auch ferner ihr leitender bleibe.

Kommissarius des Bundesraths Präsident der Reichsbank Wirklicher Geheimer Rath **von Dechend**: Ich verspreche zunächst, daß der letzte Wunsch des Herrn Vorredners, soweit es in meinen Kräften steht, erfüllt werden soll. Von den Gegenständen, die der Herr Vorredner zur Sprache gebracht hat, ist einer, wie Sie gleich sehen werden, von ganz untergeordneter Bedeutung. Ich werde aber doch nicht umhin können, ihn eingehend zu besprechen, weil er durch die Debatten, welche sich an den Gegenstand in dem Hause der Abgeordneten geknüpft haben, eine gewisse Bedeutung erhalten hat und auch der Herr Vorredner der Reichsbank den Vorwurf gemacht hat, daß sie den Staat bei der Verstaatlichung der Eisenbahnen in unzulässiger Weise unterstützt habe. Meine Herren, ich werde Ihnen den Thatbestand; wie er aktenmäßig feststeht, vortragen. Sie werden dann selbst beurtheilen können, ob die Bankverwaltung diesen Vorwurf verdient. Zudem kann ich nicht umhin, gleich von vornherein mein Bedauern darüber auszusprechen, daß diese ganz unbedeutende Sache, nachdem sie schon in dem preussischen Abgeordnetenhaus zweimal ausführlich besprochen ist, hier noch einmal zur Sprache gebracht wird.

Es besteht, wie der hohen Versammlung bekannt ist, hier bei der Reichs-

hauptbank ein Comptoir, in welchem jeder Privatmann und jede Anstalt oder Behörde Werthpapiere der Reichsbank in Verwahrung und Verwaltung geben kann. An der Spitze dieses Comptoirs steht ein höherer Beamter, der sämtliche mit diesem Geschäftszweige verbundene Detailgeschäfte selbstständig zu besorgen hat: zu seinen Obliegenheiten gehört unter anderen, die Deponenten von allen Vorgängen, die sie interessiren können, in Kenntniß zu setzen. Nun wurde im Dezember vorigen Jahres von der Potsdam-Magdeburger Eisenbahn eine Generalversammlung anberaumt, in welcher über die Frage entschieden werden sollte, ob man in die Verstaatlichung der Bahn unter den vorher verabredeten Bedingungen willigen solle oder nicht. Die Sache hatte für jeden Deponenten einen besonderen Werth, viele Deponenten hatten schon angefragt, an wen sie sich zu wenden hätten, wenn sie für die Verstaatlichung stimmen lassen wollten. Der Vorsteher des Comptoirs hielt es daher für seine Pflicht und völlig unbedenklich, den Deponenten hier am Orte oder an die sonst zu schreiben war, ein gedrucktes Zirkular der hiesigen Handelsgesellschaft zugehen zu lassen, in welchem sich dieselbe erbot, diejenigen Aktionäre, welche für die Verstaatlichung stimmten wollten, in der Generalversammlung zu vertreten. Meine Herren, in alledem finde ich absolut nichts tadelnswerthes, ich wüßte nicht, wie der Vorsteher des Comptoirs anders handeln sollte, er würde vielmehr, wenn er anders gehandelt hätte, eine Rüge verdient haben, da er die Interessen der Deponenten nach allen Richtungen wahrzunehmen hat. Das Reichsbankdirektorium hat davon, daß das Zirkular der Handelsgesellschaft den Deponenten mitgetheilt worden ist, erst durch die Verhandlungen im preussischen Abgeordnetenhaus Kenntniß erhalten und erst bei dieser Gelegenheit erfahren, welche Folgerungen man hieraus gezogen hat. Ich brauche wohl nicht erst versichern, daß alle diese Folgerungen völlig aus der Luft gegriffen sind. Das einzige Versehen, welches dabei vorgekommen ist, besteht darin, daß die Beamten, welche die Briefe zu expediren hatten, sich die Sache bequem gemacht und die Zirkulare der Handelsgesellschaft, statt sie in die Couverts der Reichsbank zu stecken, in den Originalcouverts der Handelsgesellschaft abgesandt haben, obgleich die Couverts den Namen der Handelsgesellschaft trugen. Ein solcher Brief ist wahrscheinlich auch an den Herrn Interpellanten im Abgeordnetenhaus gekommen und die unschuldige Veranlassung gewesen zu der Behauptung, die Reichsbank habe in unzulässiger Weise für die Verstaatlichung der Eisenbahn gewirkt. Daß das bewußte Zirkular originaliter verschickt und mit dem Dienstsiegel der Reichsbank versehen worden ist, habe ich selbstverständlich ernstlich gerügt. Darauf beschränkt sich aber auch das ganze Versehen. Alle anderen Folgerungen habe ich schon in dem Abgeordnetenhaus als völlig unrichtig bezeichnet und ich sollte meinen, daß sich dies hohe Haus bei dieser Erklärung beruhigen kann.

Ich komme jetzt zu dem zweiten Beschwerdepunkt. Der Herr Interpellant tadelt, daß, während der Preis des Goldes gesetzmäßig auf 1392 Mark per Pfund sein festgestellt sei, der Preis im vorigen Jahre von der Reichsbank auf 1393 resp. 1393 $\frac{1}{2}$ für große Quantitäten erhöht worden sei. Das Faktum ist richtig angegeben, wir haben in der That den Preis für das Gold erhöht zu dem Zwecke, den Wünschen und Interessen dieses hohen Hauses und des Landes gemäß möglichst viel Gold in das Land zu bringen. Die Maßregel ist aber keineswegs geheim gehalten, sondern allen betheiligten Bankanstalten und durch sie dem Handelsstande bekannt gemacht, aber in dem Augenblick, wo es Jedermann wußte und davon profitieren wollte, trat die Gegenwirkung ein. Es war gerade so, als wenn der Preis gesetzlich nicht 1392, sondern 1393 resp. 1393 $\frac{1}{2}$ wäre, der Preisausschlag war bald durch die Konkurrenz wirkungslos geworden. Wir haben daraus die Lehre gezogen, daß es keineswegs unbedenklich

ist, wenn wir eine solche Maßregel generalisiren. Der Zweck läßt sich nur erreichen, wenn die Befugniß nur wenigen Häusern ertheilt wird, da sonst durch die allgemeine Konkurrenz die fremden Wechselkurse sehr bald wieder bis an die äußerste Grenze in die Höhe getrieben werden. Der Herr Vorredner tadelte ferner, daß wir bei der Präsentation der Privatbanknoten nicht immer nach demselben Prinzip verfahren, sondern dieselben bald in kürzeren, bald in längeren Zeiträumen zur Einlösung präsentirt hätten. Ich kann darauf nur erwidern, daß wir bis zum vorigen Jahre in der That die Noten täglich zur Einlösung haben präsentiren lassen, daß wir davon aber abgegangen sind, weil mit der täglichen Versendung der Noten von den vielen Bankanstalten in den Emissionsfällen enorme Kosten und Umstände verknüpft sind, welche die Reichsbank zu übernehmen keine Verpflichtung und keine Veranlassung hat. Wir ordneten deshalb an, daß die Noten nur in größeren Summen versandt und zur Einlösung präsentirt werden sollten. Diese Anordnung gab aber zu neuen Beschwerden Veranlassung. Man klagte, daß bei der Präsentation nicht gleichmäßig verfahren würde, Beschwerden, deren auch der Herr Vorredner erwähnt hat, und das gab mir Veranlassung zu der Anordnung, daß die Versendung der Noten fortan von hier aus verfügt und dabei jede übermäßige Anhäufung der Noten vermieden werden solle.

Diesem Prinzip gemäß wird denn seitdem auch verfahren, und ich glaube, daß die Angelegenheit hierdurch am besten geregelt ist.

Meine Herren, ich komme nun zu dem schlimmsten Punkte, zu den Verlusten, welche die Reichsbank in Dortmund und Bochum erlitten hat. Ich kann das Faktum leider nicht in Abrede stellen. Es ist in der That im vorigen Jahre eine sehr große Zahl von Wechseln in dem Bezirk der genannten Anstalten bei Verfall nicht bezahlt worden und es läßt sich noch in keiner Weise übersehen, was darauf früher oder später eingehen wird. In den meisten Fällen sind von den Mitbetheiligten Auffordrsvorschläge gemacht worden, wir haben sie aber meistens verworfen — und wie die Sache sich zuletzt gestalten wird, kann ich nicht sagen. Nur das darf ich nicht verschweigen, daß nach den Grundsätzen, welche die Reichsbank von jeher festgehalten hat, alle Wechsel, die bei Verfall nicht pünktlich bezahlt werden, von dem Gewinn abzusetzen sind. Wir reserviren so viel von dem Gewinn des Vorjahres, als nicht inzwischen baar auf die Wechselschuld eingegangen, oder in unbedingt guten Werthen sicher gestellt ist. Die gedachten Zahlungseinsteller werden daher auf die Dividende des vorigen Jahres und auf den Antheil des Reichs an dem Gewinn der Bank einen sehr wesentlichen Einfluß ausüben. Wir halten aber dafür, daß wir an dem stets festgehaltenen Grundsatz, bei der Aufstellung der Bilanzirung mit der allergrößten Strupulosität zu Werke zu gehen, nicht etwas ändern dürfen, und darum wird man sich darauf gefaßt zu machen haben, daß der nächste Abschluß sehr wenig befriedigen wird. Meine Herren, den letzten Beschwerdepunkt des Herrn Vorredners glaube ich nicht noch besprechen zu sollen, da ich die Gründe, welche die Bankverwaltung bestimmt haben, feinste Wechsel auch unter Bankdiskonto anzukaufen, schon ausführlich dargelegt habe und der Herr Interpellant selbst erklärt, daß er das ausnahmsweise Lombardiren zu einem niedrigeren als dem allgemein festgesetzten Lombardzinsfuß selbst nicht für bedenklich hält.

Abgeordneter Dr. Windthorst: Ich will auf die allgemeinen verschiedenen Beschwerden nicht noch mal zurückkommen, ich will nur bemerken, daß ich mit der Erklärung, welche der Herr Bankpräsident gegeben hat, in Bezug auf das Einwechseln der Noten der Privatbanken nicht vollkommen zur Klarheit gekommen bin. Die Sache hat sich genau so verhalten, wie der Kollege Sonnemann es

dargelegt hat bei den verschiedensten Banken. Während früher eine regelmäßige Einwechslung in kurzen Fristen geschah, wurden plötzlich, wie die Herren sich ausdrückten, die Noten hier eingesperrt und nach einer Zeit von 3 bis 4 Wochen in großen Summen präsentiert. Das ist an verschiedenen Stellen in Deutschland geschehen und es hatte den Anschein, als ob man dadurch die Privatbanken in Verlegenheit bringen wolle und die Erklärungen des Herrn Präsidenten haben mich nicht überzeugt, daß die Absicht nicht existirt hat, denn es ist mir sogar in Beziehung auf eine Bank mitgetheilt, daß sie die Kosten habe übernehmen wollen, wenn eine regelmäßige Präsentation dadurch bewirkt würde. (Hört!)

Nun sagt der Herr Präsident, in Folge der erhobenen Klagen habe er angeordnet, daß rasch expedirt würde. Dadurch ist mir nicht zur Klarheit gebracht, was „rasch“ heißt und ob nun eine sichere, gleichmäßige Präsentation stattfinden wird, wie sie früher stattgefunden hat. Der Herr Präsident sagte, nachdem er diese Anordnung getroffen, seien ihm Beschwerden nicht wieder zugekommen. Ich kann dem Herrn Präsidenten sagen, daß die Verhältnisse durchaus nicht völlig geordnet sind, daß man aber Bedenken trägt, sich zu beschweren, weil man so wenig Entgegenkommen gefunden hat, und ich hatte mir zur Aufgabe gestellt, die Sache hier zur Sprache zu bringen, das habe ich aber nun nicht nöthig, nachdem es der Abgeordnete Sonnemann gethan hat. Ich möchte aber den Herrn Präsidenten bitten, uns eine klarere Erklärung zu geben oder doch eine Anordnung zu treffen, daß jeder Schein vermieden wird, als ob es die Reichsbank darauf abgesehen habe, den berechtigten Wirkungskreis anderer Banken zu beeinträchtigen und sich das Monopol allein zu sichern.

Kommissarius des Bundesraths, Präsident der Reichsbank Wirklicher Geheimer Rath **von Dechend**: Ja, meine Herren, wenn das richtig wäre, was der Herr Vorredner behauptet, daß sich eine Bank erboten hätte, die Kosten des Transportes der Noten ihrerseits zu übernehmen, falls nur die Noten regelmäßig zur Einlösung präsentiert würden, dann würde die Verwaltung der Reichsbank in der That der Vorwurf treffen, daß sie die Banken durch die unregelmäßige Präsentation der Noten chikanire. Aber die Sache liegt nicht so. Ich kann versichern, daß ein derartiges Anerbieten noch von keiner Bank gemacht ist, und nun frage ich Sie, meine Herren, ist es von der Reichsbank zu verlangen, daß sie von jeder der vielen Anstalten, welche sie im Reiche besitzt, an jede der vielen Nebenbanken, deren Noten sie anzunehmen verpflichtet ist, auf ihre eigenen Kosten täglich oder in ganz kurzen Zeiträumen ohne Rücksicht auf den Betrag, die Noten verschiebt, ohne dazu durch Bankgesetz verpflichtet zu sein?

Daß die Bankanstalten angewiesen wären, die Noten rasch zu expediren, habe ich übrigens nicht gesagt, sondern nur, daß zur Vermeidung jeder ungleichen Behandlung von Seiten der Bankanstalten in den Provinzen die Nachweisungen von den Banknotenbeständen jetzt wöchentlich dem Reichsbankdirektorium eingereicht werden müßten und daß von diesem die Versendung der Noten jetzt sofort verfügt werde, wenn sich ergäbe, daß sich irgendwo erhebliche Summen von Noten angesammelt haben. Wie zweckmäßig diese Anordnung ist, ergibt sich daraus, daß seitdem von keiner Seite, auch nicht von der bayerischen Notenbank, welche mit der früheren Einlösungsweise besonders unzufrieden war, Klagen erhoben worden sind, nachdem sich die bayerische Regierung durch Einsicht der Listen davon überzeugt hat, daß eine künstliche Ansammlung der Noten nicht stattfindet. Ich kann nur das versprechen, daß wir auf diesem ganz korrekten Wege auch ferner bleiben werden.

Abgeordneter **Meier** (Schaumburg-Lippe): Meine Herren, ich könnte füglich auf das Wort verzichten (Heiterkeit), nachdem der Bankpräsident den Herren

genügend erwidert hat. Ich glaube, es ist aber nicht ganz überflüssig, wenn auch von bethelligter Seite, unmittelbar aus dem täglichen Verkehr heraus, in dem ich in meiner Eigenschaft als Präsident der Bremer Bank lebe, wo ich täglich alles sehe, Zeugniß abgelegt wird, daß es doch wirklich so ist, wie der Herr Bankpräsident gesagt hat.

Die beiden Hauptbeschwerden, die die Banken gegen die Reichsbank geführt haben, sind erstens, daß eine Aenderung in der Präsentation der Noten eintrat, die bis vor ungefähr $\frac{1}{2}$ oder $\frac{3}{4}$ Jahren immer täglich geschah. Sobald die Noten bei der betreffenden Filiale einkamen, wurden sie präsentiert. Dies hat der Bank sehr viel Porto gekostet, indem sie täglich diese Noten nach der betreffenden Stelle hinschickte; darum hat sie es aufgegeben und kassirte die Noten erst ein, nachdem sich eine gewisse Anzahl angesammelt hatte. Als diese Maßregel stattfand, meinten alle Banken, es sei darauf angelegt, die anderen Notenbanken in Verlegenheiten zu setzen (Sehr richtig! im Centrum), indem sie große Summen auf einmal präsentirten. Wir haben bei der Bremer Bank wenigstens von einhalb Duzend Banken Briefe erhalten mit der Anfrage: wie ist es bei euch? machts die Reichsbank ebenso? Wir haben erwidert: nein, die Reichsbank kommt allerdings jetzt nicht tagtäglich, sie kommt durchschnittlich alle acht Tage, je nachdem sie die Noten gesammelt hat, und präsentirt sie dann zur Einlösung.

Meines Erachtens ist das ganz in der Ordnung und es ist wirklich nicht anzunehmen, daß irgend eine Absicht vorläge, andere Banken in Verlegenheit zu setzen. Wir haben wenigstens als sehr Bethelligte durchaus nicht diese Empfindung gehabt, als wenn uns da irgend ein Leids zugesügt werden sollte. Im Gegentheil haben wir uns immer ein Vergnügen daraus gemacht, die Noten umzutauschen.

Der zweite Punkt, der von den Bethelligten auch sehr empfunden wird, nach meinem Dafürhalten aber mit Unrecht, ist, daß die Bank auf einmal angefangen hat, unter ihrem Diskont auch Wechsel zu nehmen. Es ist nach meinem Dafürhalten ein falsches System, zu sagen, so viel sollte Diskont sein, und wenn wir das nicht kriegen, so diskontiren wir nicht. Nach meinem Dafürhalten muß der Inhaber von Geldern, der Diskont nehmen will, sich nach dem Markt richten. Ich weiß, die französische Bank setzt den Diskont fest, unter den sie nicht herabgeht. Die preussische Bank hat es früher auch gethan, sie ist nicht unter 4 Prozent heruntergegangen. Die Reichsbank ist schon mehr davon abgegangen, ich glaube auf $3\frac{1}{2}$ Prozent. Die englische Bank hat in früheren Zeiten auch einen gewissen Diskontsatz festgesetzt und unter dem nicht diskontirt. Was ist die Folge gewesen? Sie bekam gar kein Accept, und das Geld wurde dem Verkehr entzogen. Sie hat den Irrthum dieser Maßregel eingesehen, sie folgt dem Geldmarkt und nimmt auch zu niedrigerem Diskont, was der Geldmarkt bietet, und ich halte dieses System auch für das allein richtige.

Nun kann man sagen, ja, dann sollte die Bank ihren Diskont auch so notiren, wie sie bereit ist Geld zu geben. Das hat aber seine Schwierigkeiten; jeden Augenblick kann eine große Nachfrage kommen, und da muß ein gutes Bankinstitut darauf vorbereitet sein, damit es nicht einmal in Verlegenheit kommt. Denn das ist die Hauptsache von allem.

Ich kann also, so unbequem uns auch diese Maßregel ist — denn wir haben immer unter dem Reichsbankdiskont Wechsel nehmen müssen, und unsere Bank diskontirt hauptsächlich, das ist ihr Hauptgeschäft — so unbequem es ihr ist, daß die Reichsbank das gethan hat, so muß ich doch gerecht sein und anerkennen, daß die Bank nach meinem Dafürhalten ganz richtig gehandelt hat. Sie muß mit dem Markt höher gehen und wird insofern auch einen weit

größeren Einfluß auf den Geldmarkt selbst ausüben, wenn sie dem Geldmarkt folgt. Darum, meine Herren, glaube ich, sollten wir auch nicht versuchen, von hier aus einen Einfluß auszuüben, daß die Bank ihre Maßregeln ändert.

Abgeordneter **Sonnemann**: Meine Herren, ich will nicht noch einmal auf die ganze Frage eingehen, sondern nur noch einige Punkte ganz kurz hervorheben. Was die Bemerkungen des Herrn Bankpräsidenten über die Festsetzung des Goldpreises betrifft, so geschieht dieselbe in anderen Ländern — ich will nur Holland anführen — öffentlich und ist für Jedermann gleich. Das kann ebenjogut bei uns geschehen, und ich wünsche und hoffe, daß das in der Folge auch geschehe.

Was die Dortmunder Angelegenheit betrifft, so hat der Herr Bankpräsident meine Fragen nicht beantwortet. Daß Verluste existiren, habe ich schon gewußt, danach habe ich auch weniger gefragt; ich habe gefragt, warum diese Verluste erst jetzt, so lange nach Beendigung der Krisis, eingetreten sind, welche Umstände dabei obgewaltet haben? Ich erwarte, daß wir bei der dritten Lesung noch eine Erklärung darüber erhalten.

Was den Punkt der Banknoten der Privatbanken betrifft, so meine ich, es wäre der einzig richtige Weg, daß der Austausch der Banknoten einen Tag vor der Veröffentlichung der Bankausweise jedesmal erfolgen sollte. Es ist das viermal im Monat, also fast jede Woche. Das ist der richtige Zeitpunkt. Dabei haben wir auch einen Vortheil für die Gesamtheit, denn dann werden wir auch richtige Bankausweise bekommen. Jetzt bekommen Sie Bankausweise, wonach z. B. 27 Millionen Privatnoten in den Händen der Reichsbank sind, dann einen anderen Ausweis mit 9 Millionen, ohne daß eigentlich in den Verhältnissen sich etwas wesentliches geändert hat. Der Unterschied ist, daß an dem einen Termin die Noten ausgetauscht sind, an dem anderen nicht. Der richtige Zeitpunkt ist jedesmal vor dem Veröffentlichungstermin, und ich möchte den Herren empfehlen, die Banknoten in dieser Weise umzutauschen.

Was den vierten Punkt betrifft, die Frage des Diskonts, so wäre ich auf denselben nicht nochmals eingegangen, indem es mir vorgekommen ist, als hätten die Bemerkungen, die von verschiedenen Seiten hier gemacht worden sind, auf den Herrn Bankpräsidenten einigen Eindruck gemacht, als dürften wir erwarten, daß in der bisherigen Weise nicht weiter gegangen wird. Indessen muß ich in Folge der Ausführungen des Herrn Abgeordneten Meier nochmals kurz darauf zurückkommen.

Es ist ein Irrthum, wenn der Herr Abgeordnete Meier angiebt, daß die Bank von England unter ihrem Diskontsatz diskontirt. Es heißt ausdrücklich: das Minimum des Diskontsatzes. Die Bank von England diskontirt höher, aber niemals niedriger. Ebenso die Bank von Frankreich nicht. Hier ist der Hauptwerth darauf gelegt worden, daß die Sache so ausgeführt wird, daß bis zu $2\frac{1}{2}\%$ unter dem offiziellen Banksatze diskontirt wird. Wenn man sogar zugiebt, daß unter Umständen etwas unter dem Satze heruntergegangen werden darf, so scheint mir das, was geschieht, sich sehr weit von diesem „Etwas“ zu entfernen. Ich möchte aber überhaupt bestreiten, daß eine Reichsbank, die so viele Obliegenheiten zu erfüllen hat, die namentlich die Verpflichtung hat, auf die Aufrechterhaltung der Währung zu sehen, die Aufgabe habe, unter den Diskontsatz herunter zu gehen. Wenn sie den Diskontsatz zu hoch findet, so soll sie ihn für Jedermann heruntersetzen. (Sehr richtig!)

Abgeordneter Dr. **Windthorst**: Meine Herren, es wurde hier der Satz ausgesprochen, wir sollen uns in diese Sachen nicht mischen. Es kann im einzelnen Falle nicht fraglich sein, ob die beregten Punkte zur Sprache gebracht werden

jollen oder nicht; aber ich meine, daß allerdings der Reichstag das Recht und die Pflicht hat, wahrgenommene Mängel zur Sprache zu bringen, damit das Publikum aufgeklärt werde.

Ich bin nach dem Laufe der heutigen Diskussion sehr zweifelhaft darüber geworden, ob es überhaupt richtig gewesen ist, die Reichsbank gleichsam als eine Aktiengesellschaft hinzustellen. (Sehr richtig!) Daraus gehen allerlei Dinge hervor, die nicht erwünscht sind; und die Frage der Dividenden scheint mir wirklich ein zu großes Moment in den Gebahrungen der Bank mit sich zu führen. Ich mache daraus den Leitern keinerlei Vorwurf; denn, wenn sie eben die Leiter einer solchen Aktienbank sind, so haben sie in diesem Sinn zu wirken; aber es zeigt sich gerade darin, daß eine Staatsbank von solchen Rücksichten befreit werden mußte. (Sehr richtig!)

Was die Frage des Notenumtauschs betrifft, so hoffe ich, daß jetzt sowohl die Filialen wie die Hauptbank die Sache noch einmal gründlich ansehen, und daß dafür gesorgt wird, daß in ruhigen festen Zwischenräumen die Präsentation erfolgt, und so jeder mögliche Verdacht, als ob es darauf ankommen könnte, Privatbanken Schwierigkeiten zu bereiten, beseitigt wird. Die Aeußerungen des Herrn Präsidenten haben mir klar gemacht, daß so keine Ansicht ist.

Abgeordneter Dr. Bamberger: Ich bitte diejenigen Herren, welche sich nach dem Schlusse sehnen, um Entschuldigung, daß ich noch einmal das Wort ergreife. Es wird sie aber vielleicht zur Nachsicht bestimmen, wenn sie sich daran erinnern, daß seitdem wir das Reichsbankgesetz gemacht haben, also seit 1875, seit vollen 5 Jahren niemals die Handhabung dieses Gesetzes hier irgend ausführlich zur Sprache gebracht worden ist, daß dieses Bankgesetz also ein Lustrum lang operirt hat, dieses Bankgesetz, das von der Reichsgesetzgebung, also auch mit vom Reichstage unter seiner moralischen Verantwortlichkeit erlassen worden ist; daß eine Stelle, bei der man Beschwerde erheben kann wegen nicht richtiger Manipulirung schwer, sehr schwer zu erreichen ist, daß es namentlich sehr schwer war, bei den verschiedenen Schiebungen, die in den Reichsministerien stattgefunden haben, immer zu wissen, an wen man sich zu wenden habe, und daß man, wie ich glaube, nicht zweifelhaft sein kann, daß es sowohl im Interesse der Bank wie des Publikums außerordentlich wünschenswerth ist, einmal die interessirenden Punkte zur Sprache gebracht zu sehen. In dieser Sache muß ich entschieden meinem Freunde Meier auf das nachdrücklichste widersprechen, wenn er etwas Ungehöriges darin finden will, daß diese Gegenstände hier zur Sprache gebracht worden sind.

Was nun den Punkt der Discoutopolitik betrifft, so kann ich ihm auch darin nicht zustimmen. Ich habe zwar gestern erklärt, daß ich nicht Anhänger der striktesten Observanz bin, daß ich es der Reichsbank, nachdem es anderen Banken gestattet worden ist, grundsätzlich nicht zum Vorwurf machen würde, wenn sie einmal unter den offiziellen Banksatz herunterginge. Ich habe nur dagegen Verwahrung einlegen wollen, daß man sich allzu kühn auf diese Bahn einlasse, ich habe mich verwahrt gegen einen Ehrgeiz, der in die Bankdirektion fahren könnte, möglichst viele Geschäfte zu machen, überall und nirgends zu sein, alles an sich zu ziehen und mit jedem, der irgend wie in der Lage sein sollte, billiges Geld auf den Markt zu werfen, mit noch billigerem Gelde zu konkurriren. Vergessen die Herren auch nicht den Ausgangspunkt meiner gestrigen Betrachtungen, er knüpft an unsere Metall- und Münzpolitik an. Wenn wir heute in der Lage wären, wie die englische Bank es ist, auf die mein verehrter Kollege Meier hingewiesen hat, daß wir einen Bankschatz hätten, dem es verboten ist, mehr als $\frac{1}{5}$ seines Bankschatzes in Silber zu haben und welcher $\frac{4}{5}$ in Gold

haben muß, — wenn wir auf diesem Punkt ständen, würde ich mich nicht veranlaßt gesehen haben, die ganze Frage hier hereinzuziehen; allein ich habe an die Sache erinnert im Zusammenhang mit dem prekären Zustand unserer Münzpolitik, ich habe erinnert, daß die Hälfte unseres Bankschazes in Thalern besteht, die vor der Welt keine Zahlungsmittel sind. Da wird mir der Herr Kollege Meier wohl zugeben, daß dies ein Umstand ist, der sehr darauf hinweist, daß unsere Bank mit mehr Vorsicht diskontire als die Bank von England. Was ich wollte, war, daß zur Sprache komme, daß die Bank sich nicht zu sehr vom Ehrgeize — denn von Interessen kann bei dem Herrn Bankpräsidenten nicht die Rede sein, es ist ihm grundsätzlich verboten, bei der Bank interessirt zu sein — vom Ehrgeize dem Lande und den Aktionären gegenüber nicht zu weit fortreißen lasse, und ich glaube, die heutige Besprechung wird in dieser Beziehung jedenfalls einen Erfolg gehabt haben.

Wenn ich schließlich dem Herrn Abgeordneten Windthorst mit einem Wort dienen darf, so bin ich wirklich erstaunt, daß der sonst so scharfsinnige Herr hieran Bemerkungen geknüpft hat, die zu entgegengesetzten Schlußfolgerungen führen müssen, als die, zu denen er sich bemüßigt gefunden hat. Er meint, daß diese Schäden nicht entstanden wären, wenn statt der Aktiengesellschaft eine fiskalische Bank gemacht worden wäre. Meine Herren, haben Sie nicht gehört, daß auch der Herr Bankpräsident die Sache gerade nach dieser Seite hin spielen wollte, indem er uns die 1 500 000 Mark vorhielt, die das Reich damit verdient, wenn die Aktionäre Geschäfte machen. Wie wäre es nun, wenn wir wirklich eine rein fiskalische Bank hätten, wenn der preußische Finanzminister käme und beim Etat uns vorrechnete, wieviel Geld er verdiente und behauptete, die anderen Banken und Geldleute wollten dem Budget Vortheile entziehen? Dann, meine Herren, wäre die Gefahr eine drei- oder vierfach größere. Meine Herren, die Schlußfolgerung des Herrn Windthorst ist ganz falsch, und wer es wohl erwogen hat, der wird wie wir der Meinung sein, daß es wohlgethan war, daß wir die Aktiengesellschaft gemacht haben, welche der Staat überwacht und bei welcher er nicht in die Versuchung gezogen wird, in Wahrnehmung der eigenen Interessen die allgemeinen Verkehrs-Verhältnisse in Gefahr zu bringen.

Abgeordneter von Kardorff: Meine Herren, nur ein Wort dem Herrn Abgeordneten Bamberger gegenüber. Er hat den einen Modus vertheidigt, welchen wir für die Konstituierung der Reichsbank gewählt haben, indem wir das Reich nur mit Gewinnst theilhaftig haben; wir haben diesen Modus aus Gründen, die ich nicht weiter erörtere, gewählt; er hat diese Art des Bestehens der Bank wiederum vertheidigt, und ich möchte ihm nur das eine zu bedenken geben, gerade da jetzt die Bank ein reines Aktien-Unternehmen ist, setzt sie sich Angriffen aus, denen sie nicht ausgesetzt sein würde, wenn die Herren dem Vorschlag des Herrn von Minnigerode gefolgt wären, das System der preussischen Bank auch für die Reichsbank beizubehalten.